Extraprofite der Ölmultis in der BRD. S. 9 S. 9

1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 36 vom 4. September 1981 15. Jahrgang 1 DM

... d. Arbeiterbewegung 920342b



Frankfurter Metallarbeiter — demonstrierten am 19. August für ihre Arbeitsplätze. Der Demonstration der Belegschaft von VDM Heddernheim, an der sich über 1200 Kollegen beteiligten, schloß sich eine Delegation der Arbeiter der ebenfalls vom Verlust ihres Arbeitsplatzes bedrohten Adler-Belegschaft an. Die Belegschaft von Adler selbst organisierte zwei Tage später ebenfalls eine eigene Demonstration, an der sich wiederum VDM-Arbeiter beteiligten. Sie alle forderten die Erhaltung der Werke und der Arbeitsplätze.

Antikriegstag '81

Machtvolle Aktionen für den Frieden

Gegen Atomraketen, Neutronenbomben und Giftgasdepots

Eindrucksvolle Friedensaktionen in mehreren Städten der Bundesrepublik bildeten am Wochenende den Auftakt zum diesjährigen Antikriegstag, der im Zeichen des wachsenden Widerstands gegen den sogenannten Nachrüstungsbeschluß, des Protestes gegen die Einführung der Neutronenbombe und des Kampfes gegen die forcierte Rüstungspolitik der Bundesregierung bei gleichzeitigem Sozialabbau steht.

Westberlin. 60000 Menschen beteiligten sich nach Angaben der Polizei an einem Friedenskonzert auf dem Gelände des ehemaligen Reichtags, zu dem die „Initiative Jugend gegen Aufrüstung" aufgerufen hatte. In Westberlin wird gegenwärtig eine Massendemonstration gegen Reagans Außenminister Haig vorbereitet, der die Stadt am 13. September besuchen wird.

Bremen. Ein Friedensfest auf den Weserwiesen, zu dem mehr als 50 Organisationen aufgerufen hatten, und das sich gegen den „Nachrüstungsbeschluß" und die Neutronenbombe richtete, hatte über 10000 Besucher. Auf dem Marktplatz der Stadt gaben 106 Reservisten und Wehrpflichtige unter einem Transparent mit der Aufschrift „Wir stehen der Bundeswehr absofort nicht mehr zur Verfügung" demonstrativ ihre Wehrpässe zurück.

Hannover. Unter dem Motto „Wer den Frieden will, muß den Krieg bekämpfen" demonstrierten etwa 1500 Menschen in der niedersächsischen Landeshauptstadt. Stark vertreten bei dieser Demonstration waren Transparente, auf denen der Austritt der BRD aus der NATO gefordert wurde.

Pirmasens. Die pfälzische Stadt erlebte eine Demonstration von über 5000 Kriegsgegner für den Abbau der amerikanischen Giftgasdepots. In Fischbach bei Pirmasens haben die US-Besatzer das größte Nervengaslager außerhalb der USA eingerichtet.

Hamburg. Ein Friedensfest mit über 10000 Teilnehmern organisierte das Hamburger Forum auf dem Großneumarkt. Der SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Karotka forderte in seiner Ansprache unter anderem den Verzicht der Bundesrepublik auf Atomwaffen jeglicher Art.

Kassel. An der ersten Großveranstaltung des Kasseler Forums gegen Atomraketen in der Stadthalle nahmen etwa 3000 Besucher teil. Starken Beifall bekam Pastor Mochalski vom Weltfriedensrat für seine Forderung, daß sich beide deutschen Staaten von den Supermächten abkoppeln sollten und daß Deutschland als ganzes neutral werden müßte.

Über 40 Abgeordnete beteiligt

Neuer Steuerbetrug in Bonn?

BONN. — Keine Äußerung wollte die Staatsanwaltschaft am vergangenen Wochenende zu den Presseberichten rheinischer Zeitungen machen, nachdem sie die Aufhebung der parlamentarischen Immunität für eine Reihe von Bundestags- und NRW-Landtagsabgeordneten verlangt habe. Auch die unmittelbar betroffenen CDU-Abgeordneten zeigten sich „überrascht".

Bei dieser neuen Affäre der „Volksvertreter" handelt es sich offensichtlich einmal mehr um Spendengelder der Industrie an die CDU, die offiziell an zwar mit der Partei (bei der Spenden zur Hälfte abesetzbar sind) verbundene,aber rechtlich getrennte Bildungsorganisationen gingen (bei denen die Spenden voll steuerlich absetzbar sind). Mit anderen Worten: Die Bonner Sparer reißen sich für ihre Parteien Geld unter den Nagel, das eigentlich als Steuer hätte bezahlt werden müssen.

Die Erfahrung zeigt aber, daß bis in diesem Land eine Staatsanwaltschaft die Aufhebung der parlamentarischen Immunität eines Abgeordneten verlangt, also die Freiheit, seine Tätigkeiten wirklich untersuchen zu dürfen, daß bis zu einer solchen Maßnahme schon ganz handfeste Anschuldigungen vorliegen müssen.

Gerade in bezug auf die CDU und auch ihr jetzt betroffenen Schatzmeister Leisler-Kiep waren solche Vorwürfe schon in der Vergangenheit verschiedentlich erhoben worden. Daß es jetzt so massiv gegen so viele Abgeordnete geschieht ist allerdings eine Neuheit. Neben diesen neuen Vorfällen laufen auch noch Ermittlungen gegen die FDP-Politiker Graf Lambsdorff und Gattermann, auch sie die schärfsten Sparer, wenn es um die Geldbeutel der arbeitenden Menschen geht.

Diese Woche

Bundeshaushalt

Auf ein sogenanntes Beschäftigungsprogramm haben sich die Minister Matthöfer, Lambsdorff und Ehrenberg geeinigt. Eine wirksame Maßnahme gegen die ständig anwachsende Arbeitslosigkeit ist dieses Programm allerdings nicht. Seite2.

KPD in der DDR

Über die Arbeit der Sektion DDR unserer Partei informieren wir auf Seite3.

AEG am Ende?

Es mehren sich die Anzeichen dafür, daß sich der Bosch-Konzern die profitträchtigsten Bereiche der AEG eingliedern will. Für die AEG-Arbeiter würde das weitere Massenentlassungen bedeuten. Seite4.

DGB und Friedenskampf

Immer stärker ist in den letzten Wochen das Engagement gewerkschaftlicher Gremien in der Friedensbewegung geworden. Seite5.

Reportage aus Mexiko

Einen Einblick in die Lebens- und Kampfbedingungen der mexikanischen Arbeiterklasse gibt unsere Reportage über einen Streik in Mexiko. Seite 10.

Ford-Streik in Amsterdam

Erfolge haben die niederländischen Ford-Arbeiter im Kampf gegen die geplante Schließung des Werks in Amsterdam erzielt. Seite 11.

Ende August machte Finanzminister Matthöfer

Das skandalöse Milliardengeschenk an Flick perfekt!

BONN. — In der letzten August-Woche gab das Bundesfinanzministerium „grünes Licht" für die 210 Millionen-Mark-Investition von Flick bei Gerling — als „volkswirtschaftlich besonders förderungswürdig", wie zuvor auch schon alle anderen Investitionen aus den Gewinnen, die Flick durch den Verkauf eines Daimler-Aktienpakets erzielte.

450 Millionen Mark, die im eigenen Konzern investiert wurden, waren ebenso steuerfrei, wie der Gewinn aus dem Handel mit den Aktien eines US-Konzerns.

Mit diesen amerikanischen Aktienverkäufen zusammen hätte die eigentlich zu bezahlende Steuer rund 1,2 Milliarden Mark betragen — großzügig verschenkt, aufgrund eines Gesetzesparagraphen, der 1964 zur „Förderung der mittelständischen Wirtschaft" verabschiedet worden war. Nun kann man weder behaupten, daß die Flick-Gruppe zum Mittelstand gehört, ist sie doch eine der größten Finanzgruppen innerhalb des westdeutschen Kapitals, noch kann man irgend etwas besonders förderungswürdiges daran entdecken, wenn diese Herren mit Milliarden-Steuergeschenken ihre Betriebe durchrationalisieren.

1,2 Milliarden verschenkt — in einer Zeit, da angeblich alle Opfer bringen sollen und da die reformistischen Kräfte angeblich darum kämpfen, eine „ausgewogene" Belastung für alle zu erreichen. Ausgewogen allerdings ist das sicherlich — was auf der einen Seite genommen wird, wird auf der anderen gegeben. Und das in einem Fall, der in der Öffentlichkeit bekannt ist — wie wird es da erst bei all den unzähligen Fällen zugehen, die sich hinter verschlossenen Türen abspielen? Wie da gekungelt wird, und das wohlgemerkt noch dazu in einem Land, das eine der niedrigsten Steuerquoten für die Reichen hat, im Vergleich zu anderen kapitalistischen Ländern? Die Reichen sollen die Krise bezahlen! Diese Forderung der KPD erweist sich als völlig gerechtfertigt!

Auch noch eine Woche nach dem Überfall

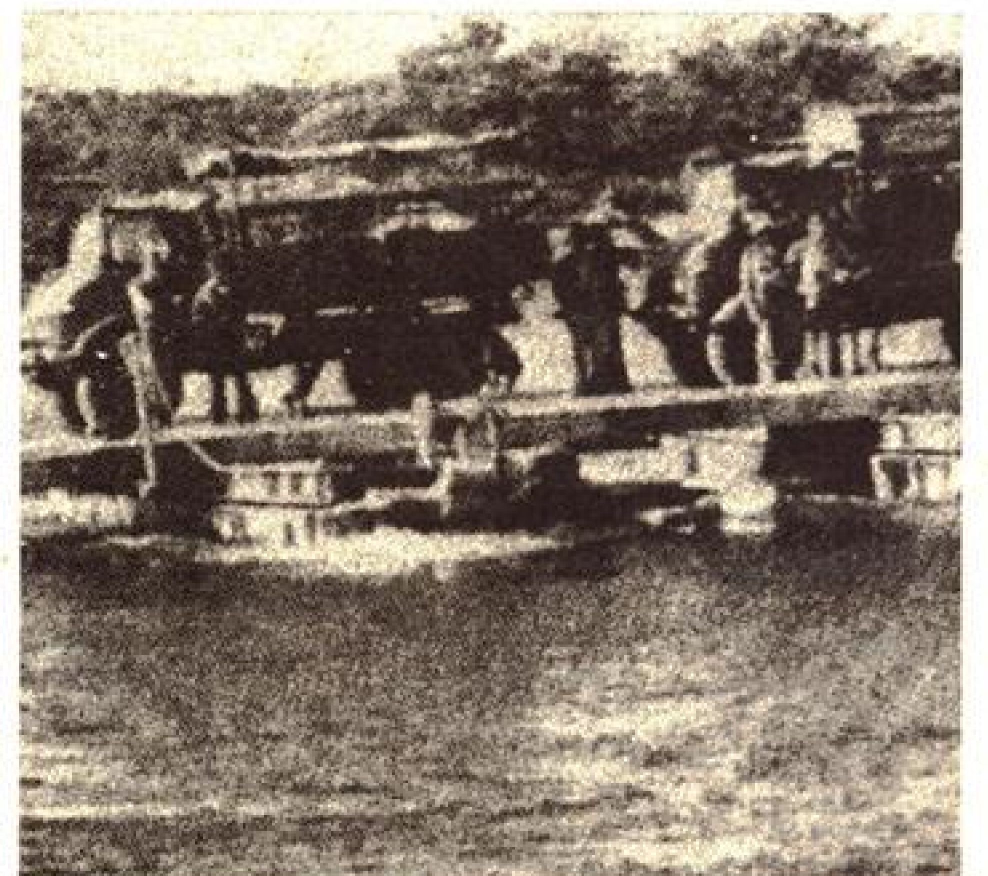
Südafrikanische Truppen halten angolanisches Gebiet besetzt

LUANDA. — Entgegen den am letzten Wochenende von dem südafrikanischen Rassistenregime lancierten Meldungen, man habe die Truppen, mit denen Angola überfallen wurde, zurückgezogen, weist die Regierung in Luanda darauf hin, daß nach wie vor im südlichen Teil des Landes Rassistentruppen ihr Unwesen treiben.

Mit unvergleichlicher Arroganz, oder besser mit der Arroganz der Hitlers und Reagans, betonten die südafrikanischen Militärsprecher, man habe „selbstverständlich auch" gegen reguläre angolanische Einheiten gekämpft. Ein richtiggehender kriegerischer Überfall also auf ein Land, mit dem man weder gemeinsame Grenzen hat noch sich im Kriegszustand befindet.

Die 400 offiziell eingestandenen Todesopfer dieses Überfalls wurden kurzerhand allesamt zu Guerillakämpfer der SWAPO ernannt, die man dorthin verfolgt habe. Aber selbst die Bilder, die im Deutschen Fernsehen zu sehen waren, bewiesen, daß es dort ganze zerstörte Ortschaften gab, die mit Artillerie und Panzern beschossen worden waren.

Im UNO-Sicherheitsrat verhinderten die amerikanischen Delegierten sowohl eine Verurteilung Südafrikas als auch den Beschluß, endlich effektive Maßnahmen gegen den ständigen Terror der Rassisten im Süden Afrikas zu ergreifen. Die „neue" Südafrikapolitik Reagans zeigt sich so als eine unverhohlene Unterstützung der rassistischen Aggression.



Südafrikanische Truppen überqueren den Grenzfluß zwischen Namibia und Angola

Kommentar der Woche

Westberlin 1968: „Seht Euch diese Typen an!" — Bürgermeister Schütz hetzt gegen die „Krawallbrüder", den „immatrikulierten Mob". Gemeint ist die Studenten- und Jugendbewegung jener Jahre. Und wer Schütz hört, dem ist klar: Nicht nur ansehen, sondern ruhig auch mal hart anpacken soll man diese Typen.

Springers Frontstadt-Organe werden deutlicher. Sie überschütten Tag für Tag die „anständigen Berliner", die „schweigende Mehrheit" mit unverhüllten Aufrufen zur Gewalt: „Man darf auch nicht die ganze Dreckarbeit der Polizei überlassen". („Bild" am 7.2.68).

TUWAT und die „schweigende Mehrheit"

Die Folgen sind bekannt. Pogromstimmung in Westberlin, Übergriffe reaktionärer verhetzter Elemente gegen demonstrierende Jugendliche. Und schließlich findet sich einer, der auch die blutige Drecksarbeit übernimmt und den Studentenführer Rudi Dutschke mit drei Schüssen in den Kopf niederstreckt.

Westberlin 1981: In erschreckender Form wiederholen sich die Ereignisse. Wieder häufen sich die Appelle an die sogenannte schweigende Mehrheit. Die Kreuzberger Hausbesetzer-Szene, so tönt Springers „BZ", ist eine „Herausforderung für jeden Bürger". Und die Herausforderer sind nun nicht mehr nur irgendwelche Typen, die man beiseitewischen muß. Es ist ein „faschistoides Gesindel". So jedenfalls nennt ausgerechnet der Westberliner IGM-Bevollmächtigter (und SPD-Abgeordnete) Horst Wagner die Hausbesetzer und ihre Sympathisanten. Sein Kollege Egon Franke, Landesvorsitzender der Polizeigewerkschaft, bekundet öffentlich sein Verständnis für die Wut der „Bevölkerung", die jetzt die Geduld verloren hat.

Als dann die Szene an Planung und Durchführung ihres „Tuwat-Spektakels" geht, eines mehrwöchigen Treffs mit westdeutscher und internationaler Beteiligung, erreicht die gesteuerte Panikmache ihren Höhepunkt. Nun ist es der Polizeisenator Lummer, der sich an die Spitze der Kampagne setzt und versucht, die „wahren Berliner" gegen „westdeutsche Krawallmacher" zu mobilisieren. Es ist also wieder wie vor 13 Jahren. Die reaktionäre Allianz in der Frontstadt hetzt nicht nur gegen eine Protestbewegung, sie schürt auch wieder gezielt Pogromstimmung. Und all diese Appelle an die wahren Berliner und ihre Wut, was sind sie denn anderes als eine Neuauflage der Aufrufe zur Gewalt gegen die neue Jugendbewegung?

Die erwünschten Folgen sind auch jetzt nicht ausgeblieben: Bombendrohungen gegen die TUWAT-Zentrale, Brandanschläge auf besetzter Häuser. In der vergangenen Woche, wenige Tage vor dem Beginn des TUWAT-Spektakels, gründet sich in einer Gaststätte im Bezirk Tiergarten die „Bürgeraktion gegen Chaos", die sich als „Sprachrohr für die schweigende Mehrheit" versteht und die auf ihrer Gründungsversammlung das militante Aufrollen von Demonstrationen diskutierte. Senator Lummer hatte übrigens dieser Versammlung seine Teilnahme zugesagt, war dann im letzten Moment wieder abgesprungen, weil er „sich nicht so exponieren" wollte. Verständlich, soll doch alles vermieden werden, was darauf hinweisen könnte, daß es sich hier nicht um einen spontanen Ausbruch der Empörung bei der wirklichen Mehrheit handelt. Sondern um die gezielt von oben betriebene Mobilisierung einer Minderheit von verhetzten Elementen.

Am letzten Mittwoch konnte die Springer-Presse dann befriedigt melden: „Was alle befürchtet hatten, ist passiert — schon die erste TUWAT-Demonstration endete gestern abend blutig." Aber wer war dafür verantwortlich? Etwa hundert Jugendliche, laut „Bild" Rocker und Teds, zum großen Teil vermummt, behelmt und mit langen Knüppeln bewaffnet, hatten die Demonstration überfallen und mit „Rotfront verrecke!"-Gebrüll auf deren Teilnehmer eingeprügelt.

Die Saat der Pogromhetzer ist also aufgegangen. Jetzt stellen sie sich hin und waschen ihre Hände in Unschuld. Man darf ihnen nicht erlauben, sich aus der Verantwortung wegzustehlen und muß ihrer Hetze entschieden entgegentreten. Es darf nicht wieder so weit kommen, daß die von diesen Leuten aufgeputschten Elemente zu Mord- und Totschlagsaktionen übergehen.

Detlef Schneider

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bonner „Beschäftigungsprogramm"

Kein Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

BONN. — Nach langem Tauziehen zwischen den beiden Koalitionsparteien wurde in der vergangenen Woche Einigkeit über ein sogenanntes Beschäftigungsprogramm erzielt, das einen Rahmen von 1,5 Milliarden Mark haben wird. Die Finanzierung dieses Programms ist jedoch weiter umstritten.

SPD-Vize Wischnewski erläuterte letzte Woche noch einmal die beiden „unverzichtbaren" Grundsätze seiner Partei in der Haushaltspolitik. Oberster Grundsatz bleibe die soziale Gerechtigkeit, und an zweiter Stelle stünden Maßnahmen für eine Belebung des Arbeitsmarktes. Wahrlich starke Worte. Nur — sie stehen in einem derartig krassen Widerspruch zur tatsächlichen Politik der SPD, daß sie wohl kaum einen propagandistischen Wert haben, sondern von den Werktätigen eher als Verhöhnung verstanden werden.

Soziale Gerechtigkeit? Da wird im Rahmen der Haushaltspolitik der Sozialabbau in einem Maße betrieben, wie es in der Geschichte der Bundesrepublik bislang einmalig ist. Und der SPD-Finanzminister Matthöfer macht dem Flick-Konzern ein Steuergeschenk von sage und schreibe 120 Millionen Mark (siehe auch Seite 1). Eine feine „Gerechtigkeit", die darin besteht, den arbeitenden Menschen immer mehr zu nehmen und den Konzernherren immer mehr zu geben!

Und was den zweiten Punkt der unverzichtbaren Grundsätze des Herrn Wischnewski betrifft, so sieht es da nicht viel anders aus. Man muß sich nur einmal die angeblichen Maßnahmen zur Belebung des Arbeitsmarktes ansehen, die in dem letzte Woche ausgehandelten „Beschäftigungsprogramm" enthalten sind. Zunächst einmal ist der Rahmen dieses Programms ja äußerst dürftig ausgefallen. Er umfaßt ganze 1,5 Milliarden Mark — angesichts eines Haushaltsansatzes von etwa 240 Milliarden wirklich ein unbedeutendes Sümmchen. Aber werden nun wenigstens mit diesen 1,5 Milliarden neue Arbeitsplätze geschaffen?

Betrachten wir die Programmpunkte im einzelnen (in Klammern sind jeweils die Kosten in Millionen Mark angegeben):

Weitere Verbesserungen bei Abschreibungen für Unternehmen (45).

Maßnahmen zur Energieeinsparung bei Bundesbauten (100).

Verstärkung der laufenden Maßnahmen im Fernstraßenbau (300).

Beschaffung von Waggons für die Bundesbahn (100).

Finanzhilfen für den öffentlichen Personennahverkehr (180).

Zuschüsse für Unternehmen bei der Einführung von Mikroelektronik (100).

Zuschüsse für die Entwicklung von Elementen in der optischen Nachrichtentechnik (30).

Sicherung gegen Ölschäden auf hoher See (15).

Aufstockung des Eigenkapitals der bundeseigenen Kreditanstalt für Wiederaufbau zur Verbesserung von Maßnahmen zugunsten des Mittelstandes (200).

Aufstockung der Kapitalhilfe für den westdeutschen Export (100).

Einbau von Wärmepumpen (150).

Noch offen sind Maßnahmen zum Umweltschutz und Maßnahmen zum Wohnungsbau, wobei sich in letzterem Punkt beide Koalitionspartner darin einig sind, daß eine Verbesserung der Abschreibungen bei Mietshäusern beschlossen werden soll. Umstritten ist nur noch, ob hier auch Eigentumswohnungen einbezogen werden.

Das ist nun also das von der SPD so hochgejubelte „Beschäftigungsprogramm". Es besteht aus einigen öffentlichen Investitionen, von denen wohl — wenn überhaupt — nur äußerst geringe „beschäftigungswirksame" Impulse ausgehen werden und die zudem in gar keinem Verhältnis zu der realen Vernichtung von Arbeitsplätzen stehen, die durch die bislang schon beschlossenen Sparmaßnahmen (Personalabbau im öffentlichen Dienst usw.) bewirkt sind. Neben diesen mageren öffentlichen Investitionen enthält das sogenannte Beschäftigungsprogramm dann ausschließlich neue Subventionen für die Unternehmer, Subventionen, die wieder einmal ohne Auflagen — etwa zur Erhaltung oder Schaffung von Arbeitsplätzen — ausgeschüttet werden.

Wenn Bonn jetzt beispielsweise ausgerechnet die Einführung der Mikroelektronik bezuschussen will, dann ist das doch gerade eine Einladung an die betreffenden Unternehmer, ihre Betriebe mit öffentlichen Mitteln kräftig durchzurationalisieren. Belohnt werden also gerade die Arbeitsplatzvernichter, und das Ganze nennt sich dann auch noch „Beschäftigungsprogramm".

Offen war zu Beginn der Woche immer noch die Finanzierung dieses Programms. 100 Millionen Mark hatte man durch die geplante Erhöhung der Sektsteuer zusammengekratzt. Eine weitere halbe Millliarde Mark soll die Erhöhung der Mehrwertsteuer für Druckerzeugnisse (außer Tageszeitungen) bringen, eine Maßnahme, die zwangsläufig zur weiteren Verteuerung von Büchern und Zeitschriften führen wird und die von der IG DruPa zu Recht als „kulturfeindlich" bezeichnet wurde.

Was die restlichen 900 Millionen zur Finanzierung des Programms betrifft, so haben die FDP-Führer noch einmal ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sie nach wie vor weitere Streichungen von Sozialleistungen — vor allem beim Arbeitslosengeld — für notwendig halten. Im übrigen haben sie deutlich zu verstehen gegeben, daß sie von dem ganzen „Beschäftigungsprogramm" nichts halten und einen — wie Lambsdorff es in völliger Übereinstimmung mit den Kapitalistenverbänden genannt hat — grundsätzlichen Kurswechsel vom Konsum zu den Investitionen anstreben. Es mag dahingestellt bleiben, inwieweit der jetzt lautstark bekundete Widerstand der FDP gegen das „Beschäftigungsprogramm" nur ein taktisches Manöver ist.

Deutlich wurde jedenfalls, was die SPD-Führer mit diesem Programm bezwecken. Dazu noch einmal Wischnewski: Er habe den Eindruck, so erklärte er, daß auch die Gewerkschaften bereit seien, manche Lasten mitzutragen, wenn sie sehen, daß zusätzliche beschäftigungswirksame Maßnahmen entfaltet würden. Mit der Farce des jetzt beschlossenen „Beschäftigungsprogramms" sollen also Illusionen über angebliche Anstrengungen der Bundesregierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geschaffen werden, um so den gewerkschaftlichen Widerstand gegen die Folgen der Bonner Haushaltspolitik zu schwächen.



Arbeitslose in Westberlin — Das „Beschäftigungsprogramm" der Bundesregierung wird keine neuen Arbeitsplätze schaffen.

VOLKSFRONT-Mitglied zu hoher Geldstrafe verurteilt

„Beleidigung von Strauß, Verunglimpfung der BRD"

KARLSRUHE. — Nach einer ganzen Serie von Freisprüchen in Sachen „Stierplakat" (der „Rote Morgen" berichtete darüber) hat F.J. Strauß nun in Karlsruhe ein Gericht gefunden, das in diesem Fall eine drastische Geldstrafe verhängte.

Harald Luschnat, ehemaliger Bundestagskandidat der VOLKSFRONT, wurde wegen Beleidigung von Strauß und wegen Verunglimpfung der Bundesrepublik zu einer Strafe von 4500 Mark verurteilt Der erste Vorwurf bezieht sich auf das Wahlplakat der VOLKSFRONT, das Strauß als wütenden Stier karikiert, der zweite auf ein weiteres Wahlplakat, das unter anderem zum Kampf gegen die Einführung eines Polizeistaats aufruft. Der mitangeklagte Student Frank Ullrich, der lediglich einmal in Achern das zweite Plakat aufgestellt hatte, wurde zu einer Geldstrafe von 450 Mark verurteilt.

Harald Luschnat erläuterte in seiner Verteidigung, Strauß sei mit seinem politischen Gegner nie zimperlich umgesprungen und er müsse es sich gefallen lassen, daß auch er in der politischen Auseinandersetzung nicht mit Samthandschuhen angefaßt werde. Dies wurde anhand mehrerer Zitate von Strauß belegt, außerdem wurden dem Gericht verschiedene nicht beanstandete Strauß-Karikaturen vorgelegt, gegen die das Plakat zum Teil noch relativ „harmlos" erschien.

Die Parole „Stoppt Strauß — Gegen Reaktion, Faschismus und Krieg" wurde unter anderem anhand der Tatsachen erläutert, daß Strauß enge Kontakte zu faschistischen Gruppen in aller Welt unterhält und von daher schon eine Gefahr durch eine etwaige Kanzlerschaft von Strauß deutlich würde. Nicht vor Strauß als Person, sondern vor seinem politischen Programm würde zudem in der genannten Parole gewarnt.

In bezug auf das andere Plakat wurden die Behauptungen des Staatsanwalts, die VOLKSFRONT wolle den Eindruck erwecken, die gegenwärtige BRD sei ein Polizeistaat, klar widerlegt, unter anderem durch die Verlesung der Grundsätze der VOLKSFRONT.

Obwohl die Verteidigung auf eine ganze Reihe von positiven Gerichtsurteilen und Begründungen zu den Plakaten hinweisen konnte, übernahm Richter Rastetter in vollem Umfang die Argumentation und das geforderte Strafmaß der Staatsanwaltschaft. Die stichhaltigen Argumente der Verteidigung hatten ihn offenbar nicht im geringsten interessiert — er ging in seiner Urteilsbegründung gar nicht erst darauf ein.

Die beiden VOLKSFRONT-Kollegen haben Berufung eingelegt.

Aus der Arbeit der Sektion DDR der KPD

Unsere Kampagne für die Freilassung von Manfred Wilhelm, Andreas Bortfeld und der anderen inhaftierten Genossen und Sympathisanten hat hier in Westdeutschland einer breiten Öffentlichkeit zum ersten Mal die Existenz einer kommunistischen Opposition in der DDR bekannt gemacht. Vielen Menschen fällt es schwer, sich vorzustellen, daß unter solchen Bedingungen der vollständigen Entrechtung des Volkes wie sie in der DDR bestehen, eine Partei organisiert und planmäßig den Kampf gegen das herrschende Regime führen kann.

Es herrscht oft auch die Meinung vor, daß es den Machthabern in Ostberlin gelungen wäre, eine vollständige Friedhofsruhe in der DDR gewaltsam herzustellen, wo es niemand mehr wagt, gegen Ausbeutung und Unterdrükkung aufzumucken. Daß dies nicht so ist, zeigen spektakuläre Ereignisse wie die Jugendrevolte auf dem Berliner Alexanderplatz, aber auch unzählige Protestäußerungen, die im Westen normalerweise nicht bekannt werden.

Ein Bild dieses alltäglichen Widerstands vermitteln die Auszüge aus Publikationen der Sektion DDR, die wir auf dieser Seite veröffentlichen. Deutlich daran werden aber auch die Arbeitsmetho den unserer Genossen im östlichen Teil Deutschlands. Unter den Bedingungen strengster Illegalität müssen sie selbstverständlich auf Kampfformen wie sie für uns selbstverständlich sind (Demonstrationen, Kundgebungen, öffentliche Propaganda usw.) verzichten, wie ja für die Werktätigen generell alle Kampfaktionen einschließlich des Streiks illegal sind.

Die hier abgedruckten Artikel zeigen sehr gut, wie die Genossen in der DDR an dem alltäglichen Widerstand anknüpfen, gelungene Beispiele propagieren (und solche Beispiele wie etwa Spendenaktionen für die polnischen Kollegen auch selbst initiieren). Dabei verstehen es die Genossen auch sehr geschickt, die Möglichkeiten aufzuzeigen (Verfassung, Gesetze, Statuten der Massenorganisationen usw.), die im Kampf gegen das Regime und seine reaktionären Maßnahmen ausgenutzt werden können.


Einheit der DDR-Armee

Lehren der polnischen Streikbewegung

Die Lage der Werktätigen in der DDR ist gegenwärtig noch ein ganzes Stück besser als die ihrer polnischen Kollegen. Doch auch bei uns geht es bergab. Versorgungsmisere, steigende Preise, die Löhne wachsen nicht mit, auf vielen sozialen Gebieten bleiben die Leistungen des Staates hinter den Erfordernissen zurück. Auch für uns wird es immer dringender, unseren Lebensstandard gegen die Angriffe der Bonzen zu behaupten. Auch bei uns wird es dahin kommen, daß die Arbeiter zum offenen Kampf gegen den Staat gezwungen werden (Streik). Wer sich nicht die Butter vom Brot nehmen lassen will, muß auch heute schon kämpfen. Dabei sind für uns die Erfahrungen unserer polnischen Klassenkollegen wichtig:

— Die Streiks der polnischen Arbeiter haben die Regierung das Fürchten gelehrt. Sie zeigen auch uns, daß die Arbeiter nicht wehrlos sind, daß die Arbeiterklasse große Kraft besitzt.

— Die Streiks haben bewiesen, daß die Arbeiter dann etwas ausrichten können, wenn sie geschlossen auftreten und feste Solidarität unter ihnen herrscht. Wie ist es bein uns? Oft streiten wir uns doch noch um 5 Mark bei der Jahresendprämie. Wenn wir uns um die Pfennige streiten, verlieren wir die Mark.

— Die Bewegung der polnischen Arbeiter ist unter anderem so stark, weil sie es verstanden haben, fähige Sprecher und wahrhafte Vertreter ihrer Interessen aus ihren Reihen herauszubilden.

— Die Streikbewegung ist nicht vom Himmel gefallen. Seit 1970 haben sich die polnischen Arbeiter dreimal zu machtvollen Aktionen erhoben und dabei an Erfahrung und Reife hinzugewonnen. Daß die Streikbewegung jetzt so mächtig wurde, hat seine Ursache darin, daß die Arbeiter über Jahre hinweg ihre Einheit geschmiedet haben — erst im einzelnen Betrieb, dann über Betriebsgrenzen hinweg.

An dieser Stelle müssen auch wir heute anfangen. Setzen wir uns für die Einheit unter den Kollegen ein, schmieden wir sie im Kampf um kleine Forderungen. Wir werden sie brauchen, wenn es um größere Auseinandersetzungen geht. Nutzen wir die Möglichkeiten im FDGB, wie Versammlungen, Funktionen usw. Ehrliche und fähige Kollegen müssen unsere Vertrauensleute werden.

Üben wir aktive Solidarität mit den polnischen Arbeitern

Dieser Tage im TRO: Unter den Arbeitern wird für die streikenden polnischen Kollegen Geld gesammelt. Manche geben 20 bis 30 Mark. Und man findet Wege, das Geld an die richtige Stelle zu befördern. — Eine großartige Initiative.

Bravo Kollegen!

Polens Arbeiter brauchen diese Solidarität.

— Jeder Groschen und jede Stimme zählt in ihrem Kampf.

— Wenn wir unsere Unterstützung für die polnischen Streiks zeigen, erschweren wir mögliche Einmarschpläne der sowjetischen Imperialisten.

— Die Solidarität nutzt auch uns, weil wir auch damit unseren Bonzen zeigen, daß wir uns nicht alles bieten lassen, daß sie mit unserem Widerstand rechnen müssen.

Wo immer ein polnischer Arbeiter in eurer Mitte ist, bekundet eure Hochachtung und Sympathie mit den Streikenden. Organisiert nach dem Vorbild der Kollegen vom TRO Geldspenden! Findet Wege, um sie Polens streikenden Arbeitern zukommen zu lassen (Urlaubsreisen, polnische Kollegen...).

(Aus einem Flugblatt vom Oktober 1980)


Gewerkschaftsdemonstration

Reserveoffiziersbewerber gesucht

Liebe Genossen!

Ich bin Student des zweiten Studienjahres an der Humboldt-Universität Berlin. Für uns laufen jetzt wieder die „Gespräche" zur Bewerbung als Reserveoffiziersbewerber (ROB) auf Hochtouren. Für alle, die nicht wissen, was das ist: Möglichst alle männlichen Studenten sollen sich als Offizier der Reserve bewerben. In Kurzlehrgängen werden sie dann während des Studiums als Offiziere ausgebildet und stehen damit Honeckers und Hoffmanns Armee ständig zur Verfügung. Fast alle von uns waren schon anderthalb oder drei Jahre bei der Fahne und haben die Nase gestrichen voll. Das wissen die Leutchen von der Uni, die uns anwerben sollen, genau.

Entsprechend schwere Geschütze werden aufgefahren. Das fängt an bei Phrasen über unser „sozialistisches Vaterland" und der Aufzählung angeblicher Vorteile, die man als ROB genießt, geht weiter über mehr oder weniger scharfe Fragen — „ob man mit der Politik unseres Staates etwa nicht einverstanden" wäre — und reicht bis zur Streichung des Leistungsstipendiums, Eintrag in die Kaderakte und der Drohung mit der Exmatrikulation. Das Ganze nennt sich dann „Einsicht in die Notwendigkeit".

Zu viele lassen sich da noch einschüchtern oder fallen auf die Phrasen der Werber herein. Dabei kennt jeder den Kadavergehorsam und den Drill, und die wenigsten fanden als Soldaten oder Unteroffiziere Freude am Kriegsspielen oder am Leuteschinden. Jeder kennt den hierarchischen Aufbau der NVA und weiß, daß der Soldat nichts, aber auch gar nichts zu melden hat. Wir haben doch bei der Fahne alle auf die Offizere geflucht, wollt ihr morgen selber als Leuteschinder in der Armee dienen? Manche Studenten meinen: *„Bloß nicht groß aufmucken beim Studium, das mit dem ROB ist nicht so schlimm, wir kommen ja doch nicht als Offiziere zum Einsatz."* Kommilitonen, wenn ihr erst einmal unterschrieben habt, können sie euch jederzeit einziehen und so oft sie wollen. Und zum Einsatz kommt ihr nicht in dem Ort an der Stelle, wo ihr gern hinwollt. Kommt es dann wieder einmal zu einem Einmarsch in ein anderes Land, wie 1968 in die CSSR, seid ihr als Offiziere dabei.

Was wollen die Herren mit dem ROB-Rummel erreichen? Zum einen wollen sie den Offziersmangel der NVA beseitigen, denn trotz der Priviligien, die dieser Kaste geboten werden, verkaufen sich immer weniger Leute. Zum anderen wollen sie uns damit enger an ihren Staat binden, wollen uns damit für immer an die Kandarre nehmen, und unsere Fähigkeiten für ihre Ziele ausnutzen. Diskutiert mit Vertrauten über die ROB-Frage. Lehnt massenhaft die Unterschrift ab! Gegen einzelne können sie Druck ausüben, bei vielen haben sie aber Schwierigkeiten.

Für mich gibt es keine Frage, ich unterschreibe nicht!

Ein Sympathisant

(aus: „Roter Morgen", Mai '79)

Leistungsförderndes Lohnsystem im Kombinat Kühlautomat

Mein Freund arbeitet im Rostocker Betriebsteil des Kombinats Kühlautomat, von dem u.a. Kühlaggregate für Fischfangschiffe installiert werden.

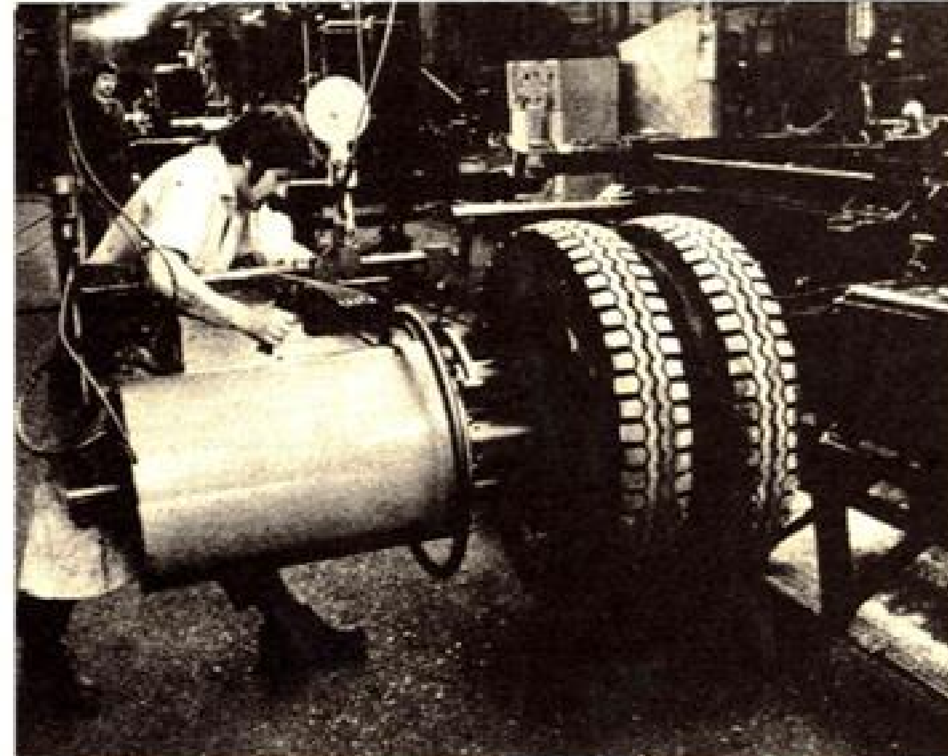
Wie überall, so wird auch in diesem Betrieb die Ausbeutung und Arbeitshetze immer mehr verstärkt. Vor einiger Zeit sollte das sogenannte „leistungsfördernde Lohnsystem" (LFL) eingeführt werden, das mit einer einschneidenden Normerhöhung verbunden war. Was der Arbeiter früher in acht Stunden geschafft hatte, sollte er nach der Umstellung in sechs Stunden schaffen. Dafür wurden von der Betriebsleitung „großzügig" ganze 100 Mark mehr angeboten. Ein Facharbeiter des Betriebes verdient durchschnittlich 750 Mark. Das wäre dann eine Lohnsteigerung von nur 13 Prozent bei einer Leistungssteigerung von 33 Prozent. Anders ausgedrückt: Für die hundertprozentige Erfüllung der alten Norm bekommt der Arbeiter nach der Umstellung — bei Einbeziehung des Lohnzuschlags — nur noch ca. 640 Mark gegenüber 750 Mark früher. Glatter Lohnraub!

Die Kollegen reagierten auf den geplanten Lohnabbau natürlich sauer, worauf die Chefs drohten: Wenn die Belegschaft das LFL jetzt nicht annehme, würden die Normen ein Jahr später ohne Lohnzuschlag hochgeschraubt werden. Um die Verschärfung der Ausbeutung etwas zu verschleiern, wurde für jede Abteilung eine Kommission gebildet, in die zur Wahrung des Scheins und zwecks Spaltung der Belegschaft auch einige Arbeiter delegiert wurden. Die Kommissionen sollten die Einführung des LFL für jeden Arbeitsplatz konkret austüfteln. Zum Dank für die Durchsetzung der höheren Normen bekamen die Kommissionsmitglieder Prämien. Ein Bereichsleiter hatte obendrein die Frechheit, sich als Mitglied aller sieben Kommissionen seines Bereichs einzutragen, obwohl er nur in einer „aktiv" war. Der Herr kassierte die siebenfache Prämie.

Die Einführung des LFL ist nur ein Mittel, um aus den Kollegen immer mehr Profit zu pressen. Über Monatsprämien werden sie dazu angetrieben, jeden Monat viele Überstunden zu leisten. Die Chefs drohen mit Entzug der Monatsprämie, wenn sich ein Kollege weigert, von der knappen Freizeit noch etwas herzugeben.

Um die Arbeiter stärker anzutreiben, greifen die Bonzen immer offener zu kapitalistischen Methoden. Vor zwei Jahren wurden auch im VEB Kühlautomat Stempeluhren installiert. Allerdings funktionierten sie nicht lange. Nach einer Woche wurden sie von empörten Kollegen mit Bitumen vollgegossen. Klar, daß die Intensivierung auf den Haß und Widerstand der Kollegen stößt. Denn jeder merkt doch, daß von der Mehrarbeit der Werktätigen nur die Bonzen fett werden, während für uns höchstens einige Krümel abfallen.

(aus: „Roter Morgen", Juli '78)


Mit immer neuen Methoden wird die Ausbeutung in den Betrieben verschärft.

Militaristischer Rummel an der Schule

„Wehrkundeunterricht" steht seit dem letzten September auf dem Stundenplan der 9. und 10. Klasse. Dieser WKU reiht sich ein in die Bemühungen des Staates, die Jugend immer mehr mit militaristischer Propaganda zu bombardieren. In Zeitungen und Zeitschriften erscheinen immer häufiger Artikel, die die NVA verherrlichen, die Werbetrommel für den Offiziersberuf oder drei Jahre Armeedienst wird verstärkt gerührt. Die Jugend versucht man, über ihr Interesse an Motorsport und Technik für militärische Berufe zu ködern. Eure Großeltern oder Eltern können euch berichten, daß sie unter Hitler oder dem Kaiser denselben gemeinen Dreh angewandt haben, um die Jugend für Armee und Krieg zu begeistern.

Die Jugend bei uns will aber trotz der intensiven Reklame mit der NVA nichts zu tun haben und von dem militaristischen Propagandarummel nichts wissen. Und das hat seinen guten Grund. Auch wenn du noch nicht bei der Fahne warst, weißt du doch, was dich erwartet, weißt du genau, daß jeder, der gedient hat, von der NVA den Kanal gestrichen voll hat. Frag einen 3-Ender, ob er sich nochmal verpflichten würde. Nach eineinhalb Jahren bekommen die meisten das große Heulen. Aber auch viele Offiziere zählen die Tage. Doch die dreckigen Typen vom Wehrkreiskommando kümmert das nicht. Sie lügen ohne rot zu werden. Laßt euch nicht von diesen Gaunern beschwatzen.

(Aus einer Jugendbroschüre der KPD)

Das dritte Unglück in diesem Jahr

Acht Tote bei Explosion auf Preussag-Zeche

Sieben weitere Kumpels wurden verletzt

IBBENBÜREN. — Am Mittwoch letzter Woche forderte in Ibbenbüren eine Grubengas-Explosion das Leben von acht Bergleuten, vier deutschen und vier polnischen Kumpeln. Sieben weitere wurden verletzt in Kliniken eingeliefert. Das ist das dritte Unglück in bundesrepublikanischen Steinkohlezechen in diesem Jahr.

Auf der Preussag-Zeche, die allgemein als besonders gut gesichert dargestellt wird, hatte es erst vor rund einem Jahr ein Todesopfer bei einem ähnlichen Zwischenfall gegeben.

Jetzt wird, einmal mehr, in der Presse und den Medien das Lied vom schweren und gefahrvollen Leben des Bergmannes gesungen — damit man möglichst erst gar nicht fragt, wie es zu dem Unglück kam, welche Möglichkeiten es gibt, solche Unglücke zu verhindern.

Für die immer höhere Tonnenleistung, auf die der westdeutsche Steinkohlebergbau — besser gesagt die Unternehmer — so stolz sind, haben die Bergleute in den zwanzig Jahren der Rationalisierungskampagne einen schweren Blutzoll bezahlen müssen.

Im traurigen Rahmen dieser Nachrichten kommt auch zutage, daß die polnische staatliche Bergbaugesellschaft Kopex nahezu 1 000 Kumpel aus Polen an die westdeutschen Zechen ausgeliehen hat.

Die „Westfälischen Nachrichten“ vom 28. August schreiben dazu in kaum zu überbietender Offenheit: „Die berufserfahrenen Bergleute aus Polen werden vornehmlich in den Teilen der Schachtanlage eingesetzt, in denen mit Gasausbrüchen zu rechnen ist.“ Seit drei Jahren praktiziert Kopex diese Arbeitsverleihung und streicht dafür zwei Dirttel von deren Lohn ein. So müssen also nicht nur deutsche sondern auch polnische Kumpel ihr Leben lassen.



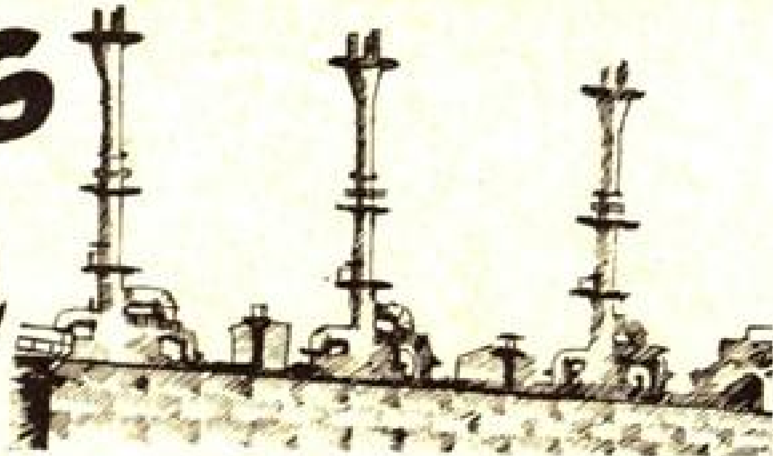
Entsetzen und Betroffenheit standen den Männern des Rettungsgrupps nach der Bergung des vierten toten Kumpels ins Gesicht geschrieben.

Jetzt beginnt wieder der übliche demonstrative Traueraufwand der Repräsentanten dieses Systems: der Ministerpräsident sagt sich zur Beerdigung an, Beileidstelegramme von allen Parteispitzen und so weiter. Weder den acht Toten noch ihren Witwen oder den Kindern, die sie hinterlassen, wird dies helfen. Man wolle „großzügig“ helfen, heißt es, wie immer in den Augenblicken, da sich die Augen auf solch ein Unglück und die Leidtragenden richten, jetzt von Seiten der Behörden. Das wird sich, wie schon so oft, erst noch zeigen müssen.

Wer bisher geholfen hat, das waren die Männer der Rettungstrupps und die Bevölkerung der Umgegend, die den Familien zur Seite steht.

Kein Wort aber wird von Seite der Unternehmensleitung oder auch der Behörden darüber verloren, wie man solche Unglücke in Zukunft etwa vermeiden könne — man kalkuliert mit ein, daß sich so etwas wiederholt.

Einmal mehr als traurig zu registrieren ist aber auch der Zustand der IG Bergbau und Energie, die sich bis heute zu diesen tragischen Ereignissen noch nicht öffentlich geäußert hat, geschweige denn irgendwelche Vorstöße in Richtung Erhöhung der Arbeitssicherheit gemacht hätte.



Betriebszeitung der KPD für das Peiner Walzwerk August 1981

Dunkle Wolken über Peine

Diesen Artikel entnehmen wir der ersten Ausgabe der KPD-Betriebszeitung „Heißes Eisen“ für das Peiner Stahlwerk.

Werner Amberg, Betriebsrat, sprach kürzlich beim Königsfrühstück von den „dunklen Wolken“, die über P + S hängen. Unrecht hat er nicht, wenn man die Entwicklung der letzten Jahre betrachtet. 1975 arbeiteten in Peine noch gut 5 500 Kollegen und Kolleginnen, heute, August 1981, sind es noch ca. 4 200. 1 300 Arbeitsplätze in sechs Jahren sind hier verlorengegangen. Darin sind natürlich die Verlegung der Hauptverwaltung nach Salzgitter; die Stillegung des Siemens-Martin-Werkes und die Reduzierung der Feinstraße auf einschichtige Produktionsweise enthalten.

In den kommenden Jahren wird der Arbeitsplatzabbau noch schneller vor sich gehen, wenn nichts Einschneidendes passiert. 1983 wird das Hochofenwerk in Ilsede dichtgemacht. Wir erinnern noch einmal daran, daß der Stillegungsbeschluß im Aufsichtsrat im März 1980 einstimmig gefaßt wurde. Das bedeutet, daß 800 Arbeitsplätze für immer verloren sind. Dann kommt das Roheisen aus Salzgitter. Doch auf den Umfang dürfen wir gespannt sein, wenn in Salzgitter auch auf das LDAC-Verfahren umgestellt wird. Das könnten eventuell 50 000 Monatstonnen weniger für das Blasstahlwerk bedeuten. Mit der Inbetriebnahme der Stranggießanlage im ersten Halbjahr 1982 wird die Halbzeugstraße auf einschichtige Produktionsweise heruntergefahren. Das bedeutet noch einmal 300 Arbeitsplätze weniger. In der Formstahlverladung ist die Installation neuer Kräne geplant, die 100 Arbeitsplätze überflüssig machen. Das sind ca. 1 200 Arbeitsplätze, die in den nächsten drei Jahren über den Deister gehen. Neu dazu kommen die Arbeitsplätze in der Stranggießanlage — und es hält sich das Gerücht, daß auch im Feinwerk wieder aufgestockt wird, wenn die Stranggießanlage läuft. Aber die neuen Arbeitsplätze wiegen in der Masse längst nicht das auf, was verlorengeht. Dazu kommt noch die chronische Unterbesetzung, die zur Zeit bei 200 Mann liegen dürfte und, daß versucht wird, überall Leute einzusparen. Frei werdende Plätze werden in den allerseltensten Fällen wieder besetzt.

Die Entwicklung der Technik der 80er Jahre wird auch eine große Rationalisierung im Angestelltenbereich mit sich bringen. So gibt es z.B. schon programmierbare Zeichnerautomaten, die einen technischen Zeichner voll ersetzen können. Doch auch im Angestelltenbereich wird es nur die unteren Angestellten treffen, der Wasserkopf bläht sich höchstens mehr auf.

Diese Entwicklung bedeutet langfristig den Tod für Peine. Die Folgen für die Stadt wären verheerend (vielleicht eine Parallele zu Hoesch, Dortmund). Jetzt schon liegt die Arbeitslosenquote in Peine bei über 7 Prozent. Darum fordert die KPD:

Kein weiterer Arbeitsplatzabbau!
Kampf der Entwicklung, die Peine langfristig kaputtmacht!
Sofortige Besetzung aller freien Stellen!

Weitere Massenentlassungen werden vorbereitet

Bei AEG gibt es „keine Tabus mehr“

FRANKFURT — Die Spekulationen um die Übernahme des AEG-Anteils an der Telefonbau und Normalzeit durch die Robert Bosch GmbH und die daraufhin vorbereitete Sitzung des Aufsichtsrats im September haben wieder ein grelles Schlaglicht auf die Situation des mit einem Umsatz von rund 13 Milliarden Mark immer noch zweitgrößten westdeutschen Elektrokonzerns geworfen: Dort wird eine neue Welle von Massenentlassungen vorbereitet.

Eine entscheidende Rolle beim künftigen Schicksal der AEG werden die ungefähr 20 Banken spielen, die als Konsortium die Finanzierung der Dürrschen Sanierung übernommen hatten, als dieser zum Jahresbeginn 1980 mit seinem Konzept den Chefposten antrat.

Dieses Konzept bedeutete kurzgefaßt, die Rationalisierung weiter zu beschleunigen und die Produktion auf besonders gewinnträchtige Sparten zu konzentrieren.

Aber trotzt Beseitigung von 20 000 Arbeitsplätzen in 18 Monaten ist dieses Konzept nicht aufgegangen. Die Ursachen dafür liegen weder in realen Verlusten der AEG, noch in weniger tüchtigeren Arbeitern oder was sonst in „fachmännischen“ Kreisen phantasiert wird.

Runde 450 Millionen Mark kassierten die Banken, allen voran die Dresdner Bank allein im letzten Jahr aus dem AEG-Betrieb — Zinsen!

In diesem Jahr erhöhten sie den Zinssatz für die AEG-Kredite von rund sechseinhalb auf fast siebeneinhalb Prozent — diese so nebensächlich erscheinende Maßnahme bedeutet eine Summe von ungefähr 50 Millionen Mark, die zusätzlich bezahlt werden müssen. Neue Kredite zur Erhöhung des Grundkapitals oder zur Finanzierung des nächstjährigen Investitionsprogramms wurden abgelehnt, ebenso wie die Aktienübernahme.

In dieser Situation tummeln sich die „Ausschlachter“ in den Banketagen. Neben Bosch sind auch ITT/SEL und Thomson-Brand mit von der Partie, ebenso britische und japanische Lizenzgeber.

Damit scheint alles in Richtung auf eine faktische Liquidierung des AEG-Konzerns hinzudeuten. Die großen Elektromonopole werden sich die fetten Fische aus dem AEG-Teich herausholen, der Rest wird dichtgemacht. Bosch ist dabei auf dem Wege zur Nummer zwei in der Elektroindustrie hinter Siemens, dafür bürgen die Dresdner Bank und Dürr selbst, der ja bereits von Bosch-Chef Merkle in seine Position gehievt wurde.

Wenn das so liefe, so kürzlich ein Wirtschaftskommentator, so seien die ganzen Opfer der Belegschaft umsonst gewesen, sei das ganze Konzept, das ja schließlich von der Mehrheit der Betriebsräte mitgetragen worden sei, gescheitert.

Und in der Tat erweist sich als richtig, was KPD-Betriebszellen, was RGO-Betriebsräte immer wieder gesagt haben: daß Entlassungen weitere nach sich ziehen werden, daß es den Bossen darum geht, eine weitgehende Stillegung von AEG zu erreichen. Diejenigen, die den Plänen der Konzernleitung, angeblich im Namen der Belegschaft, grünes Licht gegeben haben, sie tragen Mitverantwortung für den bevorstehenden Kahlschlag. Jetzt wäre es allerhöchste Zeit, den Kampf um die noch verbliebenen Arbeitsplätze zu verstärken, was entscheidend von der IG Metall abhängen wird.

Bisher waren es nur RGO und sonstige oppositionelle Betriebsräte, die diesen Kampf geführt haben, die ganze gewerkschaftliche Kraft war noch nicht eingesetzt.

Rationalisierungsprogramm verkündet

CWH wollen 1 500 Arbeitsplätze vernichten!

MARL. — Die Chemischen Werke Hüls kündigten in der letzten Woche in der Öffentlichkeit und gegenüber der Belegschaft ein Rationalisierungsmprogramm an, das der Vernichtung von 1500 der 14000 Arbeitsplätze im Hülser Hauptwerk dienen soll. Beschwichtigend hieß es dabei, Entlassungen seien zunächst nicht vorgesehen, aber sie seien auch nicht auszuschließen.

Dabei werden vor allem die Angestellten und die Arbeiter jener Produktionsbereiche betroffen sein, die Verluste einbringen, hieß es in der Darstellung der Werksleitung.

Die Reaktion der Belegschaft des Werkes war dabei klar: es ist unmöglich, rund jeden achten Arbeitsplatz im Werk zu vernichten, ohne dies mit Entlassungen zu tun. Und ebenso sei zu erwarten, daß es in allen Bereichen Auswirkungen geben werde und keinesfalls nur in beschränktem Ausmaß.

Der örtlichen Presse war zu entnehmen, daß der Hauptgrund für die „Verluste“ der CWH in den gestiegenen Rohstoffpreisen zu finden sei. Eine Behauptung, die überprüft werden muß, denn bekanntlich ist ja die VEBA AG die Mutter der CWH und hat mit eben jenen Rohstoffen zu tun, die CWH braucht. Es wäre nicht das erste Mal, sondern es ist ja die Regel, daß dort, wo in der öffentlichen Geschäftsbilanz Verluste ausgewiesen werden in Wirklichkeit Kapitaleigner, Banken oder der Mutterkonzern kräftig abschöpfen.

Die Reporter der „1. Marler Jugendzeitung“ erfuhren übrigens auf ihre Anfrage beim zuständigen Arbeitsamt, daß dort gegenwärtig sage un schreibe 245 freie Stellen gemeldet sind...

Offensichtlich wird die Entwicklung bei den CWH also nicht nur für die Arbeiter und Angestellten des Betriebs selbst, sondern auch für die Bevölkerung tiefgreifende Auswirkungen haben, wenn sich kein erfolgreicher gewerkschaftlicher Widerstand entwickelt.

Geschäftsbericht der Unilever

Superprofite mit Lebensmitteln

HAMBURG. — Die jetzt offiziell eingestandene Teuerungsrate von über 6 Prozent innerhalb eines Jahres, zu der neben den Energiepreisen und dem gesamten Verkehr vor allem auch die Nahrungsmittel beigetragen haben, hat auch ihre Gewinner: die Nahrungsmittelkonzerne.

Unilever, der größte Nahrungsmittelkonzern Europas, in britisch-niederländischem Kapitalbesitz meldet dabei einen neuen Rekord: Im ersten Halbjahr 1981 wurde der Umsatz auf 28,6 Milliarden Gulden erhöht. Das ist eine Steigerung um 14 Prozent im Vergleich zum ersten Halbjahr 1980. Der ausgewiesene Gewinn des Unternehmens steigerte sich dabei gegenüber dem Zeitraum Januar — Juni vorigen Jahres um sage und schreibe 60 Prozent auf rund 1,1 Milliarden Gulden. Mit der rasanten Teuerung in Westeuropa wuchsen auch die Profite: 700 Millionen Gulden davon wurden von April bis Juni verdient.

Die Deutsche Unilever, ungefähr für ein Drittel des Konzern-Weltumsatzes gut, hat dabei im selben Maße auch zum Gewinn beigetragen. Mit anderen Worten: 50 Millionen im Monat schaufelt sich die Deutsche Unilever mit dem Löffel ein, mit dem wir unsern Iglofrost essen oder die Traumcreme oder was sonst alles noch auf der Riesenpalette des Nahrungsmultis steht.

Und, das sollte man gerade dabei immer wieder betonen, das ist der öffentlich als Gewinn des Unternehmens dargestellte Betrag. Da sind weder die Steigerung des Anlagevermögens, noch die offene Rücklage noch all die anderen Positionen drin enthalten, in denen ein Großunternehmen seinen wirklichen Profit versteckt.

Aber es sind ja nicht nur die ganz Großen, die Unilever, Nestlé und Oetker, die hier den kräftigsten Appetit im Lande haben. Nicht nur, daß man die Profite der Handelsgesellschaften nicht vergessen darf, auch andere Umsatzmilliardäre in der Nahrungsmittelindustrie sahnen kräftig ab. Die Südzucker, größter Zuckerproduzent der Bundesrepublik und mit einem Jahresumsatz von 1,3 Milliarden auch keine kleine Nummer weist im letzten Jahr (Juli 80 bis Juni 81) einen Gewinn von 75 Millionen Mark aus. Dazu kommen noch weitere 51 Millionen Profite, die direkt aus der öffentlichen Bilanz ersichtlich sind — macht auch gute 10 Millionen im Monat.

Und das ist dann ziemlich genau doppelt so viel, wie im Vorjahr.

Ein ziemlich einleuchtender Grund dafür, daß Nahrungsmittel ständig teuerer werden — oder?

Solidaritätskundgebung und Demonstration am 6. September 1981

in Kassel (Eissportstadion, ab 11.30 Uhr) aus Anlaß des Termins der 29 „Heinze-Frauen" vor dem Bundesarbeitsgericht



Heinze-Frauen erwarten Solidarität!

Die Kampagne, die die IG DruPa zum Kampf der Gelsenkirchener Heinze-Frauen organisiert, steht mit der Demonstration und Kundgebung am 6. September in Kassel vor einem Höhepunkt. Daß die Heinze-Frauen Solidarität erwarten, daß dieser Kampf alle Frauen und alle Gewerkschafter angeht, kommt auch in den folgenden Passagen heraus, die wir den abgedruckten Gesprächen der Frauen im rororo-Taschenbuch Nr. 4623 „Wir wollen gleiche Löhne!" entnommen haben.

Gisela Kessler: Dich wollte ich noch einmal fragen: Wenn Dein Mann sagt, Du hast Dich völlig verändert, was meint er damit? Meint er damit, Du setzt Dich mehr durch, auch zu Hause?

Doris: Also ich finde, ich habe mich überhaupt nicht verändert. Ich meine immer, ich wäre genauso geblieben.

Angelika: Man kennt sie ja jetzt nur als Kollegin. Wie sie zu Hause ist, das weiß man ja nicht.

Erika: Sie haben früher noch nie in so einem Betrieb gearbeitet. In so einem großen Betrieb also, nur immer mit weniger Kollegen.

Irene: Ich würde sagen, die Doris war am Anfang, wie sie bei uns anfing zu arbeiten, sehr schüchtern. Das war mein Eindruck, und sie war dann irgendwie, sie war sehr verlegen. Sie ist aber selbstbewußter geworden, finde ich. Sie weiß sich selber zu schätzen.

Doris: Ja, wenn ich am Anfang einen Fehler gemacht habe, ich hatte wirklich Angst, und das ist jetzt gar nicht mehr so schlimm.

Irene: Also in der Richtung ist sie sicherer. Nicht nur wegen dem Lohn jetzt, seitdem wir gerichtlich vorgehen, überhaupt. Überhaupt, daß sie nun schon so viele Monate mit uns zusammen ist und vielleicht auch sicherer geworden ist.

Gisela Kessler: Und das überträgt sich vielleicht auch auf zu Hause.

Marianne Kaiser: Der Prozeß dauert nun schon ein Jahr. Habt ihr euch eigentlich dadurch verändert?

Bettina: Ja, muß ich wohl sagen, sonst hätte ich doch nie das Streitgespräch mit dem Geschäftsführer vor der Kamera angefangen. Daß ich derart aus mir rauskomme, das hätte ich nie gedacht! Ich hab immer zu mir gesagt: „Aber eines Tages kommt es raus. Einmal kommt der Tag, wo ich genau das sage, was ich denke, oder wo ich weiß, ich bin im Recht und wo ich mich wehre, wenn mir einer das abstreiten will." Daß es aber einmal wirklich so wird, daß ich auch mal in der Firma über meinen Schatten springe, hätt' ich nicht gedacht.

Vor allen Dingen stand da ja eine große Menge hinter mir, und da fühlt man sich dann stark. Es hat mir überhaupt nichts mehr ausgemacht, daß da ein Geschäftsführer vor mir steht und ich ein einfacher Malocher. Das kann man auch auf die Prozesse und auf unsere Sache zurückführen, bestimmt. Kann ich echt sagen, also, das stärkt schon. Ich glaub, das wird auch weiterhin wachsen, daß andere auch den Mut haben, irgendwas zu machen oder sich zu rechtfertigen, wo sie recht haben, bestimmt.

Marianne Kaiser: Und du?

Else: Ich bin schon ein bißchen älter und hab früher nie gearbeitet und bin seit vorigem Jahr am arbeiten und da war ich, ein bißchen kraß gesagt, naiv. Jetzt durch den Prozeß und durch den Umgang im Betrieb bin ich ein bißchen selbstsicherer geworden als früher. Kann man wohl so sagen, nicht?

Bettina: Wie alt bist Du jetzt?

Else: Ich werd 56.

Bettina: Ist doch kein Alter!

Else: Mußt Du erst mal werden! — Was ich noch sagen wollte: Die Männer haben eine Prämienzahlung bekommen in der Saison in diesem Sommer, und die Frauen nicht. Darum haben sich alle Frauen von allen Abteilungen zusammengetan und auch eine Prämienzahlung gefordert.

Regina: Die sind alle zum Betriebsrat gegangen, aus jeder Abteilung.

Else: Die Kollegin, die ebenfalls im Betriebsrat sitzt, die haben wir runtergeholt zur Nachtschicht. Wir sehen ja nicht zu, wenn die Männer was kriegen. Wir haben auch zu der Arbeit beigetragen in der Saison wie die Männer auch. Wenn die Frauen nicht so schnell gearbeitet hätten, hätten die Männer an der Durchlaufmaschine nichts zu tun gehabt.

Grete: Vorher, vor zwei Jahren, hättest Du nie die gesamte Filmentwicklung zum Protest beim Betriebsrat gekriegt in der Tagschicht, niemals, nie im Leben.

Doris: Mal angenommen, wenn wir jetzt verlieren, dann sind wir doch wieder so klein.

Erika: Wir haben dann eben verloren, daß wir nicht mehr Geld kriegen, also nicht den gleichen Lohn wie die Männer, aber ich meine, irgendwas hat man doch gelernt.

Gerda: Gewonnen haben wir dennoch, denn die Firma Heinze weiß, daß es nicht so weitergeht, wie das ja bisher war.

Angela Czybulski: Ja, dann fängt doch alles wieder von vorn an, oder nicht?

Gerda: Ja, wir stehen dann ohne Zulage da, aber wenn irgendwie mal was kommt, dann wissen die: „Hallo wach, die werden doch mal wieder einen Schritt unternehmen, in anderer Sache."

Marianne Kaiser: Das ist eine Möglichkeit. Aber das, was sie meint, ist ja doch, daß die Geschäftsleitung keine Angst mehr zu haben braucht, weil die Kolleginnen sagen: „Was sollen wir da losmachen, kommt am Ende ja doch nichts bei raus!" Oder?

Angela Czybulski: Ich habe gedacht, dann noch streiken. Wenn ich das alles schon mitmache, dann muß sich das doch auch lohnen.

Erika: Ich bin ja auch nicht für Streiken.

Gerda: Das wäre der letzte Schritt, aber wenn es sein müßte.

Marianne Kaiser: Warum seid ihr dafür, daß der Prozeß weitergeht vor dem Bundesarbeitsgericht in Kassel?

Resi: Weil wir für Gerechtigkeit sind. Und weil wir nicht einsehen, daß die Männer mehr bekommen, wenn sie die gleiche Arbeit machen. Und prinzipmäßig finde ich, daß die Frauen weitergehen sollen, aber alle Frauen, nicht nur jetzt wir 29. Es sollen alle zusehen, daß sie, wenn sie gleiche Arbeit machen, auch das gleiche Geld dafür bekommen. Ist doch nur gerecht!

Marianne Kaiser: Hofft ihr in Kassel auch wieder auf soviel Solidarität wie jetzt?

Inge: Das schon, aber daß wir da was rausholen, hoffe ich nicht mehr. Wir machen auf jeden Fall weiter, das ist klar. Aber daß wir gewinnen, glauben wir nicht mehr.

Marianne Kaiser: Du machst Dir, sagst Du, keine Hoffnungen mehr, bist aber trotzdem dafür, nach Kassel zu gehen?

Inge: Ja, schon alleine, um den anderen Frauen in anderen Betrieben Mut zu machen, daß sie das auch schaffen, auch wenn bei uns das Urteil negativ ausfallen sollte. Dann haben vielleicht andere Frauen den Mut, gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu fordern. Einer muß ja mal den Anfang machen.

Was würden die Unternehmer denn auch machen, wenn es keine Frauen geben würde? Zum Beispiel — bei uns besteht der Betrieb vorwiegend nur aus Frauen, was würden die denn machen? Dann sind sie gezwungen, nur Männer einzustellen, dann müßten sie auch mehr zahlen. Warum soll das denn bei den Frauen nicht gehen?

Regina: Ich bin der Meinung, wenn wir in Kassel verlieren sollten, dann müßten sich alle Frauen, die arbeiten, zusammentun und um mehr Lohn auf die Straße gehen.

Marianne Kaiser: Ich meine, daß die Frauen schon vor dem Prozeß in Kassel und auch bei der Gerichtsverhandlung sich hinter euch und eure Forderung stellen sollten. Denn wenn so ein Grundsatzurteil in Kassel gefällt ist, dann würden sich alle die, die nach euch vor Gericht gehen, darauf berufen können.

Bettina: Es kommt eben vor allem auf den Zusammenhalt an.

Eine stark anwachsende Bewegung

Gewerkschafter gegen Neutronenbombe und Mittelstreckenraketen

Nahezu lawinenartig nahm in den letzten Wochen die Zahl der Stellungnahmen und Aktivitäten gewerkschaftlicher Gremien gegen die wachsende Kriegsgefahr zu. Hatten wir vor zwei Wochen in einem ersten Überblick über den Widerstand gegen den DGB-Beschluß zum 10. Oktober auf Initiativen aus Hannover, Bremen und Osnabrück sowie auf verschiedene Bezirke der DGB-Jugend verwiesen, so ist dies heute schon längst überholt, sind die Initiativen weitaus zahlreicher geworden.

Der Beschluß der US-amerikanischen Regierung zum Bau der Neutronenbombe hat hier sicher eine tiefgreifende Wirkung gehabt. Er hat vielen von denen, die zweifelten, die noch nicht davon überzeugt waren, daß Handeln wirklich Not tut, die Augen geöffnet.

Diese Entscheidung hat vielen aktiven Gewerkschaftern klar gemacht, daß es höchste Zeit ist, daß die DGB-Gewerkschaften aktiv werden, er hat das Unverständnis für den DGB-Verbotsbeschluß zum Oktober verstärkt. Aus allen Bereichen gewerkschaftlicher Organisation kommen jetzt Resolutionen, Entschließungen und Appelle, sei es von Ortskartellen, von betrieblichen Gruppen, aber auch von Landesbezirken und Vorständen.

Die bevorstehenden Aktionen zum Antikriegstag 1981 und die geplante Unterschriftensammlung des DGB für seinen Aufruf „Frieden durch Abrüstung" werden diese Entwicklung sowohl verdeutlichen als auch beschleunigen. Immer mehr Gewerkschafter wenden sich auch mit Aufrufen an die Öffentlichkeit und an die breite Masse der Gewerkschaftsmitglieder, sich an diesen Aktivitäten zu beteiligen.

Wichtig ist dabei die immer stärker zutage tretende Tendenz, den Kampf gegen die Aufrüstungspolitik mit dem Widerstand gegen Sozialabbau zu verbinden.

Die Aussagen, die als erster hoher Gewerkschaftsfunktionär Christian Götz vom Bundesvorstand der HBV gemacht hatte, sind inzwischen offiziell von der IG Drupa und der Gewerkschaft Holz und Kunststoff übernommen worden.

In immer mehr der verabschiedeten Resolutionen und Entschließungen wird diese Frage ebenfalls angesprochen.

„Kein Abbau der Sozialleistungen sondern Senkung des Rüstungshaushalts" diese Forderung in der nebenstehend abgedruckten Resolution der Hamburger Vertreterversammlung der IG Metall drückt diese Position klar aus.

Diese Herangehensweise, die dem gewerkschaftlichen Selbstverständnis entspricht, ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil sie die Probleme anpackt, die die breite Masse der arbeitenden Menschen heute aktuell hat und sie in politischen Zusammenhang mit der Aufrüstungspolitik setzt.

Auch eine zweite Grundfrage der Gewerkschaftsbewegung wird in diesen Aktivitäten immer öfter behandelt: die Ablehnung der Aufrüstung, des Rüstungsexports als angeblicher Maßnahme zur Sicherung bedrohter Arbeitsplätze, dieses beliebte — und durchaus wirksame — Rattenfängerargument des westdeutschen Kapitals und seiner Parteien.

Die Kriegsschiff- und Panzerbauer haben mit diesem Argument jahrelang hausiert und waren sich dabei der Unterstützung sogar eines Teils der Betriebsräte sicher — man erinnere sich nur an die diversen Fahrten nach Bonn solcher Betriebsratsdelegationen. Heute wird die Forderung nach Einschränkung der Rüstungsproduktion, nach alternativer Produktion allmählich populär, und die Befürworter der Aufrüstung in der Gewerkschaft können isoliert werden.

Auf diese Weise wird eine gemeinsame Position zwischen der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung und der Friedensbewegung, wie sie sich in den letzten anderthalb Jahren entwickelt hat, allmählich greifbar. So kann die Arbeiterklasse ihre entscheidende Kraft in die politischen Auseinandersetzungen einsetzen, diese Entwicklung gilt es zu stärken.

Was politisch am bedeutsamsten ist, und am meisten auffällt, ist die Tatsache, daß diese Stellungnahmen aus der Gewerkschaft in vielen Fällen politisch sehr klar sind.

Da wird in sehr vielen Entschließungen durchaus nicht einseitig der Kurs Reagans angegriffen und jener Breshnews beschönigt, sondern man grenzt sich gegen beide Supermächte ab.

Dies mag einigen nicht passen, die dann vorschnell mit dem Argument kommen, hier werde Spaltung betrieben, das richte sich gegen die bisherigen Friedensaktivitäten, was natürlich nicht stimmt. Denn es geht ja nicht darum, daß man Abstriche gegenüber der Sowjetunion macht — das wäre ein verhängnisvoller Fehler. Sondern es geht darum, ob man aus der richtigen Feststellung, daß beide Supermächte mit ihren Partnern in den Militärblöcken eine imperialistische, kriegstreiberische Politik betreiben, die falsche, von diesen Blöcken selbst vertretene Behauptung ableitet, man könne eben nur gemeinsam abrüsten oder gar nicht, und so die weitere Aufrüstung begründet. Oder ob man den Weg der einseitigen Abrüstung einschlägt.

In diesem Sinne ist diese Resolution der Hamburger IGM-Vertreter tatsächlich besonders wichtig. Denn sie nennt die politischen Bedingungen, aufgrund deren die Kriegsgefahr wächst und sie nennt sie auf beiden Seiten. Und sie stellt die eindeutigen und richtigen Forderungen in bezug auf die gegenwärtige NATO-Politik, verbindet sie auch mit dem Kampf gegen den Sozialabbau.

Daß dabei auch einmal mehr die Forderung nach Beteiligung an der Demonstration vom 10. Oktober erhoben wird, ist deshalb nur logisch und richtig.

„Im Gegenteil, sie" (die politische Eigenständigkeit des DGB — siehe Text) „gewinnt an Kraft und Bedeutung in der Friedensbewegung, wenn wir mit einem eigenen Block und gewerkschaftlichen Forderungen organisiert auftreten," — so drückt diese Resolution aus, was die Rolle der Gewerkschaften im Kampf für den Frieden sein muß.

Resolution der Vertreterversammlung der IG Metall Hamburg

Die Vertreterversammlung fordert hiermit den DGB-Vorstand auf, den Beschluß zum 10. Oktober zu korrigieren.

Der Frieden in Europa wird immer unsicherer:
- nicht nur die hohen Rüstungsausgaben des Warschauer Paktes, sondern auch der NATO,
- nicht nur der Einmarsch in Afghanistan, sondern auch der Völkermord in El Salvador,
- nicht nur die sowjetische SS 20, sondern auch die amerikanischen Pershing 2, die Cruisse Missiles und die Neutronenbombe,
- nicht nur die Militärberater der UdSSR in Afrika, sondern auch die amerikanischen Stützpunkte am Persischen Golf

gefährden das friedliche Zusammenleben aller Völker.

Zur Sicherung des Friedens muß der DGB und die IGM an einer breiten, alle Kräfte umfassenden Friedensbewegung interessiert sein. Unsere Verantwortung als Gewerkschaftler erwächst auch aus dem unmittelbaren Zusammenhang des Spar- und Aufrüstungsprogramms. Eine Politik „Kanonen statt soziale Reformen" kann die IGM nicht akzeptieren.

Unsere politische Eigenständigkeit wird nicht gefährdet, wenn wir zusammen mit 320 anderen Organisationen den Aufruf der „Aktion Sühnezeichen" unterschreiben.

Im Gegenteil, sie gewinnt an Kraft und Bedeutung in der Friedensbewegung, wenn wir mit einem eigenen Block und gewerkschaftlichen Forderungen organisiert auftreten.

Rufen wir also als IGM unter folgenden Forderungen zum 10.10. auf:
- Keine Stationierung in Europa und kein Bau der Neutronenwaffe
- Für eine atomwaffenfreie Zone in Europa
- Rücknahme des Doppelbeschlusses der NATO zur Stationierung der Mittelstreckenraketen
- Kein Abbau der Sozialleistungen, sondern Senkung des Rüstungshaushaltes.

GEGEN DIE ATOMARE BEDROHUNG GEMEINSAM VORGEHEN!



DEMONSTRATION UND KUNDGEBUNG AM 10.10. IN BONN
FÜR ABRÜSTUNG UND ENTSPANNUNG IN EUROPA!

Veranstalter: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, Jebensstraße 1, 1000 Berlin 12, Telefon 030/31 02 61
Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden, Blücherstraße 14, 5300 Bonn 1, Telefon 02 28/22 95 06
(Verantwortlich für die Koordination)

Bisher haben 521 Organisationen unterzeichnet

Breite Unterstützung für die Friedensdemonstration in Bonn

521 Organisationen und Gruppen haben bis zum Mittag des 27. August den Aufruf für die Friedensdemonstration am 10. Oktober in Bonn unterzeichnet. Das gab Thomas Hartmann von der Aktion Sühnezeichen, die zusammen mit der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden als Veranstalter dieser Demonstration auftritt, bei einem zweiten Vorbereitungstreffen für diese Demonstration am 27. August in Bonn bekannt.

Unterzeichnet haben den Aufruf unter anderem 70 bundesweit arbeitende Organisationen, vor allem sehr viele Jugendverbände, außerdem bisher sechs Landesjugendringe, 100 kirchliche Organisationen, 300 lokale Friedensinitiativen und zahlreiche weitere Organisationen. Besonders erfreulich ist, daß trotz des anfänglich ausgesprochenen Teilnahmeverbots für die Gewerkschaftsjugend durch den DGB-Bundesvorstand, zahlreiche Stellungnahmen von gewerkschaftlichen Funktionären und Gruppen vorliegen, die sich für eine Unterstützung dieser Demonstration aussprechen. Schon heute ist klar, daß diese Demonstration **auch** zu einem klaren und machtvollen Protest der Gewerkschaftsbewegung gegen Nachrüstungsbeschluß, Aufrüstungs- und Kriegsvorbereitungspolitik werden wird. Worauf es in der Zeit bis zur Demonstration ankommt, ist — und hier liegt eine besonders wichtige Aufgabe aller unserer Genossen in den Betrieben — unter den Kollegen, im Vertrauensleutekörper und im Betriebsrat klarzumachen, wie wichtig gerade eine massive Beteiligung aus den Betrieben am 10. 10. ist.

Die Demonstration selber wird, wie am 27. August bekanntgegeben wurde, mit Auftaktkundgebungen an voraussichtlich fünf Sammelpunkten beginnen. Abmarsch ist gegen 11.00 Uhr. Gegen 13.00 Uhr soll die große Abschlußkundgebung im Hofgarten in Bonn beginnen. Als Redner auf der Kundgebung werden unter anderem sprechen: Georg Benz von der IG Metall, Heinrich Albertz, Martin Niemöller, Erhard Eppler, Petra Kelly, Uta Ranke-Heinemann. Für das Kulturprogramm sind vorgesehen: Udo Lindenberg, die Bots, Walter Mossmann, Hannes Wader u.a.m.

Außerdem vorgesehen sind: ein Kinderfest auf dem Münsterplatz in Bonn, ein „Markt der Möglichkeiten" am Rande des Münsterplatzes und in den angrenzenden Straßen, bei dem die teilnehmenden Organisationen die Möglichkeit der Selbstdarstellung haben und zahlreiche andere „Attraktionen". Was letztlich alles geboten wird, hängt von jeder einzelnen teilnehmenden Organisation bzw. Gruppe selbst ab. Denn jeder ist aufgerufen, nicht nur mitzumarschieren, sondern seinem Friedenswillen auch auf irgendeine Weise Ausdruck zu verleihen. Der Phantasie sind hier keine Grenzen gesetzt. Setzen wir also alles daran, damit diese Demonstration zu einer machtvollen Kundgebung gegen Nachrüstungs- und Kriegspolitik, für den Frieden wird!

(Wer genauer über die Ergebnisse des Vorbereitungstreffens am 27.8. bescheid wissen will, kann gegen Einsendung von 1 Mark in Briefmarken bei der Redaktion Roter Morgen entsprechendes Informationsmaterial bekommen.)

Propagandamaterial

Von den Veranstaltern der Friedensdemonstration sind verschiedene Materialien hergestellt worden, die alle das Motiv des oben abgebildeten Plakats tragen. Sie können bestellt werden bei: Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden, Blücherstr. 14, 5300 Bonn.
Plakat: DIN A 1, dreifarbig, Stück 0,50 DM
Aufkleber: Durchmesser 10 cm, zweifarbig, Stück 0,50 DM
Anstecker: Durchmesser 5,7 cm, zweifarbig, Stück 1,50 DM
Aufrufe: 100 Exemplare 2,— DM
Bestellungen unter 50,— DM sind nicht möglich.

Meutereiprozeß eingestellt

Erfolgreicher Kampf vor Gericht

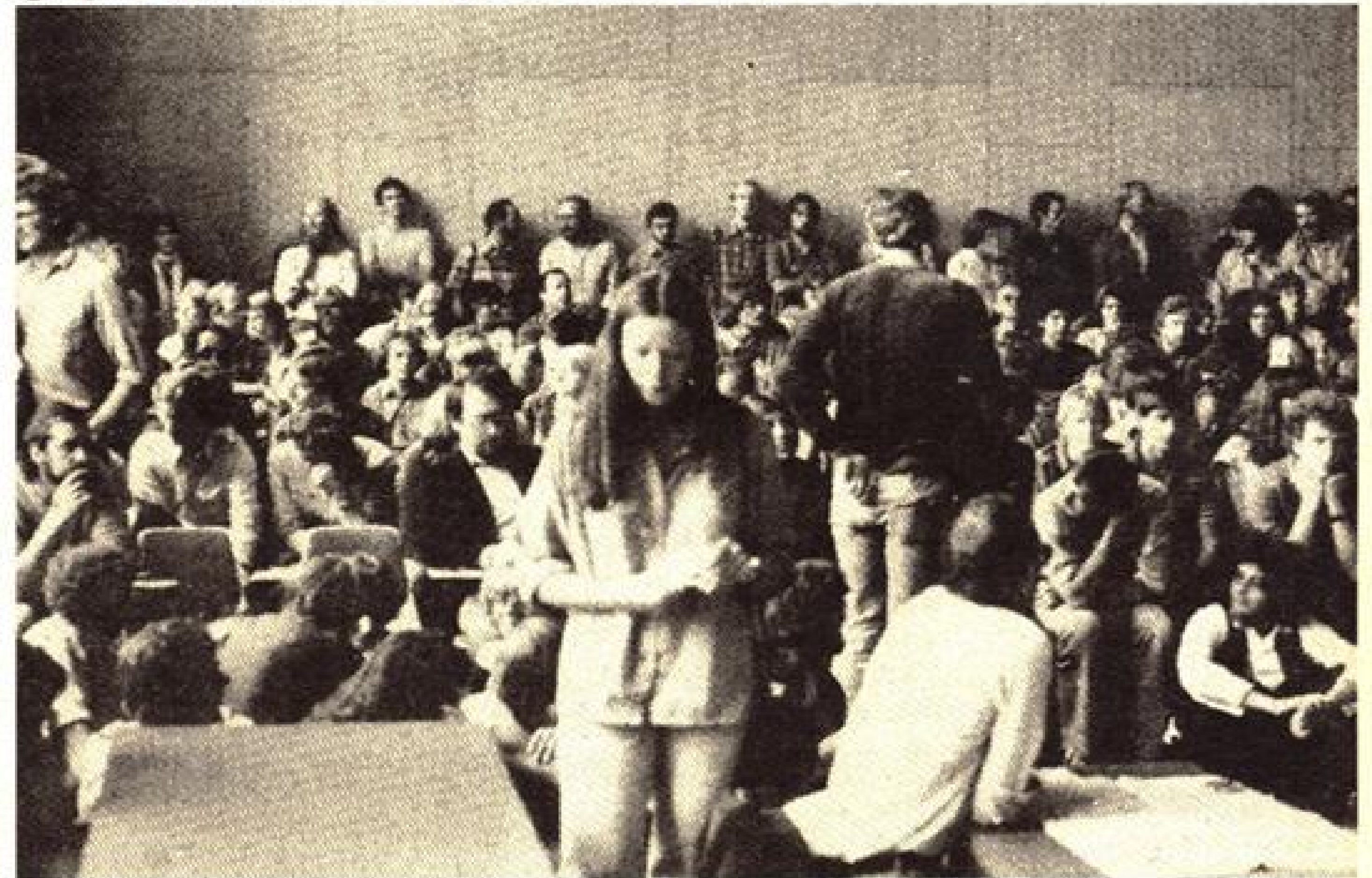
ULM. — Am 27.8. wurde in Ulm der Prozeß gegen drei Soldaten, die der „gemeinschaftlichen Meuterei" angeklagt waren, eingestellt. Zwar wurden noch Geldbußen verhängt, aber die Einstellung ist ein großartiger Erfolg der Soldaten und der breiten Solidaritätsbewegung für die Angeklagten. Mindestens sechs Monate, bis zu fünf Jahren Gefängnis hätten die Soldaten bekommen können, wenn der Anklage entsprochen worden wäre. Dabei war der Anlaß der ganzen Geschichte ein Ereignis, das sich vierteljährlich tausendfach in den Kasernen abspielt.

26.3.81 in der Rommelkaserne in Dornstadt/Ulm. Schon am frühen Morgen sind die Reservisten in der Mannschaftskantine bester Stimmung. Wie üblich gehen ein paar Teller kaputt, fliegende Untertassen, Sektkorken knallen. All das nichts besonderes am Entlassungstag für Soldaten — die ihren oft über 15 Monate aufgestauten Haß und Frust abreagieren.

Da schneit der schneidige Oberfeldwebel Rapp in die Kantine, großes Gejohle, „Z-Sau" und ähnliches kriegt er zu hören. Mit seinem Begleiter, einem Uffz, steuert er auf einen (der wenigen) Unbeteiligten an der morgendlichen Feier zu, nimmt ihn fest. Große Empörung, Rapp wird umringt, die Soldaten wollen wissen, was das soll.

Zwischenzeitlich macht sich der Soldat, der festgenommen werden sollte, aus dem Staub, ein paar Rekruten, denen befohlen wird, den Soldaten festzunehmen, sehen sich dazu nicht in der Lage. Oberfeldwebel Rapp wird die Geschichte unheimlich, er fühlt sich bedroht, fürchtet um Leib und Leben und flüchtet sich aus der Kantine.

Stunden später fischt er sich vier Soldaten aus den Reservisten heraus, stellvertretend, als „Rädelsführer". Für die ist dann kein Entlassungstag mehr, 21 Tage lang gehen sie in den Bau.



Während einer Pause im Gerichtssaal. 300 Leute verfolgten die Verhandlung.

Der dicke Hammer kommt danach. Gegen drei Soldaten wurde vor dem Amtsgericht in Ulm wegen Meuterei prozessiert.

Jetzt war aber klar, daß sich diese Sache nicht nur gegen die drei richtet, hier wurde die fast alltägliche Anmache von Vorgesetzten zum Anlaß genommen, ein Exempel zu statuieren. Doch es kam anders, als die Offiziere und die Staatsanwaltschaft geplant hatten. Schnell hatte sich ein Solidaritätskomitee für die drei Soldaten gebildet, eine breite Öffentlichkeit wurde hergestellt und der erste Erfolg war eine spontane Demonstration in Ulm, direkt vor Prozeßbeginn.

Am ersten Prozeßtag bekam der Richter große Augen. 300 Zuhörer waren erschienen und sogar der größte Saal im Ulmer Gericht war brechend voll, alle Stühle, die Gänge, der Platz vor der Richterbank war voller Leute. Was sie zu sehen und zu hören bekamen, war ein Lehrstück in Sachen Bundeswehr. Menschenfeindliche, arrogante und dumme Dienstgrade, die von den Soldaten als „randalierende Horde", mit denen man nicht reden kann, sprachen, die als Antwort auf den allgemeinen Zuruf „Z-Sau" nur das Mittel der Festnahme kennen, die sich dazu noch dermaßen in Widersprüche verwickelten, daß es selbst dem Richter und Staatsanwalt schwerfiel, die Anklage aufrechtzuerhalten.

Aber all das verschlug den Zuschauern nicht die Sprache. Im Gegenteil. Als zur Sprache kam, daß die Rekruten sich praktisch weigerten, den Verhaftungsbefehl auszuführen, wurde Beifall geklatscht, der Oberfeldwebel und andere Uffze wurden ordentlich ausgebuht und ausgepfiffen.

Während der Verhandlung wurde durch die Aussage eines Offiziers „Wenn das hohe Gericht daran interessiert ist: Ich habe Erkenntisse des MAD (Militärischer Abschirmdienst, Red.) bei mir. Ich bin bereit sie offenzulegen" ganz deutlich, daß es sich mindestens in einem Falle bei der Anklage auch um eine lang vorbereitete Aktion gegen einen politisch unliebsamen Antimilitaristen handelt.

Daß die Bundeswehr und die Justiz damit auf die Schnauze gefallen sind, ist eine gute Sache, erreicht durch das mutige, offensive Auftreten der Soldaten und die breite Solidaritätsbewegung.

(Vorabdruck aus „Roter Rebell" Nr. 9/81)

Soldat im Hungerstreik

Für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung

GIESSEN. — Seit dem 10. August befindet sich der Soldat Johannes Bermüller im Hungerstreik, um seine Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer zu erreichen. Nachdem ihm dieses Recht am vergangenen Sonntag auch in 2. Instanz abgesprochen wurde, ist er zusätzlich auch in den Durststreik getreten.

Am 7. Juli war der Elektro-Installateur Bermüller zum Panzergrenadierbataillon 122 im oberpfälzischen Oberviechtach eingezogen worden. Schon zwei Wochen später stellte er den Antrag auf Kriegsdienstverweigerung. Als Grund dafür gab er „Horrorerlebnisse" an: So habe er auf Zielscheiben mit aufgemalten Gesichtern schießen müssen; in einen Verpflegungswagen, in dem er saß, war eine Übungshandgranate geworfen worden usw.

Anfang August wurde Johannes Bermüllers Antrag vom Prüfungsausschuß beim Kreiswehrersatzamt Nürnberg abgelehnt, weil er seine „Gewissensgründe nicht ausreichend habe darstellen können." Der Soldat selbst beklagte sich allerdings hinterher darüber, daß ihn der Vorsitzende des Ausschusses dauernd unterbrochen habe. Außerdem hat der „eine von den Prüfern die ganze Zeit geschlafen." Die ablehnung von Bermüllers Antrag entspricht durchaus den üblichen Praktiken. Zwar ist die Zahl der Soldaten und Reservisten, die den Kriegsdienst verweigern wollen, allein im letzten Jahr um 135 Prozent angestiegen, aber nicht einmal ein Drittel ist damit durchgekommen.

Nach der Ablehnung durch den Prüfungsausschuß zieht Johannes Bermüller seine Uniform aus und verweigert jede Teilnahme am Dienst. Das bringt ihm sieben Tage Arrest ein. Der Soldat wider Willen beginnt seinen Hungerstreik. Er wird nun zuerst ins Bundeswehrlazarett Amberg, dann in die psychiatrische Klinik des Bundeswehrkrankenhauses in Gießen verlegt. Der zuständige Oberstleutnant Franz Thiele sagt dazu: „Wenn bei einem Soldaten der Verdacht auf Selbstschädigung besteht, dann ist es eine Routinemaßnahme, ihn einem Psychiater vorzustellen."

Johannes Bermüller und sein Anwalt Wolfgang Manske befürchten allerdings, daß der Verweigerer physisch und psychisch kaputt geht, wenn er durch die Mühlen der Psychiatrie gedreht wird. Und die Sache hat auch noch einen anderen Aspekt. Manske: „Der Verdacht liegt nahe, daß man den Hungerstreik meines Mandanten als Selbstverstümmelung interpretiert und dabei die Gewissensgründe, die ihn zum Hungerstreik trieben, völlig außer acht läßt." Nach § 17 des Wehrstrafgesetzes kann Selbstverstümmelung mit Haft bis zu fünf Jahren bestraft werden.

Am letzten Donnerstag lehnte auch die Prüfungskammer beim Kreiswehrersatzamt Nürnberg Johannes Bermüllers Antrag auf Kriegsdienstverweigerung ab. Um seinen Kampf zu unterstützen, fordern wir unsere Leser auf, Briefe und Solidaritätsschreiben an Johannes zu schicken. Die Anschrift:

Johannes Bermüller
PK 23086/B6/1527
Bundeswehrkrankenhaus
Schubertstr. 60
6300 Gießen

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1,** Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum,** Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1,** Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Mo, Mi, Fr 17 - 19 Uhr.

4600 **Dortmund 30,** Zentrales Büro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 /92.

4100 **Duisburg 12,** Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 1,** Parteibüro der KPD, Bockenheimer Anlage 1, geöffnet: Do + Fr 17.30 -20 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

7800 **Freiburg,** Parteibüro der KPD, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10 - 13 Uhr.

2000 **Hamburg 6,** Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo - Fr 15 - 18 Uhr, Fr 11 - 13 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 **Hannover,** Parteibüro der KPD, Elisenstr. 24, Tel.: 0511 / 445162, geöffnet: Sa 10 - 14 Uhr.

7100 **Heilbronn,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 18.30 - 19.30 Uhr.

7500 **Karlsruhe 1,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve", Goethestr. 25 b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di - Fr 17 - 18.30 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr, Tel.: 0721 / 848408.

2300 **Kiel 1,** Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr, Do 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37 a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen,** Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

8500 **Nürnberg,** Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 / 438043, geöffnet: Mi - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

4500 **Osnabrück,** Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstr. 5.

7000 **Stuttgart 1,** Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mi 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

Bundesverfassungsrichter Simon:

Amnestieähnliche Maßnahmen für Hausbesetzer

KÖLN. — In einem Interview mit dem Deutschlandfunk hat der Bundesverfassungsrichter Helmut Simon „amnestieähnliche Maßnahmen" für Hausbesetzer gefordert. Weil die von ihm früher schon vorgeschlagene Amnestie abgelehnt worden wäre, so sagte Simon, müßten jetzt andere Formen in dieser Richtung gefunden werden.

Der Karlsruher Richter erklärte, „Gewalttätigkeit und Rechtsverletzung" könnten zwar nicht toleriert werden, es müsse aber die Frage erlaubt sein, „wie wir in unserer Rechtsordnung mit Menschen umgehen, die insofern ein gesellschaftliches Verdienst haben, daß sie auf Fehlleistungen und Mißstände hingewiesen haben." Die Hausbesetzer hätten „erst, als sie gewisse Regelverletzungen, die strafbar sind", begangen hätten, „mit diesem Hinweis Aufmerksamkeit erlangt."

Bemerkenswerte Erkenntnisse für einen Verfassungsrichter. Da ist es nicht verwunderlich, daß die extrem reaktionären Kräfte, allen voran natürlich die Strauß-Partei, Helmut Simon kräftig anpöbelten. Der „rechtspolitische" Sprecher der CSU im Bundestag, Wittmann, machte dem Richter klar, wo die Aufgaben der Justiz wirklich liegen, nämlich darin, „Verstöße gegen die Rechtsordnung zu verfolgen und Täter zu bestrafen." Außerdem sollten sich Angehörige des Richterstands gefälligst in der Öffentlichkeit Zurückhaltung auferlegen.

Auch der „Zentralverband der deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer" machte letzte Woche deutlich, daß Simon mit seinen Äußerungen über Fehlleistungen und Mißstände völlig falsch liegt. Dieser Verband hat nämlich herausgefunden, „daß nicht Wohnungsprobleme oder gar Wohnungsnot als Motiv hinter den Hausbesetzern stehen." Es gehe diesen Leuten nur um die Auseinandersetzung mit „dem Staat, den sie hassen."

An diesen provokativen Äußerungen ist nur so viel richtig, daß viele Hausbesetzer und mit ihnen sympathisierende Jugendliche tatsächlich den Staat hassen. Und das mit gutem Grund. Denn dieser Staat hat ja beispielsweise stets uneingeschränkt die Interessen jener Herren vom „Zentralverband" vertreten, die sich jetzt dreist erfrechen, die Existenz einer Wohnungsnot zu leugnen. Er hat die kriminellen Spekulanten in jeder erdenklichen Form gefördert, hat selbst Kahlschlagsanierungen betrieben und den Widerstand dagegen zusammenknüppeln lassen.



Demonstration für die Freilassung der inhaftierten Hausbesetzer in Westberlin.

Helmut Simon hat durchaus recht, wenn er den Hausbesetzern ein „gesellschaftliches Verdienst" zuschreibt. Denn es ist ja tatsächlich so gewesen, daß erst eine militante Bewegung entstehen, daß erst Scheiben klirren mußten, bevor die verantwortlichen Politiker in Bund und Ländern plötzlich die Wohnungsfrage entdeckten.

Und was die Amnestie angeht, so ist das nach wie vor eine notwendige und dringliche Forderung. Niemand sollte sich von den Berichten über eine „weiche Welle" gegenüber den Hausbesetzern in Westberlin und anderswo täuschen lassen und etwa meinen, die staatlichen Organe hätten nun tatsächlich auf Entspannung und Verständigung umgeschaltet. Erst in der vergangenen Woche mußte sich eine junge Frau in Westberlin vor dem Landgericht wegen „schweren Landfriedensbruchs und schweren Widerstands" verantworten. Sie soll bei einer Demonstration im Zusammenhang mit den Hausbesetzungen einen Stein geworfen haben. In erster Instanz war sie zu einem Jahr Gefängnis mit Bewährung verurteilt worden. Und das Landgericht erhöhte jetzt auf 18 Monate ohne Bewährung.

Das Gericht machte aus diesem skandalösen Urteil dann sogar noch einen Gnadenakt, indem es erklärte, die Strafe liege an der „unteren Grenze", schließlich gebe es bei diesem Delikt einen Strafrahmen bis zu zehn Jahren Gefängnis. Das muß ja wohl als Drohung mit noch höheren Strafen für ähnliche Fälle verstanden werden.

Was sagte doch der CSU-Mann über die Aufgaben der Justiz? „Verstöße gegen die Rechtsordnung verfolgen und Täter bestrafen." Die Berliner Richter haben das verstanden. Sie schicken reihenweise Demonstranten ins Gefängnis, nur weil sie sich gegen die Spekulanten und gegen die Knüppelgarden der Polizei gewehrt haben. Anderthalb Jahre Gefängnis wegen eines angeblichen Steinwurfs! Zur gleiche Zeit, als die junge Demonstrantin in Berlin vor Gericht stand, wurde in Stade gegen den ehemaligen SS-Untersturmbannführer Nehring verhandelt. Das Delikt: Massenerschießung von Juden: Das Urteil: Freispruch.

Das Westberliner Terrorurteil von der vergangenen Woche zeigt also die Notwendigkeit des Kampfes für die Amnestie. Dabei kann es aber nicht nur um „amnestieähnliche Maßnahmen" gehen, wie sie Helmut Simon jetzt vorgeschlagen hat. Vielmehr muß die volle Amnestie durchgesetzt werden, und zwar für alle diejenigen, die im Zusammenhang mit Hausbesetzeraktionen verurteilt wurden.



Berufsverbotsopfer Lothar Lesche

DKP-Mitglied gekündigt

Berufsverbot in der Privatwirtschaft

TÜBINGEN. — Nach der Entlassung der Kontoristin Uta Stahl bei der „Stuttgarter Zeitung" wegen Mitgliedschaft in der DKP hat es jetzt in Baden-Württemberg erneut einen Fall gegeben, wo ein Berufsverbot außerhalb des öffentlichen Dienstes verhängt wurde. Das „Deutsche Institut für Fernstudien" (DIFF) kündigte seinem Mitarbeiter Lothar Lesche — ebenfalls wegen DKP-Mitgliedschaft.

Lothar Lesche hat schon einige Erfahrungen mit den Berufsverbietern hinter sich. Nach Beendigung seines Studiums wurde ihm wegen seiner Parteizugehörigkeit die Aufnahme in den staatlichen Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Gymnasien verweigert. Auch ein von ihm auf die „freiheitlich-demokratische Grundordnung" abgelegtes Treuebekenntnis nutzte nichts. Lesche verklagte wegen seines Berufsverbots das Land Baden-Württemberg beim Verwaltungsgericht und suchte sich eine Arbeit außerhalb des öffentlichen Dienstes.

1980 bekam er eine Anstellung beim „Deutschen Institut für Fernstudien" in Tübingen, einem privaten Institut, das hauptsächlich von Aufträgen der Bundesregierung und der Länderregierungen lebt. Als in diesem Mai der Verwaltungsgerichtshof in Mannheim das Berufsverbot gegen Lothar Lesche bestätigte, folgte prompt auch die fristgerechte Kündigung vom DIFF.

Die Begründung: Weil Lesche in Anlehnung an den Bundesangestelltentarif (BAT) bezahlt werde, sei er auch auf die „freiheitlich-demokratische Grundordnung" verpflichtet. Insofern hätte er schon bei der Unterzeichnung seines Arbeitsvertrags beim DIFF „treuwidrig gehandelt", weil er ja auch zu diesem Zeitpunkt schon Mitglied der DKP war. Und gerade bei Lothar Lesche sahen die DIFF-Bosse eine besondere Treuepflicht gegeben, weil er mit der Lehrerbildung befaßt war und somit auch im ständigen Kontakt zu Lehrern stand.

Hier wird mit abenteuerlichen Konstruktionen eine weitere Ausdehnung der Berufsverbote über den öffentlichen Dienst hinaus betrieben. Nicht nur die dort beschäftigten „Verfassungsfeinde" sollen aus dem Staatsdienst herausgesäubert werden, man betreibt die Säuberung auch in benachbarten Bereichen der privaten Wirtschaft. Denn wenn ein dort beschäftigter „Verfassungsfeind" beruflich Kontakte zu Lehrern unterhält, so ist er natürlich ein gefährlicher „Infektionsherd", der ausgemerzt werden muß.

Das erneute Berufsverbot für Lothar Lesche ist denn auch in trauter Zusammenarbeit der DIFF-Bosse mit dem Stuttgarter Wissenschaftsministerium ausgekocht worden. Wahrscheinlich ist sogar, daß der Anstoß hauptsächlich vom CDU-Minister Engler ausging. Immerhin begrüßte er die Kündigung von Lesche sofort und hielt sie öffentlich „für richtig".

Lothar Lesche hat gegen das neue Berufsverbot vor dem Reutlinger Amtsgericht geklagt. Das Gericht billigte ihm Kündigungsschutz zu, weil er vor den letzten Betriebsratswahlen Mitglied im Wahlvorstand war. So kann er bis zur Hauptverhandlung am 8. September beim DIFF weiterarbeiten. Der Verhandlung selbst kommt eine große Bedeutung im Kampf gegen die Berufsverbote zu. Denn ähnlich wie im Fall Uta Stahl (der jetzt vor dem Bundesarbeitsgericht anhängig ist) geht es hier im Kern um die Frage, ob es den reaktionären Kräften gelingt, eine juristische Bresche zu schlagen, die eine Ausweitung der Berufsverbote auch auf die Privatwirtschaft ermöglichen würde.

ARD-Redakteure protestieren

Widerstand gegen Zensur

27 Redakteure aus der Nachrichtenzentrale „ARD aktuell", wo die „Tagesschau" und die „Tagesthemen" produziert werden, haben ein fünf Seiten langes Protestschreiben an die Intendanz gerichtet: „Wir fühlen uns (...) behindert, unabhängig, ausgewogen, objektiv (...) zu berichten. Deshalb bitten wir Sie, diesen Zustand unverzüglich zu ändern."

Der Protest richtet sich gegen den strammen CSU-Mann Edmund Gruber, vormals ZDF-Korrespondent in Washington, der zu Beginn dieses Jahres an die Spitze von „ARD aktuell" gehievt worden ist. Die Redakteure haben in ihrem Schreiben eine Reihe von Vorfällen aus der Zeit vom 9. bis zum 14. August aufgelistet, die sich auf die Berichterstattung über die Neutronenbombe beziehen und das ganze Ausmaß der von Gruber betriebenen Zensur enthüllen.

Dabei hatten sie schon vorher üble Erfahrungen mit ihrem neuen Chef machen müssen. Im März beispielsweise wurde auf Grubers Anordnung ein Beitrag über politisch Verfolgte in Kolumbien gestrichen. Im gleichen Monat durften die Redakteure die Tagesschau nichtmit der großen Brokdorf-Demonstration aufmachen, sondern mußten stattdessen als Aufmacher ein Treffen zwischen Reagan und der britischen Regierungschefin Thatcher bringen. Gruber damals: Die Demonstration der 100 000 sei für ihn „nicht relevant." Der „übergeordnete Gesichtspunkt" sei die „Notwendigkeit der Kernenergie".

Im Zusammenhang mit Reagans Entscheidung zur Produktion der Neutronenbombe ging Gruber dann zur systematischen Zensur über. Die Redakteure führten in ihrem Brief unter anderem auf:

- Am 9. August sollte die „Tagesschau" mit den Worten beginnen: „Guten Abend, meine Damen und Herren — US-Präsident Reagan beschloß heute, die umstrittene Neutronenbombe zu bauen." Unmittelbar vor der Sendung griff Gruber zum Telefon: „Streichen Sie das Wort ‚umstritten'."
- Ein Bericht über sowjetische Reaktionen auf die Neutronenbombe wurde wieder abbestellt. Gruber: Die Sowjets würden ja sowieso nur Propaganda machen und er halte die Neutronenwaffe für notwendig.
- Westdeutsche Politiker, die eine bekanntermaßen kritische Haltung zur Neutronenbombe haben, durften nicht befragt werden. Gruber: Er wolle die Diskussion nicht erneut anheizen. Außerdem beruhige ihn die Entscheidung Reagans über die Produktion der Neutronenbombe. Auch ein Interview mit dem Exgeneral Graf Baudissin wurde nicht zugelassen.
- Am 11. August wird bei der ARD-Schaltkonferenz beklagt, daß die „Tagesthemen" keine kritischen Stimmen aus Westdeutschland zur Neutronenbombe gebracht haben. Gruber lügt: „Wir haben uns dagegen entschieden."
- Am 12. August wird ein Interview mit Egon Bahr verboten.
- Am 14. August darf die „Tagesschau" nicht mit der Diskussion über die Neutronenbombe aufmachen (das beherrschende Thema des Tages), sondern muß stattdessen eine vage amerikanische Ankündigung über ein mögliches Treffen von Reagan und Breschnew als Aufmacher nehmen.

Gruber hat auf diese massiven Vorwürfe keineswegs kleinlaut oder zurückhaltend reagiert. Er ging vielmehr voll in die Offensive und begann eine wüste öffentliche Hetze gegen den Protest seiner Mitarbeiter: „Die 27 Redakteure (...) konnten nicht mehr mit Halbwahrheiten operieren, wie sie es in solchen Fällen gewohnt waren. Das Pamphlet gegen mich ist ein Dokument für ihren verantwortungslosen Tendenzjournalismus, den sie pflegen und den sie sich offenbar auch haben leisten können."

Nun waren ja die „Tagesschau" und die „Tagesthemen" vor Grubers Amtszeit keineswegs ein Hort wirklich objektiver und kritischer Berichterstattung. Wenn der neue Nachrichtenboß jetzt solche Geschütze gegen seine Redakteure auffährt, um die systematische Zensur zu verteidigen, dann kann das nur bedeuten, daß Gruber nicht nur eine Gleichschaltung mit dem Kurs der Regierungspolitik, sondern daß er die politisch so überaus wichtigen Nachrichtensendungen der ARD auf das Niveau des berüchtigten ZDF-Magazins herabdrücken will.



„ARD-aktuell"-Chef Gruber (Mitte) mit seinen Chefredakteuren.

NPD-Parteitag in Tuttlingen?

TUTTLINGEN. — Nachdem die faschistische NPD 1979 schon einen Landesparteitag in der schwäbischen Stadt abziehen konnte, hat sie Tuttlingen nun auch zum Schauplatz ihres Bundesparteitags im nächsten Jahr auserkoren.

Bislang weigert sich die Stadtverwaltung allerdings noch, der NPD Räume zur Verfügung zu stellen. Allerdings nur aus formalen Gründen: Die Stadthalle, so hieß es, werde bis zum Spätherbst renoviert und sei dann für jedes Wochenende ausgebucht. Andere Räumlichkeiten würden sich nicht für den Parteitag eignen.

Die NPD will die Stadt notfalls gerichtlich zur Gewährung von Tagungsräumen zwingen. Ihr Landesgeschäftsführer Baier tönte, es „sei eine besonders ehrenvolle Aufgabe für die Stadt Tuttlingen, den NPD-Bundesparteitag auszurichten." Denn hier sei der erste Kreisverband der Partei gegründet worden und Tuttlingen sei zudem der Heimatort des NPD-Chefs Mußgnug.



Polizeieinsatz gegen antifaschistische Demonstranten in Brettdorf.

Ärzte warnen vor dem Atomkrieg

Diesen, inzwischen von 1500 Medizinern unterschriebenen Aufruf zum „Medizinischen Kongreß zur Verhinderung des Atomkriegs“ sandte uns ein Hamburger Leser mit der Bitte um Veröffentlichung. Mitsamt den Unterschriften erschien der Aufruf am 1. September in der „Süddeutschen Zeitung“, der „Hamburger Morgenpost“ und dem „Berliner Tagesspiegel“. Gegen hohe Kosten versteht sich — während die „Frankfurter Rundschau“ es ablehnte, den Aufruf zu veröffentlichen.

Der Kongreß ist ohne Zweifel ein wichtiges Ereignis im Kampf gegen die wachsende Kriegsgefahr und sicherlich auch für alle Leser des „Roten Morgen“, die in diesem Bereich des Gesundheitswesens arbeiten, von großem Interesse.

Die unterzeichnenden Ärzte warnen eindringlich vor der wachsenden Gefahr eines Atomkrieges.

Das Atomwaffenpotential in Ost und West hat ein unvorstellbares Ausmaß erreicht. Trotzdem beschließt die NATO eine weitere Nachrüstung mit Raketen bisher ungekannter Treffsicherheit. Der amerikanische Außenminister Haig sagt, **es gäbe wichtigere Dinge als den Frieden und Schlimmeres als den Krieg** und bestätigt damit Aussagen namhafter Wissenschaftler und ehemaliger Militärs:

Es geht nicht mehr um „Frieden durch nukleares Gleichgewicht“. Man plant schon Einzelheiten eines nuklearen Krieges in Europa.

Im medizinischen Bereich sollen Fortbildungsveranstaltungen über Katastrophenschutz und Gesetzesvorlagen zur Zwangsverpflichtung von Ärzten und Krankenpflegepersonal auf einen möglichen Atomkrieg vorbereiten. Wir sind davon betroffen, wie bedenkenlos in diesen Planungen menschliche und ärztliche Grundsätze aufgegeben werden. Im Atomkrieg würden nur noch diejenigen behandelt, bei denen es sich noch „lohnt“ und Schwerstverletzte, alte Menschen, Behinderte und schon vorher chronisch Kranke nicht mehr versorgt werden. Selektion statt medizinischer Versorgung für alle soll dazu beitragen, eine atomare Katastrophe zu „beherrschen“. Doch auch ein „begrenzter“ Atomkrieg wird in seinen Folgen für die Menschen nicht begrenzt bleiben:

Im unmittelbaren Katastrophengebiet wird der Sauerstoff durch die Explosion und die entstehenden Großfeuer verbraucht, so daß selbst die Menschen in den Bunkern erstikken.

Selbst in einer Entfernung von 300 km wird der radioaktive Niederschlag soviel tödliche Strahlung abgeben, daß man — wenn überhaupt — doch erst nach Jahren wieder leben kann. Durch die Vielzahl der atomaren Explosionen wird die Atmosphäre so verändert, daß auch auf anderen Kontinenten das Leben von Mensch und Natur gefährdet ist.

Die radioaktive Strahlung führt außerdem zur Verseuchung der Lebensmittel, des Trinkwassers und der gesamten Umwelt; bei den Überlebenden zu Krebserkrankungen, Siechtum und Erbschäden.

Millionen von Menschen würden an den unmittelbaren und langfristigen Folgen der atomaren Explosionen qualvoll zugrundegehen, ohne daß die überlebenden Ärzte helfen könnten.

Blutplasma, Medikamente und medizinische Geräte wären ohnehin vernichtet. Es gibt keine wirksame Hilfe gegen die Vielzahl von Krankheiten und Verletzungen, insbesondere keine gegen die Strahlenkrankheit. Alle „Vorkehrungen“ für einen Atomkrieg, Gesetzesvorlagen und Zivilschutz können daran nichts ändern; dies weckt nur ungerechtfertigte Hoffnungen und erhöht die Bereitschaft der politisch Verantwortlichen zum tödlichen Risiko.

Ein Atomkrieg ist die letzte Katastrophe für Mensch und Natur. Wir sehen es als unsere notwendige ärztliche Aufgabe an, die Bevölkerung darauf hinzuweisen, daß der einzig wirksame Schutz die Verhinderung des Atomkrieges ist.

Wir setzen uns dafür ein, die Atomwaffen insgesamt abzuschaffen.

Unser erster Schritt zu diesem Ziel ist, die Stationierung der neuen Atomwaffen in Europa und besonders in der Bundesrepublik nicht zuzulassen.

Polizei schützt NPD-Kundgebung

Volkskorrespondenz aus Delmenhorst

Rund 150 Gegendemonstranten aus Oldenburg, Delmenhorst und dem Landkreis versuchten am Freitag, den 21. August, eine NPD-Kundgebung in Brettdorf zu verhindern.

Von 17.00 bis 19.00 Uhr wurde die Demonstration genehmigt, die einmal vom Bahnhof durchs Dorf und zurück ging.

Die Demonstration lief ziemlich ruhig ab. Um 19.00 Uhr wurde sie beendet, die teilnehmenden Jugendlichen entschlossen sich dann, in der Gaststätte, in der die NPD-Kundgebung stattfinden sollte, ein Bier zu trinken.

Die Demonstration wurde aber die ganze Zeit über von einem Hubschrauber überwacht, so daß wenig später die Straße an beiden Seiten und zwischen den Häusern von rund 200 Polizisten abgesperrt wurde.

Als ein Provokateur einen Polizisten mit einem Farbei bewarf, zog ein anderer sofort die Pistole.

Daraufhin fielen zwei Jugendliche über ihn her, um Schlimmeres zu vermeiden. Die drei wurden sofort festgenommen. Ihnen wurden die Arme umgedreht, einer wurde an der Nase verletzt.

Später wurde an einer anderen Stelle ein Jugendlicher wegen Ausweiskontrolle angehalten. Als er seine Meinung über die Situation von sich gab, wurde er, weil ja weit und breit keiner zu sehen war, von einem Polizisten mit dem Funksprechgeräte ins Gesicht geschlagen, wobei er sich eine blutende Beule an der Stirn und eine kaputte Nase zuzog. Er wurde mit einem Knüppel so zusammengeschlagen, daß er am Rücken erhebliche Schürfverletzungen davontrug. Ein anderer wurde festgenommen, weil er einen Polizisten duzte, von dem er auch geduzt worden war.

Alle fünf Festgenommenen wurden später freigelassen.



Die Einladung zum Mediziner-Kongreß.

Ein Jahr Militärjunta in der Türkei



aus diesem Anlaß veranstaltet das Komitee Freiheit für die Türkei die auf dem obigen Plakat angekündigte Podiumsdiskussion mit Kulturprogramm. An der Protestveranstaltung nehmen Abgeordnete des Europaparlaments und der Bundestagsabgeordnete Thüsing, sowie der Vorsitzende der DIDF teil.

Ort: Duisburg-Hamborn

Zeit: Samstag, 19. September, 14.00 Uhr

Spendet für den „Roten Morgen“

Seit der letzten Veröffentlichung gingen folgende Spenden bei uns ein:

Zelle Süd II, Kiel	DM	100,--
LBV Baden-Württemberg		1344,80
A.D., Lüneburg		20,--
Sektion Westberlin		167,--
Zelle Moabit-West		100,--
R.B., Vilshofen		20,--
W.K., Essen		60,--
P.K., München		1000,--
OG Dortmund		149,--
F.W., Düsseldorf		40,--
Zelle Kiel-West IV		60,--
Zelle Eimsbüttel II, Hamburg		405,85
Zelle Oberhausen		250,--
Zelle KWU und Sympathisanten, Westberlin		60,--
H.B., Bonn		100,--
OG Reutlingen		500,--
E.A., Müden		100,--
LBV Ruhrgebiet		1079,--
insgesamt	DM	5555,65

Damit sind bis zum 29.8.1981 31427,07 Mark an Spenden für den „Roten Morgen“ eingegangen. Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.

Liebe „Roter-Morgen“-Leser,

als kommunistische Zeitung erhält der „Rote Morgen“ keinerlei Anzeigenaufträge der Wirtschaft. Er muß allein aus dem Verkauf und den Spenden seiner Leser finanziert werden. Die galoppierende Teuerung trifft uns hart. Nicht jeden Anstieg unserer Kosten können und wollen wir an unsere Leser weitergeben. Denn wir wollen, daß der „Rote Morgen“ mehr und nicht weniger gelesen wird. Wir bitten Euch deshalb:

SPENDET FÜR DEN „ROTEN MORGEN“!

Spenden bitte überweisen auf folgende Konten:
KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30
PSchKto: PSchA Dortmund (BLZ 44010046) Kto-Nr. 6420 — 467
Bank: Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Kto.Nr. 321004547

Spenden für den „Roten Morgen“ als Zentralorgan der KPD sind bei der Lohnsteuer bzw. Einkommensteuer steuerlich absetzbar. Höchstgrenzen: Ledige 1 800,— DM im Jahr, Ehepaare 3 600,— DM im Jahr. Auf Wunsch versenden wir an die Spender Spendenbescheinigungen.

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....



☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer

Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich **DM 60.-** ☐ halbjährlich **DM 30.-**

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD
☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... **Unterschrift:** ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.**

Große „Windfallprofite" auch in der Bundesrepublik

Neue Rekordgewinne der Ölmultis

Mit ständig neuen Preisanhebungen

HAMBURG. — Alle Tage neu — das Ärgernis über den Benzinpreis. 1,50 Mark für den Liter Normalbenzin in Selbstbedienung sind inzwischen erreicht. Superbenzin an der Autobahn zu tanken ist für die meisten ein Alptraum, da sind inzwischen Preise bis zu 1,68 „drin". Kann man denn nichts dagegen tun? Das fragen sich immer mehr Autofahrer, die sich der Willkür der Ölmultis wehrlos ausgesetzt sehen. Diese wiederum, glaubt man ihren Topmanagern, stehen ohnehin seit Jahren vorm Bankrott. 9 Pfennig Verlust je Liter Benzin, das ist die offizielle Version. Wie schamlos diese größten Preistreiber lügen, geht aber sowohl aus ihren Weltbilanzen, als auch aus der Tasache hervor, daß selbst die einheimischen „Tochter"-Gesellschaften Gewinne buchen.

1980 war das Jahr, in dem die angloamerikanischen Ölmultis die großen amerikanischen Automonopole endgültig aus der Spitze der größten Weltkonzerne verdrängten. Mit einem Umsatz von 187,3 Milliarden Mark ist die Rockefellersche Exxon mit Abstand der umsatzstärkste Konzern der Welt. 15,9 Milliarden Mark wurden letztes Jahr weltweit als Gewinn ausgewiesen. Zweigrößtes Monopol der Welt ist die Royal Dutch/Shell mit einem Umsatz von 137,7 Milliarden Mark. Der Abstand zwischen diesen beiden ist immerhin wesentlich größer als der Umsatz des größten bundesdeutschen Konzerns, der VEBA die rund 42 Milliarden verbuchte. Auch dritter der letztjährigen Rangliste ist ein Ölmulti: Mobil Oil mit fast 109 Milliarden Mark.

Daß diese Tendenz auch in diesem Jahr fortgesetzt wurde, zeigen allein schon die Zahlen für das zweite Quartal 1981, in dem die Exxon weltweit einen Gewinn von über 4,5 Milliarden Mark auswies.

Da nimmt es sich erstaunlich aus, wenn der westdeutsche Esso-Chef Oehme philosophierend darüber rätselt, ob es in zehn Jahren überhaupt noch eine Geschäftstätigkeit der Multis in der Bundesrepublik geben werde.

Und das trotz eines Umsatzes von 17,7 Milliarden Mark (also immerhin beinahe 10 Prozent des weltweiten Exxon-Umsatzes) und mehrerer Hundert Millionen Mark Gewinne.

„Windfall" — Glücksfall?

Bei diesen Berechnungen der Manager handelt es sich um Fälschungen reinsten Wassers: Sie gehen dabei allesamt von offiziellen OPEC- oder anderen Listenpreisen aus. Dabei rechnen sie dann entsprechende Transportkosten usw. ein, obwohl dies in der Regel durch eigene Firmen und Reedereien geschieht, die lediglich Geld des Konzerns von einer Tasche in die andere wandern lassen.

Und sie rechnen die Produktion in den jeweiligen Ländern einfach zu denselben Preisen wie die auf Weltmärkten gehandelten Mengen. Gerade hier hat es in letzter Zeit immer heftigere Kritik gegeben. **Denn die Ölförderung in Westdeutschland kommt zwar nur für rund 3 Prozent des nationalen Ölverbrauchs auf, aber bedenkt man, daß es sich dabei doch um fünf bis sechs Millionen Tonnen handelt, und die Produktionskosten für eine Tonne Auslandsrohöl auf mehr als 600 Mark berechnet werden, ist dies eine Umsatzgröße von rund vier Milliarden Mark.** Daraus wird vor allem Benzin und leichtes Heizöl — dessen Preis erheblich unter dem Eingeführten liegen könnte, es aber nicht tut. Das Wort „Windfall" entstand denn auch ursprünglich in den USA im Sinne von „Sog" — die Preise für einheimisches Erdöl wurden auch dort von den Multis einfach mit hochgezogen.

Zwar werden darüber in verschiedenen Veröffentlichungen die unterschiedlichsten Zahlen genannt, aber klar ist, daß es sich dabei um eine Summe in der Größenordnung von mindestens einer halben Milliarde Mark handelt, die die westdeutschen Multitöchter einfach so nebenbei einstreichen.

Diese „Windfall"-Profite sind also kein Glücksfall. Das zeigt sich nicht zuletzt daran, daß die Ölförderung, sowohl in den USA wie auch beispielsweise in der Bundesrepublik in den letzten Jahren — seit 73 — ohne Unterbrechung angestiegen ist.

Das zeigt sich auch daran, daß diese Art von Geschäften von den Ölmultis in allen Ländern, in denen sie aktiv sind, betrieben wird.

So sind beispielsweise die Rekordprofite der Exxon nicht zuletzt dadurch zustande gekommen, daß ihr realer Einkaufspreis für das saudi-arabische Öl weit unter den allgemein Angegebenen und dem offiziellen saudischen OPEC-Listenpreis entsprechenden 32 Dollar je Barrel liegt.

Das Zusammenspiel

Daß die westdeutschen Unternehmer und die Bonner Regierung den gesamten nationalen Energiemarkt in großem Ausmaß den angloamerikanischen Ölmultis überlassen haben, die ja auch ausschließlich das westdeutsche Öl fördern, ist eine Tatsache, die auf den ersten Blick erstaunen mag. Rund vier Fünftel des gesamten Ölmarkts und fast zwei Drittel des Erdgasmarktes in der BRD liegen in den Händen der Multis.

Die Unternehmer, die hauptsächlich das billigere schwere Heizöl beziehen und für ihre Transportkosten Möglichkeiten der Steuerersparnis haben, verlieren dabei nichts. Deshalb waren die Versuche, einen wirklich eigenständigen westdeutschen Ölkonzern zu schaffen (wie die ENI in Italien oder ELF und Total in Frankreich) auch nie sehr intensiv betrieben worden.

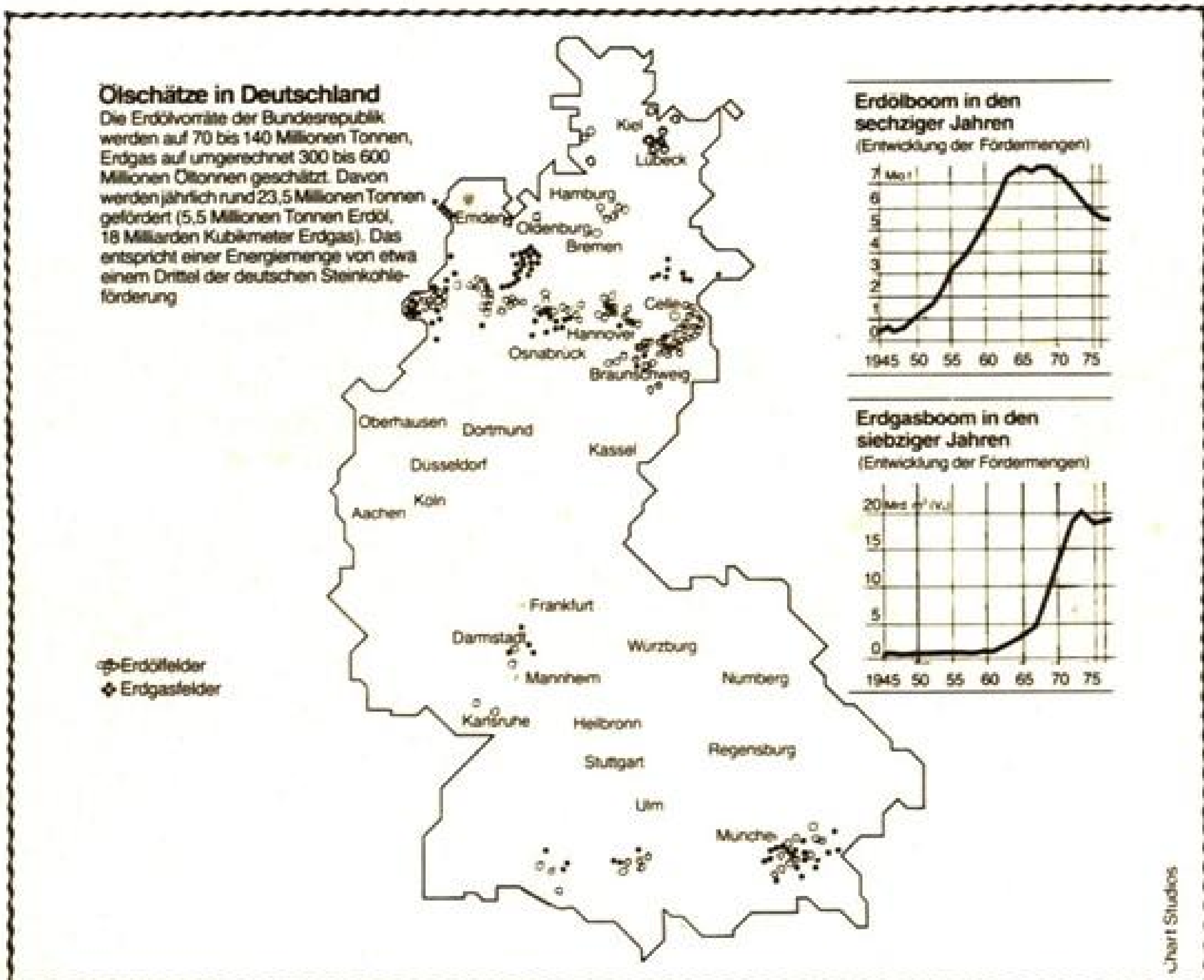
Der Staat hingegen verdient daran: Die erst kürzlich durchgezogene Erhöhung der Mineralölsteuer hat das nochmals schmerzlich bewußt gemacht. Diese Auffüllung der Staatskasse kam wiederum zahlreichen Projekten der westdeutschen Monopole zugute, vom Strassenbau bis zur Chemiebranche. Bezahlt haben die Steuer die Werktätigen.

Demgegenüber ist die Besteuerung der Ölmultis selbst dermaßen skandalös niedrig, daß man sie geradezu außer Acht lassen kann.

Selbst der BP-Chef Buddenberg, ansonsten einer der Hauptpreistreiber, beklagte sich demagogisch über die Bevorzugung jener Multis, die westdeutsches Öl fördern, vor allem Esso, Shell, Texaco und Chevron.

Dabei verschwieg er natürlich, daß sein Konzern dieselben Profite mit dem britischen Nordseeöl macht, wo es die entsprechenden Verträge zwischen der BP und der British National Oil Corporation gibt.

Aber völlig unabhängig davon, was im Ausland geschieht, ist es eine Tatsache, daß ein Steuerbetrag von 400 bis 500 Millionen Mark im Jahr den Ölmultis geschenkt wird. Dabei schieben sich die betreffenden Länderregierungen, vor allem Niedersachsen, aber auch Schleswig-Holstein, und die Bundesregierung gegenseitig den „Schwarzen Peter" immer dann zu, wenn die öffentliche Erregung über die Preistreiberei der Multis gerade wieder einmal einen Höhepunkt erreicht hat und Maßnahmen gefordert werden.



Als Ergebnis der immer wieder aufgeflammten Debatte um die Besteuerung der westdeutschen „Windfall"-Profite kann man bisher nur festhalten, daß die Multis keine müde Mark mehr bezahlen mußten. Dabei werden diese Profite gerade jetzt umso höher, als der Wechselkurs zwischen Dollar und Mark das ausländische Öl verteuert und das einheimische weiter verbilligt.

Bundesfeigenblatt

Kein Mensch, der die Entwicklung der letzten Wochen auch nur einigermaßen verfolgt hat, geschweige denn all jene, die sie bezahlen mußten, zweifelt daran, daß es sich bei den regelmäßigen und gleichmäßigen Preiserhöhungen der Ölkonzerne um Preisabsprachen handelt, die eigentlich vom Bundeskartellamt verhindert werden müßten.

Nachdem das Kartellamt vor vier Wochen dann — wieder einmal — eine „Untersuchung" angefangen hatte, änderten die Multis ihre Taktik. Dann waren es nicht Shell, Esso, BP oder Aral die an der zweiwöchentlichen Zweipfennigschraube drehten, sondern die Chevron Oil. Dies sei ja nur, so wurde in der Presse betont, ein kleiner Konzern auf dem westdeutschen Ölmarkt, daher könne von einer Preisabsprache der „Großen" keine Rede sein. Nun ist Chevron zwar vielleicht ein kleines Unternehmen auf dem westdeutschen Ölmarkt, aber schließlich die Tochtergesellschaft von Socal, dem mit 73,5 Milliarden Mark Umsatz im letzten Jahr sechstgrößten Ölmulti der Welt, und, wie Exxon und Mobil, zur Rockefellergruppe gehörend.

Tatsache ist also, daß die angloamerikanischen Ölmultis ihre internationalen Kartellabsprachen eben auch auf die Bundesrepublik anwenden. So wie alle Riesenmonopole, die in buntem Wechselspiel in verschiedenen Ländern eben auch zu den jeweils „Kleineren" gehören, weltweit mit dabei sind, weltweit das immer noch bestehende Kartell der „Sieben Schwestern" bilden.

Gegen all die Preisabsprachen, die in den beiden letzten Jahren den Benzinpreis um 50 Prozent verteuert haben, hat das Bundeskartellamt nicht ein einziges Mal wirklich eingegriffen.

Und es könnte auch schlecht, da die gesetzlichen Grundlagen für die Arbeit dieses Amtes bereits so aussehen, daß es den Plänen der Monopole keinen wirklichen Strich durch die Rechnung machen kann, sondern eben wirklich nur durch Vorhandensein wirkt — als Feigenbaltt.

Alle die Argumente, die in den vergangenen Jahren für die ständige Preistreiberei angeführt werden, sind heute längst durch die Wirklichkeit widerlegt, trotzdem geschieht nichts.

Es wird 1980 7 Prozent weniger Benzin verbraucht als 1979 — keinerlei Auswirkung.

Es gibt seit Juli 1980, seit mehr als einem Jahr, ein Überangebot an Öl, die Tanks in Rotterdam laufen buchstäblich über — keinerlei Auswirkung.

Als die Mark über Jahre hinweg im Verhältnis zum Dollar steigt — keinerlei Auswirkung.

Der OPEC-Preis stagniert, einige Länder nahmen ihn bereits zurück, jetzt soll das gesamte Preisniveau gesenkt werden — keinerlei Auswirkung.

Stattdessen ständige Preiserhöhungen, immer ein paar Pfennig mehr je Liter.

Stattdessen eben auch noch die einheimische Ölförderung gnadenlos verteuert.

Ist es da ein Wunder, wenn sich die größten Kapitalgruppen der USA in ein hektisches Wettrennen um einen großen Ölkonzern, die Continental Oil Company (Conoco) begeben, die zwar nur an fünfzehnter Stelle der Ölmultis rangiert, aber mit einem Umsatz von fast 34 Milliarden Mark größer ist als der zweitgrößte westdeutsche Konzern, die Siemens AG und auf Platz 25 der Industriebetriebe der Welt liegt?

Was tun?

Was kann man tun, fragen sich immer mehr werktätige Menschen, die den Wochenendausflug streichen, die auf die Bahn umsteigen müssen, auch wenn sie dabei Stunden verlieren, wenn sie sich wegen des Benzinpreises einschränken müssen. Das fragen sich mit Sicherheit auch eine zunehmende Zahl von kleinen Unternehmern, deren Betriebe besonders stark von Energiepreisen abhängig sind, seien es Gärtnereien oder Fischer, die schon verschiedentlich protestiert haben.

Nicht umsonst registrieren die großen Automobilclubs, vor allem der ADAC, eine wahre Flut von Leserbriefen, in denen sie aufgefordert werden, Aktionen zu organisieren. Auch an den gewerkschaftsnahen Automobilclub ACE wurden Forderungen nach Protesten und Aktionen herangetragen. Zahlreiche Stellungnahmen verschiedenster gewerkschaftlicher Gremien verurteilten die Preistreiberei der Ölmultis und forderten staatliche Aktionen gegen die Multis.

An einigen Orten gab es auch Auto- und Motorradkorsen, mit denen der Protest der betroffenen werktätigen Autofahrer demonstriert wurde. Aber zu Aktivitäten in den beiden Bereichen, in denen es möglich wäre, die Multis zu bremsen, nämlich in der Beseitigung ihrer „Windfall"-Profite durch scharfe Besteuerung und im Vorgehen gegen die kartellierten Preisdiktate ist nichts geschehen. Dies wird auch nur geschehen, wenn dazu entsprechend politischer Druck geschaffen wird.

Die bisherigen Aktivitäten der Regierungen, sowohl in Bonn als auch in den Bundesländern jedenfalls haben ausschließlich zur Begünstigung der Multis und ihrer Preistreiberei gedient.

Nicht nur, daß keinerlei Versuche unternommen wurden, eine selbständige Öleinkaufspolitik, an den Multis vorbei direkt mit den Förderländern der OPEC zu organisieren, wie dies etwa Japan sehr rasch und in großem Ausmaß getan hat. Im Gegenteil, es wurden den Multis im Landesinneren alle Möglichkeiten gegeben, damit sie auch das Erdgasgeschäft noch weiter unter ihre Kontrolle bringen konnten.

Die AKW-Politik schließlich, oft als Beitrag zur nationalen Selbständigkeit ausgegeben verschweigt schamhaft, daß der Welt größter privater Urananbieter die Exxon ist...

So bleiben die Forderungen, die das Zentralkomitee der KPD in seiner Erklärung zur Energiepolitik vom Juli 1979 erhoben hat aktuell:

Schluß mit der Unterstützung der multinationalen Ölkonzerne durch die Bundesregierung! Rigorose Besteuerung der Profite der Ölmultis!

Stillegung aller bestehenden und Verbot des Baus weiterer Kernkraftwerke!

Sicherung der Energieversorgung auf Kohlebasis unter Ausschluß der Energiemultis!

Um den unmittelbaren Auswirkungen der Ölpreissteigerungen für die Werktätigen zu begegnen, fordern wir:

Senkung des Steueranteils an den Benzin-, Diesel- und Heizölpreisen!

Erhöhung der Kilometerpauschale und Zahlung eines Heizkostenausgleichs!

Zahlung eines Lohnnachschlags durch die Unternehmer zum Ausgleich für die durch die Ölpreislawine ausgelöste allgemeine Steigerung der Lebenshaltungskosten!

Meldungen

China: Artillerieüberfall

HANOI. — Die vietnamesische Nachrichtenagentur VNA gab in der letzten Woche bekannt, daß seit dem 11. August mehrmals chinesische Geschütze das Feuer gegen Vietnam eröffnet hätten.

Seit der gescheiterten „Strafaktion" Chinas gegen Vietnam sind weit über hundert Grenzverletzungen registriert worden. Diese haben sich im letzten Jahr ab Oktober 1980 weiter verstärkt, seit der Zeit, als die militärische Zusammenarbeit Chinas mit den USA immer offenere Formen annahm. Zur gleichen Zeit verstärkten die chinesischen Machthaber auch die Propaganda für einen neuen Überfall auf Vietnam, indem sie regelmäßig wiederholten, eine neue „Strafaktion" stünde bevor.

Die chinesisch-amerikanische Allianz erweist sich so immer deutlicher als eine Gefahr für die Völker Indochinas.

Brasilien: Gewerkschaftskongreß

SAO PAULO. — Zum ersten Mal nach dem faschistischen Militärputsch von 1964 fand jetzt in Praia Grande, nahe Sao Paulo, ein Kongreß brasilianischer Gewerkschafter statt, der zum Ziel hatte, die Gründung einer nationalen Einheitsgewerkschaft vorzubereiten.

Mehr als 4000 Delegierte vertraten rund 300 gewerkschaftliche Organisationen und Vereinigungen aus Stadt und Land und alle in der Gewerkschaftsbewegung vorhandenen Strömungen: die sozialdemokratische der Partei der Arbeit, die von Lula, dem Streikführer der Metallarbeiter im letzten Jahr, angeführt wurde, die kommunistische der KP Brasiliens, die revisionistische der Brasilianischen KP und die linkskatholische.

Im Zentrum der Diskussion stand dabei die Frage der Schaffung einer brasilianischen Einheitsgewerkschaft (CUT), die für den August 1982 beschlossen wurde. Die brasilianische Regierung duldete diesen Kongreß, der offiziell verboten war, stillschweigend.

Mocambique: Rückruf

MAPUTO. — Die Regierung Mocambiques hat in diesen Tagen einen Aufruf an alle vor sechs Jahren aus dem Lande geflüchteten Unternehmer gerichtet, sie sollten zurückkehren und ihre Geschäfte wieder übernehmen.

Die Regierung nannte 45 Wirtschaftszweige, in denen die Gründung neuer Privatunternehmen erlaubt worden ist, vor allem aus dem Handwerk und der Landwirtschaft, aber auch anderen Branchen.

Die staatliche Tätigkeit soll sich auf Energie-, Transport- und Verkehrswesen sowie auf den Bergbau und Musterprojekte der Landwirtschaft beschränken.

Mit diesen Maßnahmen ist die Kampagne gegen „die Bürokratie", die seit einiger Zeit in Mocambique geführt wird, auf einem neuen Höhepunkt angelangt und zeigt ihr Wesen, das von den linken Kräften innerhalb der Frelimo seit längerem kritisiert wurde: Privatisierung.

Mexiko:

Texlamex im Streik — wir werden siegen

Die hier abgedruckte Korrespondenz aus Mexiko, die an verschiedene Zeitungen geschickt wurde, gibt sehr lebendig und anschaulich einen Einblick in Leben und Arbeit der mexikanischen Arbeiter, über ihren harten Kampf. Immer wieder werden aus Mexiko betriebliche Streiks bekannt, die Monate dauern — nicht alle so erfolgreich wie dieser — was auch ein Bild von der Schwierigkeit der mexikanischen Gewerkschaftsbewegung gibt, in der Bonzen und Spalter eine üble Rolle spielen. Die Kampfbereitschaft dieser Arbeiter aber ist ein Vorbild für alle.



Kinderarbeit ist alltäglich: Hier Verkauf von Haushaltsbürsten

Wir fordern Erfüllung unserer Forderungen

...diese und Dutzende anderer Parolen, in Eile an Fabrik- und Häuserwände gemalt und gesprüht, tauchen jetzt, je mehr wir uns der seit über 90 Tagen



Streikparolen der Texlamex-Arbeiter

bestreikten Textilfabrik Texlamex, im Norden Mexico Citys nähern, immer häufiger auf, sind eindringlicher, bekommen mehr Gewicht.

Es ist Samstag, der 3.7.'81, der Beginn des 4. Streikmonats für die ca. 650 Beschäftigten.

Emelia, eine Arbeiterin, die vor ein paar Monaten aus ihrem Betrieb entlassen wurde, zusammen mit einem Dutzend anderer fortschrittlicher Kollegen, weil sie aktiv am Streik gegen sich häufende Überstunden und miserable Arbeitsbedingungen beteiligt waren, begleitet mich, auch sie daran interessiert, mit den Streikenden zu diskutieren, Erfahrungen auszutauschen, zu hören, wie sie den Kampf über so lange Zeit hinweg organisiert haben.

Wir stehen vor dem Haupttor, vor einer einfachen, von den Streikenden zusammengezimmerten Hütte, davor eine Kochstelle, auf der das Essen für die auf Streikposten stehenden Arbeiter gekocht wird.

In der Hütte: Stapel von Sammeldosen neben gestifteten Lebensmitteln und anderem Material.

Zwei Arbeiter sind damit beschäftigt, die Sammeldosen für die Nachmittagsbrigade herzurichten: auf die ehemaligen Konservendosen wird ein Flugblatt mit Kurzinformationen über den Streik geklebt, der Deckel mit Tesafilm befestigt und mit einem Stempel versiegelt.

Jede Dose hat eine Nummer, jeder streikende Arbeiter, der fürs Sammeln und Flugblattverteilen eingeteilt ist, ebenfalls. In einer Liste wird festgehalten, wer, mit welcher Dose, wo sammelt.

Gesammelt wird in der ganzen Stadt:
— an Straßenkreuzungen bei den Autofahrern, die langen Rotphasen ausnutzend,
— in Bussen — die Busfahrer lassen aus Solidarität die Sammler umsonst mitfahren, obwohl sie nach der Anzahl der verkauften Fahrscheine bezahlt werden,
— vor Betrieben,
— in den Hauptgeschäftsstrassen.

Mit diesen Sammlungen, verbunden mit der Verteilung kurzer Flugblätter zur Information der Bevölkerung wird und wurde der Streik, der Lebensunterhalt der Streikenden finanziert.

Streikgeld von der Gewerkschaft gibt es nicht, die Arbeiter hatten sich von der „gelben" (Charro = Bonzen-) Gewerkschaft getrennt und eine unabhängige demokratische Betriebsgewerkschaft gegründet. (Aber auch bei den anderen Streiks gibt es kein — zumindest kein für den Lebensunterhalt ausreichendes — Streikgeld!).

Beeindruckend ist die Selbstsicherheit mit der all dies organisiert wird, obwohl es der erste selbständig geführte Streik der Texlamex-Arbeiter und ihrer



Arbeiterviertel im Norden Mexico Citys

unabhängigen Gewerkschaft ist.

Trotz Rausschmiß mehrerer fortschrittlicher Arbeiter, trotz Angriffen und Unterdrückung durch die Polizei und vom Unternehmer angeheuerter Schlägertrupps, die mehrmals schon die Streikenden Überfallen haben, sind über 80 Prozent der 650 Arbeiter seit dem 31.3. **aktiv** am Streik gegen die wiederholten Vertragsbrüche des Bosses beteiligt.

Die Parolen und Aufkleber über den Streik wurden von den Streikenden selbst gemalt und geklebt, unterstützt von Arbeitern anderer Betriebe und anderen fortschrittlichen Menschen. Die in der Hütte am Haupteingang gestappelten Lebensmittel sind Ergebnisse der „campana del KILO", bei der in Flugblättern zu Spenden von Zucker, Bohnen, Eiern, Mehl etc. aufgerufen worden war.

In den Gesprächen mit den Streikposten an den verschiedenen — teils mit riesigen Transparenten verschiedener politischer Organisationen und der rot/schwarzen Fahne des Streiks geschmückten — Toren ergab sich folgendes Bild der Organisierung des Streiks:

Auf der Vollversammlung, die den Streik beschloß, wurden gleichzeitig verschiedene „Kommissionen" gewählt:

1. Streikkomitee
2. Verhandlungskommision
3. Flugblatt- und Propaganda-Komitee.
4. Kommission für Verbindungen nach „außen", d.h. zu anderen Betrieben, anderen demokratischen Gewerkschaften und Organisationen.
5. Verpflegungs-Kommission.
6. Kommission für Veranstaltungen und kulturelle Angelegenheiten.

Im Laufe des Streiks klärten sich durch die gesammelten Erfahrungen sowie die Gespräche mit Arbeitern aus anderen Betrieben die konkreten Arbeitsbereiche der einzelnen Kommissionen.

Erfahrungsaustausch mit anderen Betrieben, die im Streik standen und stehen, und den verschiedensten politischen Organisationen wurde aktiv gesucht und geführt.

Auch Filme und andere kulturelle Aktivitäten trugen zur Geschlossenheit und aktivem Eintreten jedes einzelnen Arbeiters für den Streik über die Monate hinweg, bei, mit Erfolg, wie wir sahen.

Am letzten Tor waren mehrere Frauen — im Gegensatz zu deutschen Textilfabriken sind sie in der Minderheit — versammelt, mit denen ich wie schon an den anderen Toren vorher über den Streik, aber auch ihre besondere Situation und über die Situation der Frauen in der BRD diskutierte.

Ihre anfängliche Zurückhaltung löste sich zusehends, als ich darüber berichtete, wie die Situation der Frau in der BRD aussieht, welche Probleme in Betrieb und Familie existieren.

Das Erkennen der Gemeinsamkeiten, der gleichen Ursachen von Ausbeutung und Unterdrückung hier in Mexico und Tausende von Kilometern entfernt in der BRD, schaffte eine Verbindung, ein Sich-Verstehen. Eine Erfahrung, die ich mit Arbeitern verschiedenster Betriebe machte.

Verglichen mit dem Lebensstandard der mexikanischen Arbeiterinnen und Arbeiter haben die Kollegen in der BRD viel erkämpft:
— den 8-Stunden-Tag (verglichen mit der 44 bis 48-Stunden-Woche in Mexiko),
— mehrere Wochen Urlaub (verglichen mit den höchstens



Noch im Müllabfuhrwagen wird nach Verwertbarem gesucht

zwei Wochen Urlaub der mexikanischen Arbeiter),
— soziale Absicherung im Fall von Krankheit, Arbeitsunfähigkeit, Rente — auch wenn die BRD-Regierung ihre Angriffe auf diese sozialen Errungenschaften weiter verschärft, bleibt der Unterschied zur Situation der mexikanischen Kollegen immer noch riesengroß,
— einen relativ hohen Lebensstandard (verglichen mit dem seit Jahren durch Lohnbegrenzungen der mexikanischen Regierung forcierten Abbau des so und so schon elenden Realeinkommens der mexikanischen Kollegen)

Und doch erkannten die mexikanischen Kolleginnen und Kollegen in unseren Diskussionen sehr schnell die Gemeinsamkeiten: Die Macht in der BRD wie in Mexico haben **nicht** die Arbeiter. Hier wie dort müssen sie ihre Arbeitskraft verkaufen, werden ausgebeutet und in ihrem Kampf unterdrückt.

Obreros Unidos Jamas Seran Vencidos

Gemeinsam und geschlossen kämpfende Arbeiter können nicht besiegt werden...

...diese Erfahrung der Notwendigkeit der Einheit und Solidarität im Streik und in den Kämpfen, die noch kommen werden, war kein Schlagwort, sondern selbst erfahrene, im Kampf erkannte Voraussetzung und Bedingung für einen möglichen Sieg.

Wir hatten angeboten, am kommenden Montag wiederzukommen und aktiv das Flugblattverteilen und Sammeln zu unterstützen, ein Angebot, das mit Sympathie und Begeisterung begrüßt wurde.

Doch wir konnten, brauchten es nicht einzulösen.

Am 4.7. beendeten die Kollegen von Texlamex ihren 95-tägigen Streik, als die Unternehmensleitung sich bereit erklärte, alle Forderungen der Streikenden zu erfüllen.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
14.30-15.00	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
16.00-16.30	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
18.00-18.30	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
19.00-19.30	7310	41 Meterband KW
	9375	31 Meterband KW
	1395	215m MW
	2. Programm	
21.30-22.00	7310	41 Meterband KW
	5960	49 Meterband KW
	1458	206m MW
23.00-23.30	7310	41 Meterband KW
	5960	49 Meterband KW
	1458	206m MW
6.00-6.30	7310	41 Meterband KW
	9375	31 Meterband KW
	1395	215m MW



Nach langen Jahren des „vergessenen Krieges"

Südafrikas Überfall auf Angola — von den USA ermutigt

LUANDA. — In der letzten Woche meldete die amtliche Nachrichtenagentur Angop den bisher massivsten militärischen Einmarsch der südafrikanischen Rassiten in Angola: Mit hundert Panzern und Dutzenden von Bombern sowie mehreren zehntausend Mann überfiel die südafrikanische Armee Angola und drang tief in angolanisches Staatsgebiet ein. Drei Jahre nach dem Flächenbombardement im Süden Angolas also wieder ein offener Aggressionsakt, nachdem in der Zwischenzeit die militärischen Überfälle als „geheime Kommandos" organisiert wurden.

Warum diese Eskalation zu diesem Zeitpunkt? Mit Sicherheit spielt dabei die bevorstehende neue Namibia-Diskussion eine Rolle. Die Südafrikanischen Rassisten wollen dabei, mit Schützenhilfe der USA, die sich bereits öffentlich so erklärt haben, eine Veränderung der UNO-Resolution 435 erreichen, die die SWAPO als rechtmäßige Organisation der Bevölkerung Namibias anerkennt.

Dieser militärische Überfall, der Angola, ein Land, das seit Jahrzehnten nicht mehr zur Ruhe kam, in die größte Auseinandersetzung der letzten sechs Jahre verwickelt, dient dazu, hier die Bereitschaft zu einer Änderung der bisherigen Namibia-Position der schwarzen Anliegerstaaten herbeizubomben.

So wie die israelischen Zionisten ihre ständigen blutigen Überfälle auf den Libanon mit der Existenz palästinensischer Flüchtlingslager begründen, so tun dies auch die südafrikanischen Rassisten in ihrem unerklärten Krieg gegen Angola mit den dort existierenden Lagern der SWAPO.

Doch es gibt noch einen zweiten Grund für diese Überfälle Südafrikas auf Nachbarstaaten, außer deren Unterstützung für den Freiheitskampf Namibias. Und dieser Grund ist die Existenz dieser Staaten selbst, sowohl Angolas als auch Moçambiques und Zimbabwes. Der Unterschied liegt dabei darin, daß die beiden letzteren Staaten aufgrund der geschichtlichen Entwicklung und der wirtschaftlichen Strukturen Pressionen Südafrikas weitaus anfälliger gegenüberstehen als Angola, daß das reichste dieser drei Länder ist.

Und während sie so gegen Zimbabwe und Moçambique im wesentlichen den wirtschaftlichen Druck und die Erpressung anwenden — obwohl auch gegen Moçambique schon verschiedene Überfälle ausgeführt wurden, die der Unterstützung des ANC und des PAC, der schwarzen Widerstandsorganisationen in Südafrika, durch die Regierung in Maputo galten — gehen sie gegen Angola seit jeher vor allem militärisch vor.

Es ist durch die Untersuchungen der UNO beispielsweise bekannt, daß südafrikanische Soldaten, als „Unita"-Rebellen verkleidet, im Süden Angolas Terrorakte gegen die Bevölkerung organisierten, daß die „Unita" von Südafrika mit Waffen, Geld und Stützpunkten ausgerüstet wurde.

Denn die Kalkulation der Rassisten läuft auch darauf hinaus, daß das Regime in Luanda weitaus weniger gefestigt ist als die Regierung Mugabes in Zimbabwe oder die Samora Machels in Moçambique.

Ihr Ziel ist es, ein prowestliches Angola herbeizubomben, und sie werden darin — wenn auch nicht mit aller Entschlossenheit — von den USA unterstützt, die bis heute die Regierung in Luanda nicht anerkannt haben.

Diese unvollständige Unterstützung der süafrikanischen Pläne durch die amerikanische Regierung, seit Ewigkeiten einer der Hauptnutznießer des südafrikanischen Rassismus, liegt darin begründet, daß der wirtschaftliche Einfluß der USA in Angola, sowohl direkt im Ölgeschäft als auch in vielen anderen Branchen indirekt, beispielsweise über brasilianische Tochterfirmen von US-Multis, sehr groß ist und von daher die Cartersche Taktik des wirtschaftlichen Drucks auf Angola durchaus noch Aussichten hat.

Die Destabilisierungsstrategie der südafrikanischen Rassisten gegen Angola, die mit diesem erneuten Terrorakt so massiv wie noch nie angewandt wurde, hat in den letzten Jahren dazu geführt, daß sich das Regime von Luanda immer mehr in die Arme der sowjetischen Imperialisten geflüchtet hat — und auch jetzt tut der Präsident Dos Santos wieder diesen Schritt, wenn er zusammen mit der Ankündigung der Generalmobilmachung auch darauf verweist, man werde um freundschaftliche Hilfe bitten.

Neben dem Terror der Südafrikaner war es aber doch gerade diese sogenannte „freundschaftliche Hilfe", die in den letzten Jahren den Wiederaufbau des Landes verhindert hat, die die wirtschaftliche Lage Angolas mit verschlechtert hat, sei es durch die Kosten der Besatzung durch ausländische Truppen, sei es durch die verschiedenen ungleichen Verträge, die abgeschlossen wurden.

So ist es das Ergebnis dieses neuen blutigen Überfalls Südafrikas auf Angola, neben den Todesopfern unter der Bevölkerung, daß das Land noch enger zwischen die Mühlsteine des Machtkampfes zwischen den beiden imperialistischen Blökken kommt. „Wenn die Elefanten kämpfen, leidet das Gras" sagt ein altes Sprichwort in Afrika. Und das Gras in diesem Kampf ist Angola und die dortige Bevölkerung.

Dies alles aber ändert nichts daran, daß das erneute abscheuliche Verbrechen der Rassisten einmütig verurteilt werden muß, wie es auch schon von der Organisation Afrikanischer Staaten verurteilt wurde.

Auch die verschiedenen westeuropäischen Regierungen haben den südafrikanischen Terror dieses Mal rasch verurteilt — wenn auch nur in Worten. Selbst Bundesaußenminister Genscher raffte sich auf, gegenüber dem kenianischen Außenminister eine Verurteilung auszusprechen.

Es bleibt aber die Forderung der afrikanischen Staaten, endlich wirkungsvolle Unterstützung für den — in Worten auch in Westeuropa schon für gerecht erklärten — Freiheitskampf der Völker des südlichen Afrikas zu gewähren. Schließlich ist es kein Geheimnis, daß neben dem britischen Imperialismus (der ja gemeinsam mit dem USA-Imperialismus zu den zentralen Stützen des Rassismus gehört) die Bundesrepublik und die Niederlande den Wirtschaftsboykott gegen das Rassistenregime ignorieren oder insgeheim verletzen.

Für die Erfüllung der UNO-Resolution 435 — für die Freiheit Namibias! Anerkennung der SWAPO als rechtmäßige Vertretung des namibischen Volkes! Schluß mit der Unterstützung für die südafrikanischen Rassisten und ihre Aggressionen!



Südafrikanische Besatzer in Südangola

Wir drucken hier einige Auszüge aus einem Brief eines IRA-Gefangenen in Long Kesh an einen Freund ab, den wir in einer Korrespondenz, wie auch andere Zeitungen, erhielten. Er zeigt einiges davon, wie diese Patrioten in den Gefängnissen des britischen Kolonialregimes leben müssen und auch über ihre Kampfentschlossenheit.

Brief aus Long Kesh

Lieber (...) und Freunde,
es ist schon lange her, daß ich überhaupt schreiben konnte, daß ich nach außen etwas zu sagen imstande war. Und so geht es uns allen hier. Wie Du weißt, sind einige meiner Genossen in einem Hungerstreik, den sie erst aufgeben werden, wenn ihre Forderungen erfüllt sind. Sonst wollen sie so lange dabei bleiben, bis sie sterben. Wir haben damit lange gezögert, vielleicht zu lange. Wir haben vorher alles andere versucht, um mit anderen Mitteln einen Erfolg zu erzielen. Jahrelang liegen wir in den dreckigen Zellen, die ohne jede Einrichtung sind, nackt auf der blanken Matratze. Jahrelang haben wir jeden nur erdenklichen Widerstand versucht, sind dafür zusätzlich bestraft worden, haben als Strafe eine Diät bekommen: Wasser und Brot. Sind ins Dunkle und in Einzelhaft gesperrt worden. Wir haben jetzt beschlossen, nicht länger wie Tiere vegetieren zu wollen. Und wir werden diesen Hungerstreik durchhalten.

Wir sind nicht das, was sie aus uns machen wollen, ihre Kriminellen für ihre kriminellen Gefängnisse, und wir kämpfen nicht für den politischen Status, weils um den Status geht, sondern wir machen das, um zu siegen. Um zu gewinnen für unsere Sache, über England und seine Unterdrückung.

Ich glaube fest, wir sind in der letzten Phase des Kampfes — und der Sieg ist nicht mehr weit. Alle glauben das. Glauben die denn wirklich, daß Patriotismus und Republikanismus tot sind? Wo wir ihnen doch seit 1976 gezeigt haben, daß wir lieber jahrelang auf Matratzen liegen und einer Decke als ihre Uniformen anzuziehen. Wie können sie also denken, uns zu besiegen. Wir zeigen auf, was England macht, was seine Verbrechen sind, wie sie Iren unterdrücken und behandeln. Sie denken, sie haben uns nun, wir sind im Knast, dabei gehen sie bei uns in die Lehre, um zu lernen, was Widerstand ist — und daß wir siegen werden.

Und hier, in den H-Blocks, möchten sie uns vegetieren oder vor Hunger sterben sehen, aber was sie sehen ist, daß wir zusammenbleiben, Körper für Körper, jetzt im Hungerstreik, und wenn sie uns raustragen, darin sind wir stark, daß wir zusammenbleiben, daß uns nichts trennen kann. (...)



Ich will nun diesen kleinen Zettel beenden, an Dich und Deine Freunde, und ich bin sicher, ihr laßt uns nicht im Stich. Erzählt und berichtet, immer wieder, was sie mit uns machen, und sagt dazu, daß sie uns nicht niederwerfen können. Ich hoffe, daß es nicht zu lange dauern wird bis zu unserem Sieg und ich hoffe, Dir mehr schreiben zu können und Dich wiederzusehen, wenn ich frei bin, und wir machen dann gemeinsam die gute Sache weiter.

Dein Freund P.

Ford muß bleiben!

Amsterdamer Autoarbeiter verhinderten Werksschließung

AMSTERDAM. — Mitte Juli endete die zweite Runde im Kampf um das Amsterdamer Ford-Werk. Mit einem Gerichtsurteil, das es zunächst untersagt, auch nur einen einzigen der 1800 Beschäftigten zu entlassen. Die Pläne des Konzerns hatten eine völlige Schließung zum 1. September beinhaltet — lediglich 50 Kollegen sollten den Vertrieb aufrechterhalten.

Bereits im April war das Ford-Werk mehrere Tage besetzt gewesen, Anfang des Jahres hatte es nach Bekanntwerden der Schließungspläne die ersten großen Demonstrationen gegeben. 30000 Amsterdamer hatten die Forderungen der Autoarbeiter demonstrativ unterstützt.

Diese massive Unterstützung gegen die Pläne der Detroiter Zentrale hielt den ganzen Kampf über an.

Englische und belgische Gewerkschaften verhindern Streikbrecherarbeiten — auch die IG Metall beansprucht diese Haltung, was aber von der KPD-Betriebszelle Ford Köln anhand der Lieferung von Wagen aus Merkenich nach Holland widerlegt wird.

Der Stadtrat und der Oberbürgermeister von Amsterdam stellen sich nicht nur hinter die Ziele der Ford-Arbeiter, sondern begrüßen auch die Werksbesetzung. Die Presseberichterstattung und auch die in Radio und Fernsehen, wo die Besetzer zu Wort kommen, sind, wie man in der BRD sagen würde „antiamerikanisch" — sie verteidigen das Recht der niederländischen Arbeiter gegen die ferne Werkszentrale zu kämpfen.

Die Besetzung wurde von der niederländischen FNV (Metallgewerkschaft) organisiert und geleitet, Spenden an Geld und Lebensmitteln kamen zu Zehntausenden. Die Arbeiter produzieren weiter, lassen aber, außer einem Rotkreuzlaster für Uganda kein einziges Auto aus dem Werk.

Auf diesem Hintergrund solidarisierten sich nach und nach verschiedene politische Parteien, und so konnte das Gerichtsurteil nur so ausfallen, wie es geschah. Der Erhalt der Arbeitsplätze ist wichtiger als ein vorübergehender Verlust für Ford, hieß es in der Urteilsbegründung.

Sicher: In dem Urteil ist ein Ausweg eingebaut. Ein Gutachter wird bestellt, der die Lage Fords „neutral" prüfen soll, nach seinem Urteil sind neue Maßnahmen möglich.

Durchaus möglich, daß dies einen neuen Kampf kosten kann. Tatsache aber bleibt, daß heute noch über tausend Kollegen arbeiten, die schon seit Monaten entlassen werden sollten, daß zumindest für weitere Monate die Beschäftigung gesichert ist. Und Tatsache ist auch, daß die Arbeiter gelernt haben, daß es nützt, Widerstand zu leisten, und daß einmal mehr mit einer Betriebsbesetzung die Arbeitsplätze einer ganzen Belegschaft erhalten wurden.

Unterdrückungswelle in Kosova geht weiter

Die Massenprozesse werden fortgesetzt

Säuberungen im BDK Jugoslawiens

BELGRAD. — Immer neue Prozesse werden aus der autonomen Region Kosova in Jugoslawien gemeldet, wo die Belgrader Machthaber mit aller Brutalität gegen die Forderungen der albanischen Mehrheit in Kosova nach dem Status einer Republik innerhalb der jugoslawischen Föderation vorgehen.

So wurden erst in der letzten Woche wieder 14 Jugendliche albanischer Nationalität zu Haftstrafen bis zu neun Jahren Gefängnis verurteilt. Die stereotype Begründung für all diese Verurteilungen: „Beteiligung an nationalistischen Unruhen" und „feindselige Propaganda". Hunderte von jugendlichen wurden inzwischen wegen ihrer politischen Meinung, wegen ihrer Forderung nach dem Republik-Status verurteilt, ohne daß ihnen irgendetwas außer dieser Forderung zur Last gelegt worden wäre.

Weit über 2500 Menschen sind jetzt aus ihren Arbeitsstellen entlassen worden, von Minenarbeitern bis zu Universitätsprofessoren, aus allen Schichten der Gesellschaft. Etwa ebenso viele sind aus den Organisationen des „Bundes der Kommunisten Jugoslawiens" und seiner Jugend ausgeschlossen worden, Hunderte von Berufsverboten wurden verhängt.

Neben Funktionären der Regierung und des BDKJ sind inzwischen auch andere öffentlich Tätige entlassen worden: die Redaktion der größten Zeitung des Gebiets ist vollständig zurückgetreten, nachdem einige Redakteure wegen ihrer Beteiligung an den Demonstrationen verurteilt worden waren, einige Urteile wegen „Schmähung Jugoslawiens" wurden gefällt, weil die Betreffenden Tito-Bilder entfernt hatten.

Offiziell verurteilt wurden gegen Ende August insgesamt 123 Menschen, wobei im August die Versuche, den Angeklagten eine politische Verschwörung im Dienste der SVR Albanien zu unterstellen etwas zurückgingen, verglichen mit den ersten Prozessen im Juli.

Der Streik der albanischen Minenarbeiter im Juli, eben zu der Zeit, als die ersten großen Prozesse begannen, beweist aber, daß es den Belgrader Machthabern nicht gelingt, den Widerstand völlig zu unterdrükken.



PREISDIALEKTIK DER OELMULTIS

Die Ölmultis sind nicht nur die Weltmeister im Einsacken von Profiten. Sie haben es auch in einer anderen Kunst zu hoher Meisterschaft gebracht: Was immer in dieser Welt geschieht, die Multis weisen uns schlagend nach, daß es für sie ein zwingender Grund ist, ihre Preise zu erhöhen. In der folgenden Satire, die wir der „Basler Zeitung" entnahmen, wird dieser eigenartigen Dialektik der Multis nachgegangen.

Die OPEC-Länder steigern ihre Produktion — der Benzinpreis steigt.

Dies ist auf grundlegende ökonomische Gesetze unserer Marktwirtschaft zurückzuführen: Die gestiegene Nachfrage nach Tankerkapazität verteuert die Frachtraten überproportional.

***

Die OPEC-Länder drosseln ihre Produktion — der Benzimpreis steigt.

Das ist ökonomisch bedingt: Das Angebot sinkt bei gleichgebliebener Nachfrage, damit wird die Ware teurer.

***

Im Nahen Osten herrscht vorübergehend Waffenruhe — der Benzinpreis steigt.

Die Ruhe ist trügerisch, die Lager werden vorsorglich aufgefüllt. Die zusätzliche Nachfrage erhöht den Marktpreis.

***

Im Nahen Osten wird gekämpft — der Benzinpreis steigt.

Hamsterkäufe erhöhen die Nachfrage und damit den Marktpreis.

***

Die Verbraucher sparen — der Benzinpreis steigt.

Der Minderverbrauch sorgt dafür, daß die Raffinerien weit unterhalb ihrer Kapazität produzieren müssen. Dies erhöht den Einheitspreis (Kosten pro Liter), den in einer Marktwirtschaft die Konsumenten zu tragen haben.

***

Die Verbraucher sparen nicht — der Benzinpreis steigt.

Die Ölgesellschaften erfüllen eine lebenswichtige Funktion in der Marktwirtschaft: Durch Preiserhöhungen wirken sie einer noch größeren Abhängigkeit vom Erdöl entgegen.

***

Die Verbraucher weichen auf Substitute aus — der Benzinpreis steigt.

Die Verbundproduktion der verschiedenen Erdöl-Derivate kommt durcheinander. Das erhöht die Kosten pro Liter.

***

Der Rhein führt Hochwasser — der Benzinpreis steigt.

Die Versorgungslage wird prekär. Vorsorgebestellungen erhöhen die Nachfrage und damit logischerweise den Marktpreis.

***

Der Rhein führt Niedrigwasser — der Benzinpreis steigt.

Die Schiffe können nur zu einem Drittel ihrer Kapazität beladen werden. Die dadurch erhöhte Fracht pro Tonne Ladegut verteuert die Ware.

***

Der Rhein führt Normalwasser — der Benzinpreis steigt.

Kaum 25 Prozent des eingeführten Banzins erreichen die Schweiz auf dem Wasserweg. Für die Kalkulation spielt daher die Situation auf dem Rhein eine geringe Rolle.

***

Der Dollarkurs steigt — der Benzinpreis steigt.

Alle Erdöl-Kontrakte werden in Dollar abgerechnet. Die Konsequenzen für den Preis in Schweizer Franken liegen auf der Hand. In einer freien Marktwirtschaft wirken sich alle Änderungen sehr schnell aus.

***

Der Dollarkurs sinkt — der Benzinpreis steigt.

Längst nicht alle Abschlüsse auf dem für die Schweiz maßgebenden Spotmarkt in Rotterdam werden in Dollar abgewikkelt. Im übrigen dauert es immer eine gewisse Zeit, bis sich Änderungen beim Verbraucher auswirken.

***

Die Lager sind randvoll — der Benzinpreis steigt.

Große Lagerbestände drükken auf die Gewinnmarge. Die Filialen der großen Erdölkonzerne leisten freiwillig einen unschätzbaren Beitrag zur Landesversorgung in Notzeiten. In einer freien Marktwirtschaft ist es nur natürlich, daß sich die Konsumenten an den hohen Kosten dafür beteiligen.

***

Die Lager sind leer — der Benzinpreis steigt.

Die hohen Lagerverluste wurden bisher stets von den Erdölgesellschaften zu Lasten ihrer Erfolgsrechnung getragen. Das ist nicht mehr länger möglich.

***

Der durchschnittliche Reingewinn der großen Erdölkonzerne ist gegenüber dem Vorjahr um 380 Prozent gestiegen — der Benzinpreis steigt.

Die Zahlen ergeben ein unvollständiges Bild. Im Benzingeschäft allein sieht die Lage schlecht aus. Vereinzelt entstanden sogar Verluste, die von den anderen Abteilungen getragen werden mußten.

***

Der durchschnittliche Reingewinn der großen Erdölkonzerne ist gegenüber dem Vorjahr kaum gestiegen — der Benzinpreis steigt.

In einer freien Marktwirtschaft kann ein Produzent nur mit einer angemessenen Umsatz-Marge existieren.

***

Ein OPEC-Mitglied stoppt infolge innerer Unruhen sämtliche Exporte — der Benzinpreis steigt.

Das Angebot auf dem Weltmarkt hat sich verringert. Die Preise reagieren entsprechend.

***

Ein OPEC-Mitglied nimmt seine Ausfuhren wieder auf — der Benzinpreis steigt.

Die seither eingetretene Inflation wurde entgegen den Gesetzen einer freien Marktwirtschaft von den Konzernen aufgefangen. Das kann nicht ewig so weitergehen.

***

Neue Erdölvorkommen werden entdeckt — der Benzinpreis steigt.

Es gibt viel zu tun, packen wir's an. Um die Versorgung in der Zukunft zu sichern, müssen heute gewaltige Investitionen getätigt werden. Die Produktionskosten werden ständig höher.

***

Bisherige ergiebige Ölfelder erschöpfen sich — der Benzinpreis steigt.

Es wird immer schwieriger und teurer, der unverminderten Welt-Nachfrage nach Öl gerecht zu werden.

***

Zwei Erdölkonzerne fusionieren — der Benzinpreis steigt.

Der Zusammenschluß ist ein Signal dafür, daß bei den gegenwärtigen Preisen das Überleben einzelner Gesellschaften nicht mehr gewährleistet ist.

***

Zwei Erdölkonzerne fusionieren nicht — der Benzinpreis steigt.

Der von den staatlichen Aufsichtsstellen abgelehnte Zusammenschluß verhindert beträchtliche Rationalisierungs-Vorteile. Die Konsequenzen hat der Konsument zu tragen.

Lehrer fordert Hitler-Gruß

Gegen einen 55jährigen Sonderschullehrer aus dem bayrischen Maxhütte/Haidhof ist Anklage erhoben worden. Die Vorwürfe sind massiv: Nötigung, Körperverletzung im Amt, Aufforderung zum Tragen von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen.

Und was sich dahinter verbirgt, ist ein Skandal erster Ordnung. Die Ermittlungen gegen den Lehrer kamen durch einen Kinderarzt ins Rollen. Der hatte bei der Untersuchung von Schülern der vierten Klasse an der Sonderschule von Pottenstetten Verletzungen festgestellt, die offenbar auf Schläge zurückzuführen waren. Daraufhin mußte die Kriminalpolizei aktiv werden, und eine Reihe von haarsträubendne Tatsachen kamen an die Öffentlichkeit.

Der Lehrer hatte beispielsweise in diesem Frühjahr seine Schüler dazu aufgefordert, mit „Heil Hitler" zu grüßen. Wer dieser Forderung nachkam, erhielt ein öffentliches Lob vor der Klasse. Beim Schulsport wurden faschistische Drillmethoden eingeführt. Einem Schüler, der Liegestütze zu machen hatte, hielt der Lehrer ein geöffnetes Taschenmesser unter den Bauch. Und auch sonst war er nicht zimperlich. Die Schüler wurden mit Schlägen traktiert oder auch mit dem Kopf gegen die Schulbänke gestoßen.

Wer solche Horrormeldungen aus der bayrischen Provinz liest, mag zuerst spontan sagen: Das kann doch nicht wahr sein! Aber es ist eben wahr, und das Erschreckende an diesen Ereignissen ist nicht jener faschistische Lehrer. Es ist die Tatsache, daß er seinen Terror und seine Nazi-Propaganda über lange Zeit hinweg an einer Schule in diesem Staat entfalten konnte. Aber speziell in Bayern haben die zuständigen Ministerien ja bekanntlich andere Sorgen, als die, solche Elemente aus dem Schuldienst zu säubern und hinter Gitter zu bringen. Die letzte schulpolitische Aktivität im Strauß-Staat war (der RM berichtete darüber) eine Anweisung an alle Lehrer, antimilitaristische Aktivitäten an den Schulen zu bespitzeln.

„Das schmutzigste Geschäft des Jahrhunderts"

So wird in den Niederlanden ein jetzt aufgeflogenes Umweltverbrechen genannt, dessen Ausmaße noch nicht abzusehen sind. Es geht um den Millionär Gerrit Bernouw und seinen Betrieb „Uniser Holding", ein sogenanntes Entsorgungsunternehmen.



Müllhalde bei Hannover: Auch hier sind hochgiftige Abfallstoffe abgeladen worden.

Bernouw ließ aus holländischen Betrieben hochgiftigen Müll abfahren, der dann angeblich auf sicheren Deponieplätzen gelagert werden sollte. Mindestens eine halbe Million Tonnen Chemieabfälle sind im Verlauf mehrerer Jahre von der „Uniser" abtransportiert worden. Aber schätzungsweise die Hälfte davon sickerte durch versteckte Rohrleitungen in die Gewässer der Umgebung oder wurde einfach in die Nordsee gekippt.

Bis jetzt konnten Bernouw schon 200 einzelne Umweltdelikte nachgewiesen werden. Dabei wurde Giftmüll auch in die Bundesrepublik transportiert, und zwar — wie bislang bekannt — nach NRW, Niedersachsen und Bayern. Wie skrupellos Bernouw und seine Leute in ihrer Profitgier vorgingen, zeigt sich daran, daß sie den Giftmüll nicht nur in Gewässer kippten oder im Boden verscharrten, sondern teilweise auch noch weiterverkauften.

So wurde zum Beispiel Abfallöl, das bis zu 20 Prozent chlorierte Wasserstoffe enthielt, auf den westdeutschen Markt geschleust und dort als Heizöl verkauft. So haben es die Umweltverbrecher im wahrsten Sinne des Wortes verstanden, aus Dreck, giftigem dazu, noch Geld zu machen — auf Kosten der Gesundheit ihrer Abnehmer.

Der Fall „Uniser" ist zwar der bislang spektakulärste, aber nicht der einzige von Umweltverbrechen durch die sogenannten Entsorgungsunternehmen. Eine wirksame Kontrolle dieser Betriebe gibt es auch in der Bundesrepublik nicht. Das bestätigte vergangene Woche der Staatssekretär im NRW-Gesundheitsministerium, Nelles, als er erklärte, die Gewerbeaufsichtsämter müßten sich bei diesen Betrieben „weitgehend darauf verlassen, daß ihre oft strengen Auflagen eingehalten werden."

Tips

Montag, 7. September,
20.15 Uhr, ARD

Strumpet City — Stadt der Verlorenen. Serie von Hugh Leonhard und Tony Barry, die in Irland zur Zeit des Unabhängigkeitskampfes angesiedelt ist. Im Mittelpunkt der Handlung steht ein junger Gießereiarbeiter.

***

Montag, 7. September,
21.30 Uhr, WDR III,
21.40 Uhr Südwest III

Unternehmen Barbarossa. Auftaktsendung zu der Serie „Der unvergessene Krieg", einer sowjetisch-amerikanischen Koproduktion über den Kampf der Sowjetunion gegen den Hitler-Faschismus. Die Serie selbst beginnt eine Woche später. Von den 20 Folgen der ursprünglichen Fassung werden die meisten Sender etwa 15 Folgen in ihren Dritten Programmen bringen — allerdings mit Kommentaren von „Militärexperten". Bayern hat sich aus der Serie ganz ausgeschaltet.

***

Dienstag, 8. September,
10.23 Uhr, ARD/ZDF

SOS — Feuer an Bord. Abenteuerfilm von Howard Hawks über Postflieger in den südamerikanischen Anden. Mit Gary Grant und Jean Arthur.

***

Dienstag, 8. September,
21.20 Uhr, ZDF

5 nach 10. In der ZDF-Diskussionsendung geht es diesmal um die Frage „Sind wir noch eine Nation?" Eingeladen sind unter anderem ehemalige DDR-Bürger (Biermann, Krug usw.), Schriftstellerprominenz (Grass, Kempowski) und der Springer-Kommentator Matthias Walden.

***

Mittwoch, 9. September,
19.15 Uhr, NDR III

Industrie und Terror. Die Sendung beschäftigt sich mit der Rolle der Nazi-„Wirtschaftsführer" im faschistischen Krieg.

***

Mittwoch, 9. September,
20.15 Uhr, ARD

Der König und sein Narr. Auch ein Beitrag zum sogenannten Preußenjahr: Der DDR-Autor Ulrich Plenzdorf schildert die Karriere des Jacob Paul von Gundling zum Hofnarren des preußischen „Soldatenkönigs" Friedrich Wilhelm I. Regie führt Frank Beyer („Nackt unter Wölfen"). Mit Wolfgang Kieling und Götz George.

***

Freitag, 11. September,
16.05 Uhr ARD

Von Mey bis Meinecke. In dieser Sendung von der Westberliner Funkausstellung treten unter anderem Hannes Wader und das Grips-Theater auf.

***

Freitag, 11. September,
20.15 Uhr, ARD

Die Interessenvertreter. Bericht der Kölner Film- und Video-Gruppe über die Betriebsratswahl in einem Kölner Unternehmen.

Zur Geschichte der Friedensbewegung in der BRD (III)

Mit Warnstreiks gegen die Remilitarisierung

Die Gewerkschaften im Friedenskampf

Im letzten RM haben wir dargestellt, wie sich zu Beginn des Jahres 1952 der Kampf gegen die von der Adenauer-Regierung betriebene Wiederbewaffnung verstärkte. Im Mai schlägt die Bonner Polizei brutal zu: Auf eine Friedensdemonstration in Essen wird das Feuer eröffnet; der junge Kommunist Philipp Müller wird dabei erschossen. Im gleichen Monat unterzeichnet Adenauer den Vertrag über die Eingliederung eines westdeutschen Truppenkontingents in die geplante Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) und den Generalvertrag, in dem den Besatzern weitgehende Rechte in der Bundesrepublik eingeräumt werden.

Auf diesen Schritt Adenauers reagierte die Arbeiterklasse mit einer neuen Welle von Proteststreiks und Demonstrationen. Um das Ausmaß dieser Bewegung deutlich zu machen, wollen wir hier einige Zahlen anführen. Vom 26. Mai bis zum 10. Juni beteiligten sich an diesen Aktionen in Castrop-Rauxel, Dinslaken, Duisburg und Bochum insgesamt über 10 000; in Frechen mehr als 1 000 Braunkohlearbeiter; in Köln 10 000; in Opladen 25 000; in Essen 10 000; in Krefeld 25 000; in Minden 35 000; in Mülheim 12 000; in Troisdorf 10 000; in Worms 10 000; in Bremen 35 000; in Hamm 8 000; in Solingen 15 000; in Remscheid 16 000; in Bielefeld 40 000; in Bremerhaven 13 000; in Bünde 3 000; in Flensburg 10 000; in Hannover 100 000; in Hameln 6 000; in Karlsruhe 30 000; in Neuß 6 000 und in Neumünster 15 000 Werktätige. Diese eindrucksvolle Liste, die noch nicht einmal vollständig ist, macht zweierlei deutlich: daß hinter der Ablehnung der Militarisierung durch die Arbeiterklasse auch deren aktive Kampfentschlossenheit stand und daß es nun die allerhöchste Zeit war, zu einheitlichen und organisierten gewerkschaftlichen Kampfaktionen überzugehen.

„Notfalls Generalstreik"

Diese Notwendigkeit brachte schon im April 1952 der Antrag einer Mannheimer Arbeiterkonferenz an den DGB-Vorstand auf den Begriff: **„Der DGB hat sofort alles zu tun, damit Wehrbeitrag, Generalvertrag und Schumann-Plan nicht in Anwendung kommen. Notfalls ist die stärkste Waffe, der Generalstreik, einzusetzen."**

Damit ist die Frage nach der Haltung der DGB-Führung im Kampf gegen die Wiederbewaffnung aufgeworfen. Und da gab es beispielsweise die eindeutigen Äußerungen des Vorstandsmitglieds Hans vom Hoff. Eindeutig nicht etwa gegen, sondern für einen westdeutschen „Wehrbeitrag". Im Januar 1952 hatte vom Hoff im Beisein von DGB-Chef Fette bei einer Pressekonferenz erklärt, eine bundesdeutsche Wehrmacht hätte die gleichen Funktionen wie eine Werksfeuerwehr; und die wäre ja zur Sicherheit des Betriebs schließlich auch notwendig. Weiter sagte er: „Man kann es auch dem deutschen Volk nicht zumuten, mit Abwehrmaßnahmen zu warten, bis etwa durch eine Aggression vollendete Tatsachen geschaffen sind." Diese Äußerungen hatten einen Sturm der Empörung in den Gewerkschaften ausgelöst. Die DGB-Zentrale wurde mit Protestbriefen aus den Betrieben und örtlichen Gewerkschaften eingedeckt.

Noch nie seit 1945 war der Widerspruch zwischen der Basis und der Gewerkschaftsführung so scharf aufgebrochen wie jetzt. Angesichts des einhelligen Widerstands zog sich Fette alsbald auf eine Position der „Neutralität" zurück und erklärte: „Nicht wir, die deutschen Gewerkschaften, haben über die Frage des Verteidigungsbeitrags zu entscheiden, sondern die politischen Instanzen." Aber auch damit kamen die Bonzen bei der Basis nicht durch. Auf einer außerordentlichen Delegiertenkonferenz des DGB Bayern (bei der Fette und vom Hoff völlig untergingen), sagte der bayrische IGM-Vorsitzende Essl zu dieser „Neutralitäts"-Theorie: **„Über die Frage des Wehrbeitrages müssen diejenigen entscheiden, die dabei ihre Haut zu Markte tragen sollen** ... Die Gewerkschafter wollen in dieser Frage kein diplomatisches Ja und kein verklausuliertes Nein hören, sondern sie erwarten eine klare ablehnende Haltung... **Die Mitglieder erwarten aber nicht nur unser Nein, sondern sie erwarten auch, daß wir alles tun, um dieses Nein durchzusetzen."**

Unter diesen Umständen war es klar, daß der 2. Ordentliche Bundeskongreß des DGB, der für den Oktober 1952 nach Westberlin einberufen worden war, in einer Atmosphäre des offenen Kampfes zwischen Führung und Basis stattfinden würde. Durch geschickte Verhandlungsregie hatten die Bonzen alle Anträge, die aus der Frage der Wiederbewaffnung einen gesonderten Tagesordnungspunkt machen wollten, abgeschmettert. In seinem Geschäftsbericht verteidigte Fette das offene Auftreten für die Remilitarisierung und versuchte dann, die Diskussion mit einem erneuten Hinweis darauf abzublocken, die Gewerkschaften seien für diese Frage nicht zuständig.

Führungswechsel im DGB

Aber Fette wurde von den Delegierten in einer für Gewerkschaftskongresse beispiellos scharfen Form unter Beschuß genommen. Alle Diskussionsgegner sprachen sich dabei für eine klare Haltung gegen die Remilitarisierung aus und verurteilten auch die Aufgabe des Kampfes gegen das BVG. Fette und vom Hoff bekamen schließlich die Quittung: Sie wurden nicht mehr in den Vorstand gewählt. Zum neuen Vorsitzenden wählte der Kongreß den IGM-Chef Walter Freitag.

Eine Gruppe von Delegierten brachte den Vorschlag für ein Kampfprogramm ein, das die folgenden Punkte umfaßte: 1. Einsatz aller gewerkschaftlichen Kampfmittel gegen reaktionäre innenpolitische Maßnahmen der Adenauer-Regierung. 2. Gewerkschaftliche Aktionen bis zum Streik gegen die Ratifizierung der von Adenauer unterschriebenen Verträge (EVG, Generalvertrag) mit dem Ziel des Abschlusses eines Friedensvertrags und der Wiedervereinigung Deutschlands. 3. Einsatz der ganzen Kraft des DGB gegen die Preispolitik der herrschenden Klasse, für höhere Löhne und gegen Ausbeutung und Antreiberei in den Betrieben. 4. Wiederherstellung der innergewerkschaftlichen Demokratie.

Auf der Grundlage eines solchen Programms hätte auch der Kampf gegen die Remilitarisierung mit Aussicht auf Erfolg geführt werden können. Denn die Bereitschaft, diesen Kampf auf breiter Front aufzunehmen, war ja — wie gesagt — überall in den Betrieben da. Der 2. DGB-Kongreß aber faßte keinerlei Beschlüsse über die nächsten Kampfschritte. Und dieser Verzicht sollte sich schon bald in seiner ganzen verhängnisvollen Bedeutung zeigen.

Denn durch diesen Verzicht hatte der Kongreß das Gesetz des Handelns in die Hände des Vorstands gelegt. Und Walter Freitag, ebenso wie andere Gewerkschaftsführer, die auf dem Kongreß noch als Vertreter eines Neins zur Wiederbewaffnung aufgetreten waren (August Schmidt, IG Bergbau; Adolf Kummernuß, ÖTV u.a.), gingen allmählich im Gleichschritt mit der SPD zur Befürwortung der Remilitarisierung über.



Arbeiter der Kieler Howaldts-Werft bei einer Abstimmung gegen die Remilitarisierung am 1. September 1954.

Das war eine entscheidende Voraussetzung dafür, daß im März 1953 dann die Verträge doch im Bundestag ratifiziert werden konnten. Aber noch war die Sache nicht endgültig entschieden. Ein Jahr später scheiterte das EVG-Projekt am Widerstand des französischen Parlaments. Neue Verträge mußten ausgehandelt werden, was dann unter dem Druck der amerikanischen Imperialisten auch sofort geschah. Diese Pariser Verträge sahen statt der Schaffung einer sogenannten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft mit westdeutscher Beteiligung die Aufnahme der BRD in den NATO-Block und den Aufbau einer Bonner Armee in Stärke von 500 000 Mann vor. Darüber hinaus enthielten auch die Pariser Verträge — ähnlich wie der frühere Generalvertrag — weitgehende und langfristige Sonderrechte der Besatzer in Westdeutschland.

Neue Protestwelle

Die Eingliederung der Bundesrepublik in das von Washington kommandierte Paktsystem trat jetzt noch offener zutage. Es lag für jeden auf der Hand, daß durch diese Verträge die Spaltung Deutschlands auf unabsehbare Zeit zementiert würde und daß sie die endgültige Absage an alle Vorschläge der Sowjetunion und der DDR waren, über die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen ein einheitliches und neutrales Deutschland zu schaffen.

Die Unterzeichnung dieser Verträge durch Adenauer löste eine neue Welle der Proteste in Westdeutschland aus. Die Landesverbände des DGB in Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz — die in dieser Zeit Konferenzen abhielten — forderten die Einleitung einer Volksabstimmung über die Verträge. Die Bundesjugendkonferenz des DGB lehnte im September 1954 ausdrücklich die Remilitarisierung in jeder Form ab. Im Oktober des gleichen Jahres trat dann der dritte Bundeskongreß des DGB zusammen. Walter Freitag, der neue Vorsitzende, ging in seinem Geschäftsbericht mit keinem Wort auf die Wiederaufrüstung ein. Das trug ihm scharfe Kritik von Seiten der Delegierten ein. Immer wieder wurden Forderungen nach der Aufnahme von Kampfaktionen erhoben.

Der Kongreß verabschiedete dann eine Entschließung zur Remilitarisierung: **„Der Bundeskongreß lehnt jeden Wehrbeitrag ab, solange nicht alle Verhandlungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind mit dem Ziel, eine Verständigung der Völker untereinander herbeizuführen und die Einheit Deutschlands wiederhergestellt ist."** Aber wieder verzichteten die Delegierten darauf, konkrete Kampfmaßnahmen festzulegen. Und Freitag, als Vorsitzender wiedergewählt, konnte es sich in seinem Schlußwort erlauben zu sagen: „Wir sind ausgegangen von der Frage: Wie wird die Wehrmacht aussehen, die in Deutschland wieder aufgestellt werden soll? (...) Die Frage der Gestaltung der neuen Wehrmacht steht für uns im Vordergrund." Von der Presse wurde das — durchaus begründet — als prinzipielle Zustimmung zur Remilitarisierung bejubelt.

Die Paulskirchenbewegung

Dennoch konnten die Freitag und Co. nicht so wie sie gerne wollten. Der Druck der Basis war so stark, daß die DGB-Führung doch wieder im Rahmen der Friedensbewegung aktiv werden mußte. Gemeinsam mit dem SPD-Vorsitzenden Ollenhauer, mit Helmut Gollwitzer und anderen rief Walter Freitag im Januar 1955 zu einer Kundgebung gegen die Pariser Verträge in der Frankfurter Paulskirche auf. Dort wurde ein „Deutsches Manifest" beschlossen, in dem die Verträge abgelehnt und Verhandlungen der vier Siegermächte (SU, USA, Britannien, Frankreich) über die Wiedervereinigung Deutschlands gefordert wurden.

Die Paulskirchenbewegung entwickelte sich zu einer neuen mächtigen Massenbewegung für den Frieden, gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands. Allein in Bayern wurden innerhalb von drei Wochen eine Viertelmillion Unterschriften für das „Deutsche Manifest" gesammelt. Im Februar kam es erneut zu Massendemonstrationen gegen die Vertäge, an denen sich beispielsweise in Bielefeld 1500, in Hamburg 13 000, in München und Dortmund je 20 000 Werktätige beteiligten.

Es zeigte sich aber doch bald auch die Schwäche dieser Paulskirchenbewegung. Walter Freitag hatte das „Deutsche Manifest" ausdrücklich als „Privatperson" unterzeichnet. Er war nicht bereit, die Kraft der Gewerkschaften für die Verwirklichung der Forderungen des „Deutschen Manifests" einzusetzen. Damit stand er ganz in der Tradition seiner Vorgänger. Gemeinsam mit der SPD-Spitze bemühten sich die DGB-Führer, der Friedensbewegung die Spitze zu nehmen, sie auf Anträge im Parlament zu begrenzen. Sie sabotierten die notwendige Zentralisierung der Paulskirchenbewegung, die Ausweitung der Kampfformen usw. Massiv wurden auch die Forderungen nach der Durchführung eines Volksbegehrens unterdrückt, wie sie Anfang 1955 noch einmal von der 3. Landesbezirkskonferenz des DGB Bayern erhoben wurde.

All das trug entscheidend dazu bei, daß am 27.2. der Bundestag gegen den ausdrücklichen Willen einer breiten Mehrheit unter der westdeutschen Bevölkerung die Pariser Verträge ratifizieren konnte. Sie traten am 5. Mai in Kraft und schon einen Monat später wurde das „Amt Blank" offiziell in ein Verteidigungsministerium umgewandelt. Die Aufstellung einer neuen Wehrmacht konnte beginnen.

Bleibt noch nachzutragen, daß die „Welt der Arbeit", das Organ des DGB, nun auch offiziell den Schlußpunkt unter den Kampf gegen die Remilitarisierung setzte, indem es erklärte, **die Pariser Verträge seien nunmehr „verpflichtendes Gesetz" und müßten deshalb auch von den Gewerkschaften respektiert werden.**

Arbeiterklasse — Hauptkraft im Friedenskampf

War damit also die erste große Friedensbewegung in der Nachkriegszeit gescheitert? Sicher — sie hat das von ihr selbst gesteckte Ziel, nämlich die Remilitarisierung der Bundesrepublik zu stoppen, nicht erreichen können. Auch die Hoffnungen, über gesamtdeutsche Wahlen (wie sie damals von der Sowjetunion und der DDR vorgeschlagen wurden) die Spaltung Deutschlands zu verhindern, erfüllten sich nicht.

Der Friedensbewegung fehlte letztlich die Kraft, sich hier gegen die reaktionäre Allianz Washington-Bonn durchzusetzen. Auf der anderen Seite aber war sie stark genug, um die von dieser Allianz betriebene Remilitarisierung entscheidend zu verzögern. Und das hatte allerdings eine sehr große Bedeutung, die sichtbar wird, wenn man die Entwicklung in Westdeutschland vor den Hintergrund des internationalen Klassenkampfes in den frühen fünfziger Jahren stellt.

Wie wir zu Beginn unserer Artikelreihe darlegten, war damals das westliche imperialistische Lager unter Führung der USA mit dem Überfall auf Nordkorea zur offenen militärischen Aggression gegen das sozialistische Lager übergegangen. **Daß diese Aggression nicht zum Weltkrieg ausgeweitet werden konnte, mit dem die amerikanischen Kriegsbrandstifter das sozialistische Lager zerschlagen wollten, ist nicht zuletzt auf die breite Friedensbewegung in den westlichen Ländern und gerade auch in der Bundesrepublik zurückzuführen. Die Imperialisten mußten erkennen, daß es ihnen nicht gelungen war, das eigene Hinterland zu befrieden, geschweige denn die werktätigen Massen für den „antikommunistischen Kreuzzug" zu mobilisieren.**

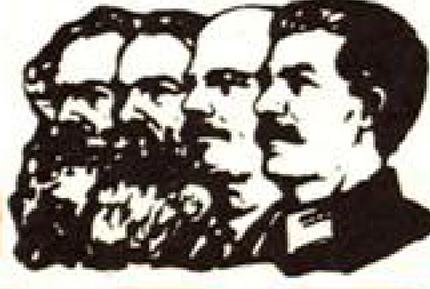
Das war der entscheidende Erfolg der damaligen Friedensbewegung. Darüber hinaus entwickelte sich im Verlauf dieser Bewegung bei vielen Werktätigen das Bewußtsein, daß der Kampf für den Frieden ein untrennbarer Bestandteil des Klassenkampfes ist, und die Friedensbewegung schuf antimilitaristische Traditionen in unserem Land, an die später (zum Beispiel in der Kampagne gegen die Atombewaffnung) angeknüpft werden konnte.

Bleibt die Frage, warum die Bewegung in den frühen fünfziger Jahren die Remilitarisierung dennoch nicht verhindern konnte. Diese Frage ist durch unsere Darstellung der damaligen Friedensbewegung im Grunde schon beantwortet. Wir haben gesehen, daß die Bewegung ihre reale Kraft gerade durch die Tatsache erhielt, daß sich die Arbeiterklasse mit ihren Kampfaktionen an die Spitze stellte. Daß diese Kraft dann doch nicht ausreichte, ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die Führungsgremien von DGB und SPD die gewerkschaftliche und außerparlamentarische Massenmobilisierung sabotierten und den organisierten Einsatz der gewerkschaftlichen Kraft verhinderten.

Und gerade in dieser Beziehung ist die Situation ja heute ähnlich. Denken wir nur an das vom DGB-Vorstand gegenüber der Gewerkschaftsjugend ausgesprochene Verbot einer Teilnahme an der Bonner Friedensdemonstration. Die Entwicklung in den fünfziger Jahren hat gezeigt, daß eine solche Haltung der DGB-Führer den Militaristen und Kriegstreibern den Weg bahnt. Aber welche Lehre sollten wir aus dieser Erfahrung ziehen, wenn nicht die: Mit aller Kraft und ohne Scheu vor einer Konfrontation mit den reaktionären Bonzen die Mobilisierung der werktätigen Massen für den Friedenskampf betreiben, damit die Gewerkschaftsbewegung zum festen Kern dieses Kampfes wird.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK



Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 36 4 Eylül 1981 Yıl: 15 1 DM



Her hafta Cuma günü çıkar

Protestolar yükseliyor!

İşyerlerinin kapatılması ve toplu işten atmalar son dönemlerde giderek yoğunlaşmaya başladı. Ekonomik buhranın derinleşmesi sonucu işsizler sayısı son 25 yıl içinde en yüksek noktaya ulaştı. Ülkenin her tarafında işyerlerinin kapatılmasına ve toplu işten atılmalara karşı protestolar yapılmaktadır. VDM metal fabrikasında çalışan 1200 işçi, 19 Ağustos günü Frankfurt'ta yaptıkları bir yürüyüşle potesto ettiler. VDM'de çalışan emekçilerin yaptıkları protesto yürüyüşüne, Adler Werke'den gelen bir işçi delegasyonu da katıldı. İki işletmede çalışan işçiler de işyerlerinin kapatılmamasını ve işten atılmaların durdurulmasını talep ettiler. Resimde yürüyen işçileri görüyorsunuz.

Güney Afrika birlikleri Angola'nın güneyini işgal altında tutuyor

Irkçı-faşist saldırılar son bulmalıdır!

Angola'ya yapılan saldırıda 400 insan katledildi

Güney Afrika ırkçı faşist birliklerinin geçen hafta Angola'ya yaptığı saldırıda 400'ün üzerinde insan barbarca katledildi ve bazı bölgeler bombalama sonucu harap edildi. Saldırının üzerinden bir hafta geçmesine karşın, Güney Afrika'nın ırkçı-faşist birlikleri Angola'nın güneyini henüz işgal altında tutmakta, saldırı ve katliamlarını devam ettirmektedirler. Uluslararası geniş protestolara ve Birleşmiş Milletlerin, Güney Afrika'nın birliklerini kayıtsız şartsız geri çekmesini talep etmesine rağmen, ırkçı rejim saldırılarına devam etmekte kararlı gözükmektedir.

Güney Afrika'da halkın büyük çoğunluğunu yerli halk, yani zenciler teşkil ettikleri halde, küçük bir azınlık olan beyaz ırklar bütün yönetim organlarını elinde bulundurmaktadırlar. Güney Afrika'da ülkenin öz sahibi olan zenciler, hiç bir hakka sahip değildirler. Ve bu ülkede iktidara sahip olan küçük azınlık, ırkçı-faşist bir terör estirmekte ve yurtsever insanları acımasızca katletmektedir. Ama, bu ırkçı faşist azınlık sadece Güney Afrika'da değil, işgali altında bulunan Namibiya'da da zenci halka kan kusturmaktadır. Ve Güney Afrika ırkçıları bununla da yetinmemekte, sık sık komşu ülkelere baskınlar düzenleyerek, barbarca insanları katletmektedirler. İşte geçen hafta Angola'ya yapılan saldırı, bu saldırıların en adisi ve en vahşisiydi. Ama, ırkçı-faşist Güney Afrika rejiminin amacı, sadece saldırıp geri çekilmek ve böylece kendi ömrünü uzatmak değil, aynı zamanda bu ülkeleri işgal edip, kendi hakimiyeti altına almakdır da.

Güney Afrika'daki ırkçı rejim, Namibiya'yı işgal altında tutmakta ve bağımsızlığı için mücadele veren zenci halkın kurtuluş mücadelesini kana boğmak istemektedir. Geçen hafta Angola'ya yaptığı saldırıya gerekçe olarak da, Namibiya'nın ulusal kurtuluş örgütü SWAPO'ya ait gerillaların Angola'ya kaçtığını ve bundan ötürü birliklerin Angola'ya girdiklerini söylüyordu. Oysa Birleşmiş Milletler Örgütü, Namibiya halkının tek temsilcisi olarak SWAPO'yu tanımakta ve Güney Afrika işgal birliklerinin bu ülkeden geri çekilmesini istemektedir. Güney Afrika'daki ırkçı rejimin Angola'nın güneyini işgal etmesi de bir rastlantı değildir. Son dönemlerde Namibiya üzerine tartışmaların yoğunlaşması üzerine, ırkçı rejim ABD emperyalizminin de desteğini alarak, Birleşmiş Milletler'in Namibiya halkının tek temsilcisi SWAPO'dur şeklindeki kararında değişiklik yapılmasını amaçlamaktadır. Diğer bir neden; Angola, Mozambik, Zimbabve ve diğer komşu ülkelerin Namibiya kurtuluş örgütü SWAPO'yu desteklemeleridir. Güney Afrika'daki faşist rejim, bu gibi saldırılarla komşu ülkelerin Namibiya halkının mücadelesini desteklemesini engellemek istemektedir.

Bu arada, ABD emperyalizmi, İsrail siyonistlerinin Lübnan'a ve Lübnan'daki Filistin kamplarına düzenledikleri saldırıları desteklediği gibi, Güney Afrika ırkçılarının Angola'ya ve Güney Afrika'daki ulusal kurtuluş örgütlerine yaptığı saldırıları da desteklemektedir. Birleşmiş Milletler Güvenlik Konseyi'ndeki ABD delegelerinin, Güney Afrika'nın cezalandırılmasını ve ırkçı rejimin sürekli olarak estirdiği azgın teröre karşı sert önlemlerin alınmasını engellemeleri, Reagan Hükümeti'nin Güney Afrika'ya karşı izlediği politikayı açıkça göstermektedir.

Güney Afrika ırkçılarının Namibiya üzerinden Angola'ya saldırılar düzenlemesi ve son olarak da Angola'nın güneyini işgal etmesi, bu ülkenin Sovyet sosyal emperyalizmine bağımlılığını artırmaktadır. Angola devlet başkanı Santos, işgal karşısında genel seferberlik ilan ederken, gerekirse "dostlarımızdan yardım" isteyebiliriz diyordu. Sovyet emperyalistlerinin "yardım" adı altında Afganistan'ı işgal ettiği bir gerçektir. Ve onlar, böyle bir durumu da bahane ederek Angola'daki varlığını daha da pekiştirmeye çalışacaklardır.

Bütün bunlara karşın, Partimiz, Angola'ya yapılan ırkçı saldırıları protesto etmekte, Güney Afrika'daki ulusal kurtuluş hareketlerini desteklemektedir. Kahrolsun Güney Afrika'daki ırkçı-faşist rejim! Yaşasın Güney Afrika halklarının ulusal kurtuluş mücadeleleri!

(„Rassistische Überfall auf Angola" RM/Nr.36, S.1)

Nötron bombasına ve orta menzilli füzelere karşı

Sendikal hareket gelişiyor

Özellikle son haftalarda, gelişen savaş tehlikesine karşı sendika çevreleri tarafından yapılan açıklamalar ve düzenlenen eylemler büyük yapıda arttı. DGB yönetiminin, sendikaların 10 Ekim'de Bonn'da yapılacak büyük barış yürüyüşüne katılmalarına karşı çıkması üzerine, bir dizi sendikal örgüt, çok sayıda sendikacı, DGB yönetiminin bu yasağına karşı çıkmış ve eyleme katılacaklarını açıklamışlardı. DGB yönetiminin bu kararına tepkiler giderek artmakta ve her gün artan bir biçimde sendikalardan Bonn yürüyüşüne katılım çağrısı yapılmaktadır.

ABD Hükümeti'nin nötron bombasının üretimini kararlaştırması, emekçiler arasında derin bir etki yarattı. Bu karar, ülkemizde savaşa karşı mücadelenin gerekliliğine henüz inanmamış veya bu konuda sallantıda olan insanların gerçeği görmesine yolaçtı.

Bu karar, pek çok aktif sendikacıya, DGB sendikalarının savaşa ve silahlanmaya karşı çıkması ve bu yönde mücadele etmesi gerektiğini kanıtladı. Bütün sendika çevrelerinden, tek tek sendikalardan, sendika gruplarından, işyeri işçi temsilciliklerinden, tanınmış sendikacılardan ve hatta sendikaların bölge ve eyalet yönetimlerinden bununla ilgili açıklamalar ve çağrılar yapılmakta; nötron bombası ve orta menzilli füzelerin yerleştirilmesi protesto edilmektedir. Anti-Savaş Günü'nde sendikalar ve sendika gençliği tarafından yapılacak eylemler, DGB tarafından 1 Eylül'den itibaren başlatılan "silahsızlanma yoluyla barış" adı altında imza kampanyası bu gelişmeyi hem daha da berraklaştıracak ve hem de hızlandıracaktır. Bu eylemlere katılımı güçlendirmek için her gün daha fazla sendikacı, kamuoyuna ve sendikaların geniş üye kitlesine yönelik çağrılar yapmaktadırlar.

Bu gelişmeler içinde giderek güçlü bir biçimde ileri sürülen bir talep de, silahlanmaya karşı gelişen mücadelenin, emekçilerin sosyal haklarının kısıtlanmasına karşı güçlenen direnişle bağlanmasıdır. Bununla ilgili HBV sendikası merkez yönetim kurulu üyesi Christian Glötz tarafından yapılan açıklama, IG Druck ve Ağaç İşçileri Sendikası tarafından da desteklenmektedir.

Bir dizi sendika, emekçilerin sosyal haklarının kısıtlanmasına ve bu kısıtlanma sonucu biriken paraların silahlanma için harçanmasına karşı çıkmakta, bununla iligili kararlar almakta ve çağrılar yapmaktadırlar. "Sosyal hakların kısıtlanmasına son verilmeli, silahlanma bütçesi düşürülmelidir." Hamburg IG Metal Sendikası temsilcileri toplantısında kabul edilen bu talep, bu pozisyonu açık bir biçimde ifade etmektedir.

Bugün silahlanmaya, savaşa ve sosyal haklarımızın kısıtlanmasına karşı gelişen sendikal hareketin önemli bir sorunu da, silah üretiminin kısıtlanmasının ve dış ülkelere satımının engellenmesinin, işsizliğe neden olup olmadığıdır. Tank ve savaş gemilerinin yapıldığı bir çok işletmedeki işyeri işçi temsilcilikleri, üretimin düşürülmesinin ve dış ülkelere ihracın durdurulmasının işsizliğe yolaçabileceğini ileri sürmüş ve hatta bunun için tank ve savaş gemisi ihracı için — Bonn'a delegasyonlar daha önce gönderilmişlerdi. Ama, gerçek olan şu ki, 1977 yılına kadarki 12 yıllık süre içinde silah üretimi iki kat artmış ve bununla beraber silah sanayiinde yüzde 10 işyeri tahrip edilmiştir.

Batı Alman emperyalistleri ve onların partileri de silah üretiminin düşürülmesinin işyerlerinin yokedilmesini getirdiğini propaganda etmekte ve bu yöntemle de silahlanmaya karşı mücadeleyi engellemek istemektedirler. Bugün işçiler, silah üretiminin kısıtlanmasına alternatif olarak, silah fabrikalarında başka üretimin yapılmasını ileri sürmektedirler. Ve en doğru çözüm de budur. Silahlanmaya karşı mücadelenin ve silah ihracının durdurulmasının işyerlerini tahrip ettiğini söyleyen sendika ağaları, artık işçiler arasında destek bulamamakta ve teşhir olmaktadırlar.

10 Ekim'de Bonn'daki barış yürüyüşüne katılalım!

DGB Merkez Yönetimi'nin yasağına ve çeşitli manevralarına karşın, yukarıda da belirttiğimiz gibi, her gün daha fazla sayıda sendikacılar, sendika yönetim kurulları, sendikaların gençlik örgütleri 10 Ekim'de Bonn'da yapılacak büyük barış yürüyüşüne daha güçlü bir katılım sağlamak için çağrıda bulunmaktadırlar. Bu sendikal örgütlerden bazıları şunlar: Bremen ve Hannover şehirlerinden işyeri işçi temsilcileri, en yüksek yönetim organlarına kadar çeşitli sendikaların gençlik örgütleri; örneğin Rhein-Pflanz, Nordrhein-Westfalen ve Hessen DGB Gençlik örgütleri, sendika gençliğinden bir dizi bölge ve yerel komisyonlar ve Federal Almanya'nın çeşitli büyük işletmelerinden gençlik temsilcileri.

Partimiz KPD, silahlanmaya ve savaşa, sosyal haklarımızın yok edilmesine karşı Bonn'da yapılacak büyük yürüyüşe bütün yabancı ve yerli işçileri, emekçileri, savaşa karşı olan bütün insanları katılmaya çağırmaktadır!

(Bu konuya ilişkin gazetemizin ikinci sayfasında "DGB Barış Çağrısı" ve savaşa karşı mücadele yazısı yeralmaktadır.)

(Gewerkschafter gegen Rüstung)

Faşist cuntayı protesto yürüyüşüne katılalım!

Zaman : 12 Eylül Cumartesi, saat: 12,00
Yer : August-Bebel Platz, Duisburg-Hamborn

Cuntayı protesto toplantısı

Düzenleyen: "Türkiye'ye Özgürlük Komitesi"

Zaman : 19 Eylül Cumartesi, saat 14.00

Yer : Rhein-Ruhr Halle, Duisburg-Hamborn



Sağlık alanında yeni kısıtlamalar hazırlanıyor

Emekçilerin sosyal haklarına saldırılıyor

Ekonomik kriz derinleştikçe, emekçilerin uzun mücadeleler sonucu elde ettikleri sosyal haklarına amansızca saldırılıyor. Başta benzinde olmak üzere zamlar birbirini kovalarken, hükümet sağlık alanında kısıtlamalar yapmak ve bu alanda da emekçileri daha fazla soymak için çeşitli planlar yapmaktadırlar. Daha az tedavi, daha fazla fiyatla yapılacak ve böylece hem sağlık sigortalarına, hem kapitalistlere ve hem de devlete hayali kârlar sağlanacak.

1982 yılı bütçe tasarısı ile ilgili tartışmalar sürerken, Federal Çalışma Bakanı Ehrenberg ilginç açıklamalarda bulundu. Bakan'ın açıklamalarına göre, emekçilerin sağlık sigortaları için ödedikleri paralar yeterli gelmiyormuş. Bugün her emekçi, ortalama aldığı ücretin yüzde 12'ni sağlık sigortalarına ödüyor. Sağlık sigortalarına ödenen bu miktar, her yıl işçilerin ücretlerini zam gelmesiyle beraber otomatikmen artmaktadır. Ama, sigorta tekelleri bu artışı yeterli görmeyerek, bu yıl işçilerin ücretlerinden kestikleri oranı artırmışlardı. Hükümet ve sigorta tekelleri, sağlık sigortaları için yapılan bu yüzde 12 kesintiyi yeterli bulmamaktadırlar.

Şimdiye kadar reçete başına eczanelerde iki DM ödemek gerekiyordu, şimdi bu miktar yüzde 100 artırılarak, dört DM'a çıkarılacak. Bundan birkaç yıl öncesine kadar reçete için para ödenmiyordu. Ama, sadece bununla kalınmıyor, bir reçetede üçten fazla ilaç yazılmayacak. Bu durumda üçten fazla ilaca ihtiyacı olan bir hasta ikinçi bir reçete alacak ve iki kata ücret ödeyerek veya ikinci güne yine doktora gitmek zorunda kalacak.

Şimdiye kadar diş yapımı için sigortalı sadece yüzde 20 ödüyordu. Yani diş yapımına harcanan paranın yüzde 80'ini sigorta yüzde 20'sini sigortalı ödüyordu. Şimdi ise sigortalıdan yüzde 40'ı alınmak isteniyor. Yüzde 100 bir artış ve sadece bununla kalınmıyor. Gözlük taşıyan bir kişi ancak üç yılda bir gözlük değiştirebilecek. Ayrıca kaplıcalara gitmede, hastane masraflarında vs. bir çok kısıtlamalar yapılacak ve şimdiye kadar sigortaların ödediği bazı ilaçlar da ödenmeyecek.

Bütün bunlara karşın doktorların ve diş doktorlarının ücretlerinde herhangi bir kısıtlama asla göze alınmamaktadır. Diğer taraftan sağlık alanında ilaç fiyatlarına zam getiren eczane tekellerine hiç değinilmemektedir. Bu tekeller her yıl hayali kârlar elde etmektedirler. Sağlık alanında gerçekleştirilmesi düşünülen ve planlanan bu kısıtlamalar, sırf emekçileri hedeflemekte, sigorta tekellerinin, ilaç şirketlerinin ve doktorların yararına yapılmaktadırlar. Bu kısıtlamalarla, hem devlet, hem de tekeller yeniden hayali vurgunlar vuracaklardır.

Hükümet ortakları tarafından planlanan bu kısıtlamalar, CDU/CSU tarafında da desteklenmektedirler. Yanlız CDU ve CSU, bu kısıtlamaların doktorlara ve diş doktorlarına zarar vermemesi için hükümeti uyarmaktadır. Ayrıca Alman İşverenler Dernekleri Birliği ve çeşitli doktor örgütleri yaptıkları açıklamalarda, sigortalıların, fiyatların ödenmesinde daha fazla katılımda bulunmalarını önermektedirler. "Daha fazla katılım": Bu gibi demagojik açıklamalarla, emekçiler yanıltılmak isteniyor. Sanki emekçiler, sağlık sigortalarına ödedikleri parayla doktor ve tedavi parasını ödemiyorlarmış. Sanki, ilaç ve doktor parasını şimdiye kadar devlet ödüyormuş gibi, şimdi emekçilerden "katılımda" bulunmaları talep ediliyor.

İşverenler sadece bununla yetinmemektedirler. Onlar, işçilerin sık sık doktora gitmelerinin ve rapor (KRANK) almalarının da engellenmesini istemektedirler. Başka bir deyişle, işverenler çalışamıyacak durumda olan işçileri dahi çalıştırmak istemektedirler. Ve bununla kendi mantıklarına göre, "işyeri disiplinini" sağlamış oluyorlar.

Sermaye, Çalışma Bakanı Ehrenberg'in önlemlerini bayağı olumlu bulmakta ama, yeterli görmemektedir. O, daha fazlasını, daha sert önlemlerin alınmasını öngörmektedir. Kapitalistler ve hükümet, el ele emekçilere karşı, onların en temel haklarına karşı bir çaba içine girmişlerdir.

Her alanda fiyatlar alabildiğine yükselmektedir. Ve bu durum emekçilerin yaşam koşullarının düşmesine, onların daha da sömürülmesine yol açmaktadır. Bu yılki ortalama fiyat artışları hemen hemen yüzde 10'u bulmuş durumdadır.

Bütün bu gelişmeler karşısında DGB sendika ağaları susmaktadırlar. En fazla yaptıkları şey, yapılan zamlara ve sosyal hakların kısıtlanmasına karşı göstermelik bir kaç söz söylemeleridir. Sadece bu kadar. Sendika ağaları, hayat pahalılığına karşı, sosyal haklarımızın büyük oranda kısıtlanmasına veya bütünüyle yok edilmesine karşı susmakla, hükümeti ve kapitalistleri bu çabalarında desteklemiş olmaktadırlar.

DGB sendika ağaları, bu yıl yüzde 4,5 ile imzaladıkları toplu sözleşme anlaşmalarıyla, kapitalisterin işçi sınıfına karşı yönelttikleri saldırılarına destekte bulundular. Devletin ve kapitalistlerin, emekçilerin sosyal haklarını yoketme çabalarına karşı işçileri güçlü eylemlere çağırmayan DGB yönetimi, işçi sınıfına büyük bir ihanet içindedir.

Sağlık alanında ve diğer alanlarda emekçi halka yönelik kısıtlamalar devam ederken, tekeller ve özellikle de silah tekelleri milyarları vurmaktadırlar. Sırf sağlık alanındaki kısıtlamalarla bir yılda iki milyar DM tasarruf yapılmak isteniyor. Ama, bu kısıtlamalardan elde edilen paralar, silahlanmaya, daha doğrusu silah tekellerine yatırılıyor. Biz emekçilerin ödedikleri vergilerle, sosyal haklarımızın yokedilmesi veya kısıtlamalar sonucu tasarruf edilen paralarla, emperyalistler silahlanıyor ve bu silahlarla emekçiler yokedilmeye çalışılıyor. Ekonomik kriz giderek derinleşiyor, onbinlerce işçi bir defasında işten atılıyor, işsizlik doruk noktasına ulaşıyor. Ama, buna karşı hükümet hiç bir önlem almıyor, aksine ekonomik krizin yükünü emekçilere yüklemeye çalışıyor.

Biz emekçiler, egemen sınıfların çabalarını boş çıkarmak için ayağa kalkmadıkça, sosyal haklarımızın kısıtlanmasına, silahlanmaya, işten atılmalara kadar varan saldırılara karşı mücadele etmedikçe, onlar (sermaye ve devlet) bu saldırılarına deva edeceklerdir.

Silahlanmaya ve sosyal haklarımızın kısıtlanmasına hayır! Sermayenin saldırılarını geri tepmek için haydi mücadeleye!

(„Kürzungen beim Gesundheitswesen" RM/Nr. 35)



Sendikal hareket içinde barış mücadelesi gelişiyor

"DGB Barış Çağrısı" ve savaşa karşı mücadele

Yeni bir atom savaşının tehlikelerinin giderek yükseldiği bir sırada, atom silahlarına karşı mücadele sendikal hareketi de kapsayarak gelişiyor. Batı Alman emperyalizmi ve onun yedeğindeki gerici güçler, ülkemize ve diğer Batı Avrupa ülkelerine yeni nükleer füzelerin yerleştirilmesini ve nötron bombasının yapımını desteklerken, emekçiler içinde bu nükleer silahlara karşı tepkiler alabildiğine artmaktadır. Alman halkı ve diğer Avrupa halkları, atom silahlarına yeniden yem olmayı istememektedirler. Almanya bir savaş alanı olmamalıdır! Savaşa ve faşizme hayır! Bugün emekçiler ve işçiler bu şiarı atmaktadırlar.

Barış mücadelesinin sendikal hareket içinde de geliştiği ve her gün giderek artan bir biçimde sendikacıların, savaşa karşı mücadeleyi destekleyen açıklamlar yapması, DGB yönetimini de bir "Barış Çağrısı" yapmaya zorladı. Yaklaşık sekiz milyon üyesi olan Alman Sendikalar Birliği (DGB), yayınladığı barış çağrısında Anti-Savaş Günü olan bir Eylül'den itibaren silahların sınırlandırılması görüşmelerinin başlaması için ve yeniden silahlanmaya karşı imza kampanyası başlatacağını açıkladı.

DGB Merkez Yönetimi'nin, bu acil soruna değinmesi, barış sorunuyla ilgili görüşlerini açıklaması ve bunu doğru ve açık bir nedene bağlaması olumlu bir gelişmedir. Çağrının bir bölümünde şöyle yazılıyor: **"Sendikal hareket de her zaman bir barış hareketi olmuştur."** Çağrının yapılmasını zorunlu kılan nedenler de kısaca şöyle dile getirilmektedir: Bu düşünceden hareket ederek, uzun zamandan beri bir dizi sendikal örgüt, DGB'nin silahlanmaya ve savaşa karşı faaliyetlerini artırmasını talep etmektedir. DGB'nin barış çağrısı, giderek artan savaş tehlikesinin sinyallerini veren gelişmeleri de tanımlıyor. Çağrıdaki bir bölümde şöyle: İç savaş veya askeri baskı, El Salvador'da veya Türkiye'de olduğu gibi, her gün insan hayatında yeni kurbanlar talep etmektedir. Bu ülkelerdeki askeri yönetimlerin desteklenmesi, ezilen halkların çilesini daha da uzatmaktadır.



"Hamburg IG Metall Gençliği silahlanmaya ve savaşa karşı." Hamburg'ta yapılan bir barış yürüyüşü

Sovyet birliklerinin Afganistan'dan geri çekilmesi, askeri yönetimlere yapılan yardımların son verilmesi, orta menzilli yeni füzelerin ülkemize yerleştirilmesinden vazgeçilmesi ve yerleştirilenlerin kaldırılması, silah ihracatına son verilmesi gibi talepler, genel anlamda doğru ve önemli taleplerdir. Türkiye'deki askeri yönetime yapılan yardıma son verilmesi ve yukarıda belirttiğimiz diğer bazı talepler bugünkü Federal Hükümet'in politikasına tamamen ters düşmektedirler.

Bu taleplerin ilaveten "DGB Barış Çağrısı"nda savaşa ve silahlanmaya karşı daha bir dizi talep ileri sürülmektedir. İşçi sınıfının ve emekçi halkın çıkarlarına olan bu talepleri bütünüyle destekliyoruz. Bu çağrı, genelinde olumlu talepleri içermektedir. Bundan ötürü, sendikal barış hareketinin güçlendirilmesi ve milyonlarca sendika üyesinin savaşa karşı mücadeleye çekilmesi için genelinde bir temel anlamı vardır.

Ayrıca bu çağrının önemli bir yanı da, "Krefeld Çağrısı"-nda olduğu gibi, sırf ABD emperyalizmini savaş kışkırtıcısı olarak tanımlamamasıdır. Barış çağrısında DGB'nin iki süper güç de; ABD ve Sovyet Sosyal emperyalizmi savaş kışkırtıcısı olarak tanımlanmaktadır.

DGB'nin çağrısında en büyük eksiklik, Federal Almanya'nın tek yönlü olarak silahlanmayı sınırlandırması ile ilgili görüş belirtmemesidir. Değinilen şey, iki süper gücün başını çektikleri NATO ve Varşova paktlarının silahları karşılıklı olarak sınırlandırması ve bununla ilgili görüşmeleri başlatmalarıdır. Genelinde silahların sınırlandırılması ve yumuşamadan bahsetmektedirler. Ama, bu demagojik laflar arkasında alabildiğine silahlanmaktadırlar.

Batı Almanya'nın tek yönlü silahsızlanması talebini savunmadan, ABD ve Sovyet Sosyal emperyalizminin halkları sürüklemek istedikleri çıkmaz sokağa itmiş oluruz. DGB yönetimi, görünürde barışın korunmasından ve silahlanmanın sınırlandırılmasından yanadır. Ama O, özünde barış mücadelesine sırt çevirmekte ve barışın güvenceye alınmasını, görüşmeler yoluyla iki süper güçten talep etmektedir. Ama, gerçek olan şu ki, bu gibi görüşmeler, örneğin "Helsinki", SALT 1 ve SALT 2 anlaşmaları veya diğer anlaşmalar, şimdiye kadar silahlanmanın sınırlandırılmasına ilişkin hiç bir katkıda bulunmamışlardır, barışın güvenceye alınması anlayışında hiç bir olumlu sonuç getirmemişlerdir.

DGB sendika ağaları mücadeleyi engelleme çabasında

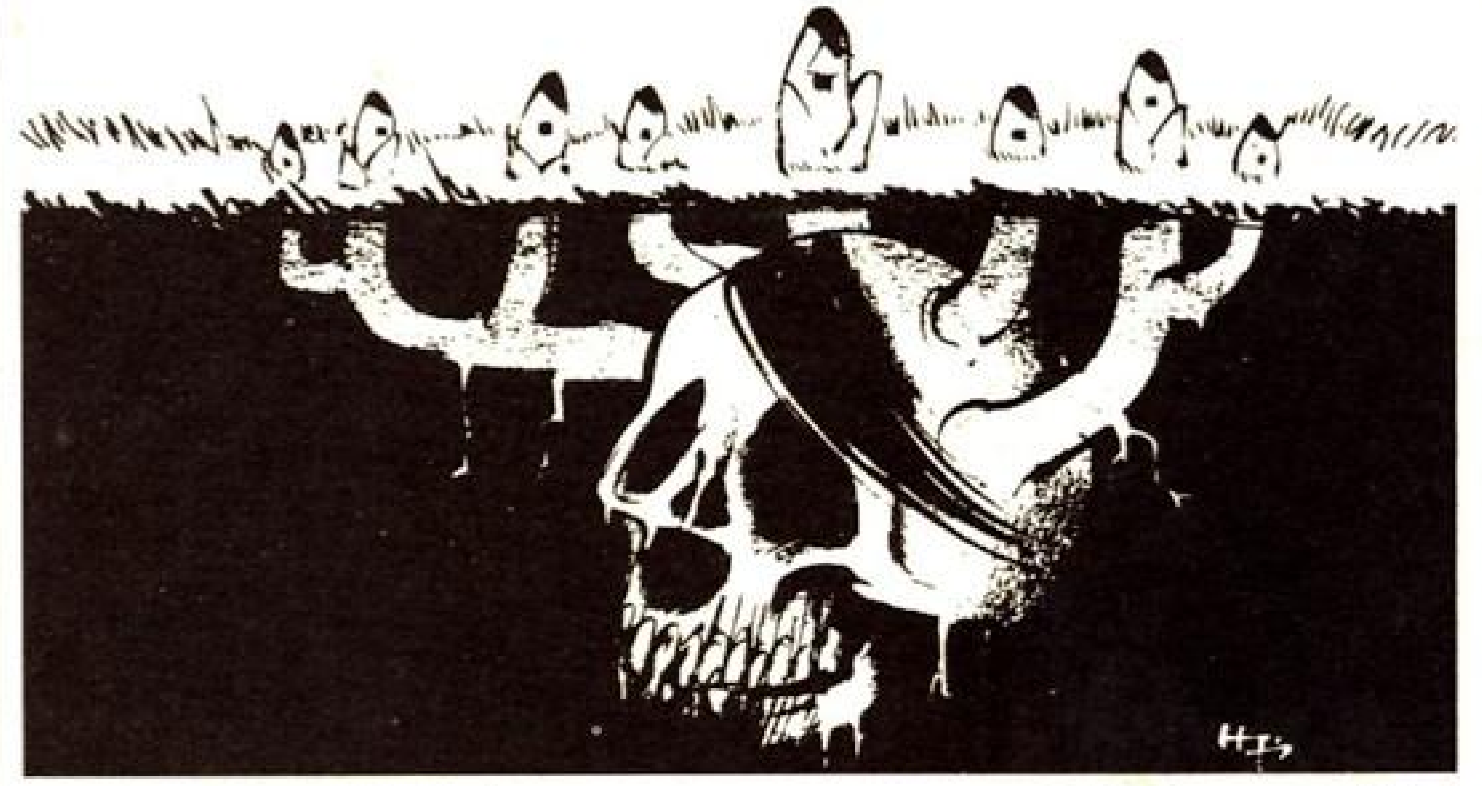
DGB yönetimi, tabanın zorlaması sonucu böyle bir çağrıyı yapmakla beraber, özünde savaşa karşı gelişen mücadeleyi engelleme çabası içindedirler. Çünkü, çağrıda Batı Almanya'nın tek yönlü silahsızlanması ve ülkemizde gelişen barış mücadelesinin desteklenmesine değinilmemektedir. DGB yönetiminin 10 Ekim'de Bonn'da yapılacak olan ve 100 binin üzerinde insanın katılması beklenen yürüyüşe sendikaların katılmasını yasaklaması bunun açık bir ifadesidir. DGB sendika ağaları, Federal Almanya'nın saldırgan NATO paktında kalmasından yanadırlar ve ülkemizin tarafsızlığını istememektedirler. Onlar, genelinde silahlanmanın sınırlandırılması gerektiğini ve bununda ancak iki süper devlet arasındaki görüşmeler vasıtasıyla gerçekleşebileceğini söylemektedirler. Sendika ağaları, Batı Almanya'nın tek yönlü silahsızlanmasını isteyen ve ülkemizin NATO'dan ayrılarak, tarafsızlığını ilan etmesini savunan insanları, ilerici ve devrimci güçleri Sovyetler'den yana olmakla suçluyorlar.

Batı Almanya'daki gerici güçler, sendika ağalarının yaptığı gibi, "DGB Barış Çağrısı"nı kullanarak, gelişen barış mücadelesini engellemeye çalışacaklardır. Yeni bir dünya savaşının patlak vermesinin engellenmesi ancak dünya halklarının mücadelesiyle mümkündür. Bunu, savaş kışkırtıcılığını yapan emperyalistlerden ve onların hükümetlerinden beklemek, bu mücadeleyi engellemeyi amaçlamaktan başka bir şey ifade etmemektedir. Ve DGB'nin çağrısı açıkca bunu belirtmektedir. Bu yönüyle DGB'nin barış çağrısı, bugünkü barış mücadelesine alternatif olarak gösterilmek istenmektedir.

Ama, barıştan yana güçler, DGB çağrısının olumlu yönlerini kullanarak, sendikalarda örgütlü milyonlarca insanı barış mücadelesine kazanmalıdırlar. Savaşa karşı mücadelede en önemli gücün sendikal hareket olduğu iyi bilinmeli ve bu gücün kazanılması için yoğun bir çaba harcanmalıdır.

Tüm faşist örgütler kapatılmalıdır! 2. BÖLÜM

NPD Legal faşist bir partidir



"Kızıl Şafak"ın geçen sayısında, Hoffmann Savunma Spor grubu başbuğunun kanlı eylemler düzenlediğini ve Münih Ekim Şenliği katliamının da sorumlularından biri olduğunu sonunda resmi makamlarında tespit ettiğini yazmıştık. Ve bizde bu tespit üzerine bir kez daha silahlı Nazi-Çeteleri'nin devlet cihazı tarafından eylemlere teşvik edilişini, devletle olan bağlarını ve kanlı katliamlarını ele almıştık. Bu yazımızda ise dikkatleri resmi faşist parti NPD'ye çekmek istiyoruz.

Faşist terör örgütlerini birer cinayet şebekeleri olarak ele almak, onları yasaklamak ve tüm üyelerini cezalandırma, taleplerimize kısaca bir kez daha göz atalım.

Son olarak saldırı ve suikast hazırlıkları ortaya çıkan ve büyük bir patlayıcı madde deposunu ateşe veren faşist örgütlerden biride Dortmund Albrecht Çetesi'ydi. Bu çetenin üyeleri silah deposunu yaktıklarından dolayı Kleve'de yargılandılar. İnkâr edecekleri hiç bir şeyleri yoktu. Ve buna karşılık birde devletin bu konuda görüşlerine bakalım: Savcı, faşist Joachim Groning için, 3 araba çaldığından, Bochum Schlachthof Volksbank şubesindeki 54 000 DM'lık soygundan ve silah kaçakcılığından dolayı toplam 6 yıl ve faşist Franz-Karl Kohnert için ise yanlız üç yıl hapis istedi. Bir Cinayet Şebekesi'ne üye olduklarından dolayı hiç bir suç isnadı öne sürülmedi ve hatta resmi olarak bir cinayet şebekesine üye olduklarından dolayı bir şüphe dahi söz konusu edilmedi.

Bu iki faşist, Hoffmann Çetesi ile olan bağlarını itiraf etmelerine rağmen ve Hoffmann Çetesi'nin ne olduğu bilindiği, bu çeteye ne gözle bakıldığı bilindiği halde ve bu çeteyle ilgili dava mahkemelerde olduğu bilinmesine karşın, bunlar savcıyı ilgilendirmiyordu. Bunu bir de RAF (Kızıl Ordu Fraksiyonuna) üyeliği ispatlanmamış kişilere verilen cezalarla karşılaştıralım. Bu duruşmalarda insanlar, terörist kuruluşlara üyelikleri sadece tahmini varsayımlara dayanılarak ispatlanmak istenmekte ve cezalandırılmaktadırlar. Ve yakın zamanda tecrit hapsini protesto etmekle, terörist bir örgütün (kastedilen RAF örgütü) propagandasını yaptıkları gerekçesiyle bir kaç kişi cezalandırıldılar. Bunlara çıkardıkları bir bildiri için verilen bir buçuk yıllık hapis cezasına gerekçe olarak şu gösterildi: Böylesi yüksek cezalar; "devletin güçlülüğünü göstermesi" için verildi. Bilindiği bu tür kararlar, tüm "sola" karşı verilmektedir. Bu diğer bir ifadeyle, devletin ne gibi görevler üstlendiğini ve hangi güçlerin yanında olduğunu ve kendisi için tehlike olmadığını açık olarak görmekteyiz.

Faşist NPD ve Nazi terörü

Burada yeri gelmişken faşist NPD (Almanya Milliyetçi Partisi) ile diğer silahlı faşist çeteler arasındaki ilişkiyi ele alalım. Bunu yazımızın kapsamından dolayı ancak örneklerle ele alacağız. Örneğin Albrecht Çetesi'nden faşist Gröning 1979 yılına kadar NPD'nin gençlik örgütü, Genç Milliyetçi Demokratlar'ın Kuzey Ren Westfalen Eyaleti'nin başkanıydı. Baden Württemberg'te ise NPD üyesi öğretmen Helmut Dieterle, Hoffmann Savunma Spor Örgütü'nün (Wehrsportsgruppe Hoffmann) dernekler yasasına göre yasaklanışına kadar "üs şefleriydi". Çoğu kez anti-faşistlere karşı sürdürülen bazı davalarda da açığa çıkarıldığı gibi, ortak eylemlerde, NPD üyelerinini yanısıra, düşünülebilecek tüm Nazi örgütleri, en militanlarda dahil olmak üzere yer almaktaydı. NPD'nin ilişkisi bununla kalmıyor. Bu ilişki ta NSDAP-İnşa Örgütü'ne kadar uzanmaktadır. NSDAP (Nasyonal Sosyalist Almanya İşçi Partisi — Bu parti Hitler'in partisiydi.) halen Almanya'da yasaktır. Bu faşist örgütün bilinen üyeleri hakkında tahkikat sürdürüldüğü ve gerçek cezalar verildiği pek az işitiliyor. Ve şimdiye kadar yasaklanmış bu partiye üye olduklarından dolayı Neo-Nazilerin mahkum edilmesiyle sonuçlanan tek dava ise, 14 ay ile üç yıl arasında hafif hapis cezasına çarptırılan üç kişiden bir NSDAP Batı-Berlin Başbuğu ve aynı zamanda NPD üyesi Wolfgang Rahl'dı.

Faşist NPD kendisini dönem dönem diğer silahlı faşist çetelerden uzak tutmaya çalışıyor. Çünkü bu silahlı faşist çetelerin eylemleri onun legal planlarına uymuyor. Bu nedenlede NPD legal faşist planına uymayan bazı üyelerini ihraç etti. Ayrıca burada faşistlerde beliren iki noktayı da ele alalım: Birincisi; militan faşist çetelerin bir çok üyesi NPD'ye geçiyor, burada ideolojik eğitim görüyor ve ardından ise çoğu kez gönüllü ayrılarak açık faşist teröre katılıyorlar. Böylece NPD yeni terörist nesli yetiştiren bir "makina" görevini görüyor.

Diğerinde ise NPD üyeleri kendileri açık zorbacı çeteleri kuruyorlar. Buna örnek olarak eğitim kampları NPD İl görevlisi ve Kamenli çiftçi Karl-Heinz Harting'in Baerenbraeucker çilftliği olan Kamen'deki Harting Çetesi gösterilebilir.

NPD'nin yasaklanması için mücadele etmeliyız

Faşist çetelerin zorbalıkları ve eylemleri giderek artıyor. Faşist NPD tecrit olmaya doğru ilerliyor. NPD taraftarı ve genelinde ise üye sayısında bir azalma var. **Buna rağmen bugün Federal Almanya'da Neofaşizme karşı mücadelenin ağırlık noktasını faşist NPD'nin yasaklanması için verilen siyasi mücadele oluşturmaktadır.**

Bu faşist partiye karşı verilen mücadelenin önemi çoğu kez küçümsenmektedir. Aynı şekilde bu mücadelenin önemi KPD saflarında da küçümsendi. NPD'nin yasaklanmasının gerekliliği daima KPD'nin kesin bir talebi olmasına ve bu faşist parti ve entrikaları tüm yoldaşların kinlerinin amansızca artmasına yol açmasına rağmen, şimdiye kadar bu partinin yasaklanması için Federal Almanya ve Batı-Berlin çapında hedefli ve planlı tedbirlerin alınmasına yeterince önem verilmedi.

NPD, faşistlerin Almanya'daki resmi partisidir. Yanlızca bu partinin legal olarak var olmasında, en açık terörist çeteler de dahil olmak üzere, tüm Nazi kesimi için merkezi önemi vardır. Çünkü bu partinin legal olarak varolmasıyla faşist propaganda en aşırı biçimiyle hemen hemen tamamen yasalarca korunmaktadır. NPD'nin parti programı ve tüm yayınları faşist Hitler'in partisi NSDAP'nin programını ve diğer yayınlarındaki görüşleri içermektedir. Ve NPD çoğu kez NSDAP'nin kullandığı formüllerin benzerlerini kullanmaktadır. NPD'nin varlığıyla faşizm, resmi — parlamenter ve prensipte ise yönetme hakkı olan — olarak kabul edilmektedir.



NPD faşistlerinin Hamburg'taki bir eylemi. Yeni bir 1933'ü gerçekleştirmek için faaliyet gösteren NPD, bugün hala legal olarak varlığını sürdürmekte ve seçimlerde yaptığı faşist ve yabancı düşmanı propagandası için devletten milyonlarca DM yardım almaktadır.

NPD'nin yasaklanması ve ardından bu karara uygun tedbirlerin alınmasıyla birlikte, tüm Neonazilerin ellerinden bu önemli legal mevzi alınmış ve demokratik güçlerin eline faşistlerin eylemlerine karşı mücadelede oldukça fazla imkân verilmiş olurdu.

Bu konumundan dolayı NPD'nin yasaklanmasının gerçekleştirilmesi anti-faşist ve demokratik mücadelenin önemli bir talebidir. Bu talep ancak geniş halk kesimleri tarafından sürekli ve kararlı bir şekilde öne sürülür ve etkili siyasi eylemlerle desteklenirse, gerçekleşir.



17 Haziran 1981 günü Hamburg'ta NPD'nin yapmak istediği, ama gerçekleştiremediği, "Almanya Buluşması"na karşı yapılan güçlü yürüyüş.

Faşist NPD'nin varlığı devletin çıkarına uygundur

NPD'nin resmi olarak varolması devletin çıkarına uygun düşmektedir. Faşist örgütlerin devletin siyasi komploların nasıl çekildiklerini "Kızıl Şafak"ın geçen sayısında ayrıntılı olarak ortaya koymuştuk. Buhranların derinleştiği ve toplumun tüm kesimleri arasındaki çelişkilerin keskinleştiği bir dönemde, ki bu gün mali sermaye emekçiler üzerindeki sömürüsünü tekrar açık terörcü diktatörlüğüyle — faşist diktatörlüğünü kurmakla- sağlama almaya hazırlanırken, hiç bir şekilde birinci planda NPD ve diğer sivil faşist çetelere dayanmasa bile, resmi ve sivil faşist çeteler devlet için önemli bir rolü oynuyorlar. Bugün bizden kesilen vergilerle resmi faşist parti NPD'nin finanse edilmesi ve varlığını koruması, devletin ondan açıkça bir çıkarının olduğunu göstermektedir.

Daha yakın zamanda NPD'nin Alman devletine olan 5 yıl evvelki seçim borçlarını ödeme süresi ikinci kez uzatıldı. NPD'nin ödemesi gereken seçim borçlarının miktarı yaklaşık olarak 760 000 DM'tır. Düşük taksitlerle geriye ödenmesi gereken bu miktar NPD'li faşistler için yıllardan beri faizsiz bir kredi anlamını taşımaktadır. Bu durum Almanya'nın tek tek eyaletlerinde de aynıdır. Faşistlerin Schleswig-Holstein Eyaleti'ndeta 1971 yılından beri olan böylesi faizsiz kredi borçlarında 1980 yılının sonlarına doğru yaklaşık olarak 78 000 DM'ı geriye kalmıştı, ki kredinin aylık taksit miktarı ise 500 DM'tır...

Bu büyük bir skandaldır. Bu kredinin verilmesinin ve ödeme süresinin sürekli uzatılmasının siyasi yönü açıkca ortadadır. Birde aksi yönde bir örnek verelim: Örneğin son parlamento seçimlerine katılan Halk Cephesi böyle bir durumda olsaydı, devletin ona bir markını dahi bağışlayacağını kimse düşünebilir mi? Bunun böyle olmadığını devlet tarafından Halk Cephesi'nin seçim afişlerine karşı açılan ve binlerce DM para cezasına çarptırılan HALK CEPHESİ üyelerinin davalarında görmekteyiz.

Emekçilerin sosyal haklarına yoğun bir şekilde saldırılarak güya ancak tasarrufun sağlanabileceğini söyleyenlerin, devlet kasasına sadece silahlanma için değil, görüldüğü gibi faşistleri iflasdan kurtarmak ve onları finanse etmek içinde para var. Yanlızca devletin büyük yardımlarından dolayı faşist NPD son seçimlerde yabancı kışkırtmacılığını daha yoğun bir şekilde yaygınlaştırabildi.

NPD'nin bu şekilde desteklenmesinde Batı Alman sermayesinin siyasi çıkarı vardır. Bu destekle NPD nüfusunu en gerici, en şöven kesiminin belli bir yüzdesini Batı Alman sermayesinin çıkarı için örgütleyebildi. Faşistlerin, devletin ve burjuva partilerinin pis işlerini yüklenmeleri ile birlikte, onlar kendilerini bu işlerden biraz uzak tutarak, faşistlerin örgütlendiği bu toplumsal hazineyi böylece gönül rahatlığıyla kendi çirkin hesapları için planlayabilirler.

KPD Merkez Yayın Organı'na abone ol!

"Roter Morgen"'i. . . . . sayısından itibaren ısmarlamak istiyorum

O yıllık 60 DM O 6 aylık 30 DM O Deneme sayısı

Adı ve Soyadı: ....

Cadde: ....

Şehir: ....

Tarih: .... İmza: ....

Başvurudan sonra elinize bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücretsizdir.

Bu formülü doldurduktan sonra kesip şu adrese postalayınız: Verlag "Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26 4600 Dortmund 30.